



Rudolf W. Schmitt:

LfA Förderbank mit gefestigter Position

Konjunkturbelebung und zunehmende Investitionsbereitschaft der Unternehmen ließen die Zusagen in nahezu allen Geschäftsfeldern steigen. **Seite 10**



Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:

Finanzlage deutlich entspannt

Lichtblicke für die Kämmerer: In einem GZ-Gespräch erläuterte der Finanzminister, dass die Gewerbesteuererinnahmen deutlich gestiegen sind. **Seite 5**



Werner Schmidt:

Landesbank in gutem Fahrwasser

Die geschäftliche Neuausrichtung brachte eines der besten Betriebsergebnisse, betonte der Vorstandsvorsitzende bei der Bilanzpressekonferenz. **Seite 7**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 5. Mai 2005

56. Jahrgang / Nummer 9

Präsident Theo Zellner zu Kommunal финанzen:

Fünf Minuten nach Zwölf

Kreistagsresolution an Bundeskanzler

Einen „Brandbrief“ hat der Präsident des Bayerischen Landkreistages und Landrat des Landkreises Cham an Bundeskanzler Gerhard Schröder, Ministerpräsident Edmund Stoiber und an Bundes- und Landtagsabgeordnete geschickt. Grund ist die beispiellose Haushalts- und Finanzkrise, in der sich viele Kommunen in ganz Deutschland befinden. Es besteht die große Gefahr, dass das kommunale Finanzgefüge mit seinem Umlagesystem ganz zusammen breche.

Zellner fordert alle verantwortlichen Mandatsträger in Bund und Land auf, diese Situation nicht länger hinzunehmen und gegenzusteuern. Die Einnahmensituation der Kommunen und Landkreise müsse verbessert und die Ausgaben für die soziale Sicherung müssten finanzierbar gestaltet werden.

Steigende Kosten

Die großen Finanzprobleme der Kommunen liegen nach Auffassung von Zellner in den steigenden Kosten für die soziale Sicherung und vor allem in der fehlenden Gegenfinanzierung



Präsident Theo Zellner.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bayerischer Landkreistag in Neutraubling:

Gemeinsam in die Zukunft

Der diesjährige Landkreistag am 11. und 12. Mai in der Stadthalle Neutraubling, Landkreis Regensburg, steht unter dem Motto „Landkreise – Bürger – Wirtschaft – Gemeinsam in die Zukunft“. Als Reder werden Landtagspräsident Alois Glück, Innenminister Dr. Günther Beckstein, Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu sowie Staatssekretär Franz Meyer erwartet. Am zweiten Tag der Veranstaltung hält der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, ein Grundsatzreferat. Auf der Tagesordnung der ordentlichen Landkreistagsversammlung stehen unter anderem die Beratungen zur Jahresrechnung 2004 und zur Haushaltssatzung 2005 des Bayerischen Landkreistags.



Optische Überraschungen, Denkanstöße, dramatische Inszenierungen, die Neuerfindung von Kunst und Natur, vor allem aber Perspektivwechsel, will die diesjährige BUGA vermitteln. Bei strahlendem Sonnenschein wurde sie auf dem ehemaligen Riemer Flughafengelände in München eröffnet. Unser Bild zeigt (v. l.): Karin Stoiber, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Edith von Welser-Ude, Münchens OB Christian Ude, Bundesratspräsident Matthias Platzeck, die BUGA-Geschäftsführer Andrea Gebhard und Hanspeter Faas sowie den ZVG-Präsidenten Karl Zwermann (vgl. Bericht Seite 12).

Foto: BUGA 05

Deutscher Städte- und Gemeindebund:

Mautflucht stoppen, Fahrverbote ermöglichen!

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund beobachtet mit großer Sorge, dass immer mehr Lkw mautpflichtige Autobahnen umfahren und stattdessen auf Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen ausweichen. „Diese Entwicklung muss gestoppt werden, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und eine weitere Beschädigung der kommunalen Straßen zu vermeiden“, erklärte der Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl, bei einer Präsidiumssitzung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) in Bad Gögging.

Die Lkw wichen auf mautfreie Straßen und innerörtliche Verkehrswege aus. „Länder und Kommunen haben so den Schaden zu tragen, der durch die Beschränkung der Maut auf Bundesautobahnen entstanden ist“, betonte Brandl. Ein einziger Lkw belaste die Straßen so stark wie 60.000 Pkw und verursache

damit große Schäden an Straßen und unterirdischen Leitungssystemen.

Zurück auf die Autobahn

Der Maut-Ausweichverkehr müsse auf die Autobahnen zurückgelenkt werden. Brandl forderte den Bund auf, schnellst

möglich die Mautpflicht auf bekannte Ausweichstrecken auszuweiten. Zudem müsse kurzfristig die straßenverkehrsrechtliche Möglichkeit geschaffen werden, Fahrverbote für den Lkw-Verkehr auszusprechen zu können. „Die Städte und Gemeinden müssen den Mautflüchtlern die Benutzung von Ortsdurchfahrten untersagen können. Dafür brauchen wir klare Regelungen in der Straßenverkehrsordnung. Der Gesetzgeber muss hier tätig werden“, bemerkte Brandl. Notwendig sei auch eine baldige Differenzierung der Maut je nach Ausstattung der Lkw mit Russfiltern und anderer Technik zur Unterbindung von Feinstaub-Emission.

Kommunen entlasten

Anlässlich des aktuellen Revisionsverfahrens über die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten forderte der Deutsche Städte- und Gemeindebund Bund und Länder zudem auf, die Kommunen durch die Hartz IV-Reform um 2,5 Mrd. Euro jährlich und dauerhaft zu entlasten. „Sowohl die Art und Weise des Berechnungsverfahrens durch

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Städtetag:

St. Bürokratius lässt grüßen!

Heftige Kritik an geplantem Büchergeld

„Ein klassisches Negativbeispiel für überzogenen Bürokratismus“ ist nach Ansicht des Bayerischen Städtetags die geplante Einführung des Büchergeldes an Bayerns Schulen. Das Kultusministerium solle den entsprechenden Gesetzentwurf entweder deutlich nachbessern oder ganz zurückziehen, betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger auf einer Pressekonferenz in München.

Für die Kommunalpolitiker ist es unverständlich, dass die Staatsregierung, die sonst den Abbau des Verwaltungsaufwands auf ihre Fahnen schreibt, neuerdings ein „Beschäftigungsprogramm für die Verwaltung“ auflegt. Schon jetzt sei erkennbar, dass sich die Schulen mit Händen und Füßen gegen das jährliche Einsammeln des Büchergeldes von derzeit rund 1,7

Millionen Schülerinnen und Schülern wehren. Die Städte befürchten, dass diese lästige Aufgabe später auf ihre Verwaltungen abgeschrieben werden soll.

Undankbare Aufgabe

Zunächst kommt den Kommunen die undankbare Aufgabe zu, das Büchergeld in einem auf (Fortsetzung auf Seite 4)

FW-Landesdelegiertenversammlung in Ingolstadt:

Ja zur Familie, Ja zum Kind!

Konzept zur Familienförderung vorgelegt

„Wir müssen handeln! Ein klares „Ja“ zur Familie, ein klares „Ja“ zum Kind!“ Unter diesem Motto legte der Landesvorstand der Freien Wähler in Bayern auf der diesjährigen Landesdelegiertenversammlung in Ingolstadt ein detailliert ausgearbeitetes politisches Konzept vor, dessen Umsetzung einen Ausweg aus der drohenden demografischen Katastrophe aufzeigen soll.

Ein denkbarer Lösungsansatz ist nach Auffassung der Freien Wähler zunächst die Einführung eines Erziehungsbeitrages in Höhe von ca. 1.000 Euro pro Monat für jedes Kind in den ersten drei Lebensjahren. Dieses sollte aber nur gezahlt werden, wenn ein Elternteil zu Hause bleibt. Das Gehalt sei Ausdruck des Wertes und der Wertschätzung, dass ein Elternteil die Erziehung der Kinder übernimmt. Es sei sozialversicherungspflichtig auszugestalten, damit es sich zum Beispiel auch bei einer späteren Rente bemerkbar macht. Ebenso sei das Erziehungsbeitrag Einkommenssteuerpflichtig. Durch die Steuerpflicht werde

der sozialen Komponente individuell Rechnung getragen. Darüber hinaus soll das beste (Fortsetzung auf Seite 4)



Geht es nach dem Ortsbeirat Dresden-Altstadt, wird die Gentechnik im Kampf gegen Hundekot eingesetzt. Den Gassi-Rambos mit Hilfe moderner kriminalistischer Methoden das Handwerk zu legen, hat einiges für sich. Freilich: Dort, wo der Zusammenhalt in der Bevölkerung funktioniert, kommen am wenigsten Verunreinigungen vor. Auch das sollte bedacht werden. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Siegfried Schneider neuer Kultusminister	2
Tagung der bayerischen Regierungspräsidenten	2
Immer Ärger mit der Feuerwehr	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Staatsregierung - zuverlässiger Partner der Kommunen	3
101. Deutscher Bädertag in Bad Wörishofen	3
Landestagung des Bayerischen Volkshochschulverbands	3
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	5 - 10
Kommunalfahrzeuge - Grünanlagen	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Nach Monika Hohlmeiers Rücktritt:

Siegfried Schneider neuer Minister

Bildungspolitik wird unverändert fortgesetzt - Opposition fürchtet Stoibers Einfluss

Einstimmig hat die CSU-Mehrheitsfraktion im Landtag der Ernennung des Eichstätter Abgeordneten Siegfried Schneider zum neuen Staatsminister für Unterricht und Kultus zugestimmt. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hatte den bisherigen Vorsitzenden des Bildungsausschusses kurz nach dem Rücktritt Monika Hohlmeiers nominiert. Laut Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann wird die bisherige Bildungspolitik konsequent fortgeführt. Beide bescheinigten dem neuen Schulminister große Loyalität und außerordentliche Kompetenz.

Die bisherige Kultusministerin war am 15. April aus eigenem Entschluss zurückgetreten, um - wie sie sagte - die Bildungspolitik von den Querelen um ihre Person und die Münchner CSU fernzuhalten. Gegen die Vorwürfe, die gegen sie erhoben werden, will sie sich unbelastet von Amtspflichten in dem nach ihr benannten Untersuchungsausschuss vehement zur Wehr setzen. Stoiber und Herrmann dankten ihr im Landtag unter demonstrativem Beifall für ihre zwölfjährige Kabinettszugehörigkeit und äußerten Respekt vor ihrer persönlichen Entscheidung.

Ausschussarbeit wird fortgesetzt

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget sprach demgegenüber von spektakulären Gründen, die unter massivem öffentlichem Druck zu ihrem Rücktritt geführt hätten. Es sei eine „ungeheuerliche Situation, dass ein Mitglied der Staatsregierung von der Staatsanwaltschaft dubioser Machenschaften bezichtigt“ und vom CSU-Fraktionsvorsitzenden im Münchner Rathaus, Hans Podiuk, der Lüge geziehen werde. Stoiber habe in diesem Zusammenhang das Saubermann-Image verloren und sei mitverantwortlich für das fachliche Scheitern Hohlmeiers. Maget zeigte sich zufrieden, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses mit Zustimmung der CSU fortgesetzt werde.

Grünen-Fraktionssprecherin Margarete Bause sprach gleichfalls von einer Mitverantwortung Stoibers. Er solle sich nicht länger als Krisenmanager auf Bundesebene aufspielen. Die Bildungspolitik müsse aus der Staatskanzlei zurück ins Kultus-

ministerium. Ihre Fraktionskollegin Simone Tolle sah in Schneiders Berufung eine Chance, einen bildungspolitischen Richtungswechsel einzuleiten.

Im europäischen Vergleich ganz vorn

CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann warf der Opposition schlechten Stil vor. Von bildungspolitischen Scheitern zu sprechen sei absurd angesichts der Tatsache, dass Bayerns Bildungssystem im europäischen Vergleich ganz vorne stehe. Schneider sei zur rechten Zeit der richtige Mann am richtigen Ort. Was den Fall Hohlmeier betrifft, konterte Herrmann, wenn man die bayerischen Oppositionsmaßstäbe anwende, hätte der

Bundeskanzler seinen Außenminister längst entlassen müssen.

Im Vorfeld der Plenarsitzung hatte der von der Fraktion gerade designierte neue Minister Schneider sich zur aktuellen Bildungspolitik bekannt, die er als Ausschussvorsitzender mitgeprägt habe. Auf ihn warte eine Vielzahl von Herausforderungen, denen er sich mit Elan und Kraft in weiterer Zusammenarbeit mit der Fraktion stellen werde. Den einen oder anderen Schwerpunkt werde er neu setzen. Zur Frage, ob er mit mehr Finanzmitteln rechne, schaltete sich Stoiber ein und verwies darauf, dass der Etat 2005/2006 beschlossene Sache sei.

Zum neuen bildungspolitischen Sprecher nach Schneider wählte die CSU-Landtagsfraktion den Passauer Gymnasialprofessor Dr. Gerhard Waschler in Kampfabstimmung gegen den Studienrat Eduard Nöth. Im Bildungsausschuss wurde Waschler dann zum Vorsitzenden gewählt. Für seinen freiwerdenden Sitz im Haushaltsausschuss hat Monika Hohlmeier Interesse bekundet. **rm**

Staatsforst wird Wirtschaftsunternehmen

Landtag verabschiedet Gesetzesänderungen / Staatliche Betreuung kommunalen Waldes nur noch freiwillig

Mit der Verabschiedung von Änderungen des bayerischen Waldgesetzes und anderer Gesetze hat der Landtag den Weg frei gemacht für eine tiefgreifende Reform der Forstverwaltung. Die Bewirtschaftung der Staatswälder wird ab 1. Juli dieses Jahres vom Landwirtschaftsministerium einer Anstalt des öffentlichen Rechts übertragen, die zwar in staatlichem Besitz steht aber nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden soll.

Die Neuorganisation betrifft neben dem Privat- auch den Körperschaftswald (Städte und Gemeinden) mit rund 13% Anteil an den 2,5 Millionen Hektar Wald in Bayern.

Regierungsentwurf

Die Neuordnung war bis zu jetzt heftig umstritten. Die Opposition befürchtet, dies sei der erste Schritt zur Privatisierung

des Staatswaldes. Ein Volksbegehren gegen die Reform scheiterte im November letzten Jahres. Die CSU änderte in den Landtagsausschüssen Einzelheiten, blieb aber in der großen Linie beim Regierungsentwurf.

Zur abschließenden Zweiten Lesung im Plenum sprach Landwirtschaftsminister Josef Miller von einer weitreichenden Weichenstellung. Der neuen Anstalt untersteht eine zahlenmäßig verkleinerte Forstverwaltung (Forstämter), die mit den Landwirtschaftsämtern „gebündelt“ wird. Das Ganze geschieht im Rahmen des alle Verwaltungen betreffenden Konzepts „Verwaltung 21“, für das Staatskanzleiminister Erwin Huber die Verantwortung trägt.

Eigner sind verantwortlich

Für die Kommunen ist von Bedeutung, dass die Betreuung des Körperschaftswaldes künftig „vorrangig von seinen Eignern“ durchgeführt werden muss. Das neue Unternehmen „Bayerische Staatsforste“ kann die Bewirtschaftung des Kommunalwaldes nur noch „freiwillig und gegen Entgelt“ übernehmen.

Die nichtstaatlichen Waldbesitzer „werden bei den sich abzeichnenden Veränderungen der Umwelt und den auftretenden Waldschutzproblemen nicht allein gelassen“, versicherte der Minister. Gestärkt würden durch die Neuordnung die Eigenverantwortung und Zusammenschlüsse im Privat- bzw. Körperschaftswald. Aus der rein betriebsbezogenen Beratung werde sich die Forstverwaltung zwar schrittweise zurückziehen, den Forstbetriebsgemeinschaften werde man aber in einer Übergangszeit ca. 90 bis 100 Forstbeamte zur Seite stellen. Dem Wald werde dadurch „keine Verwahrlosung drohen“. Die Opposition blieb bei ihren

Immer Ärger mit der Feuerwehr

Innenminister will „Förderbäume“ bis 2006 abbauen - Keine Nachrüstungspflicht

Dem permanenten Ärger vieler Kommunen mit der Zwischenfinanzierung staatlicher Fördermittel für den Neubau von Feuerwehrgerätehäusern und -fahrzeugen will das Innenministerium in den engen Grenzen des Etats abhelfen. In der Landtagsfragestunde kündigte Minister Dr. Günter Beckstein an, die Förderrichtlinien würden geändert.

Zum Beispiel soll es Pauschalzuweisungen geben, mit denen die Gemeinden dann nach eigenem Ermessen ihre Projekte finanzieren können. „Bis 2006 werden wir die Förderbäume abgebaut haben“, stellte Beckstein an Hand eines Einzelfalles der SPD- Abgeordneten Susann Biedfeld generell in Aussicht.

Grünen-Fraktionssprecher Dr. Sepp Dürr ging es um die Brandschutzauflagen. Eine Vielzahl von Kommunen klagte über überzogene Auflagen. Dem Innenminister war von einer „Vielzahl“ nichts bekannt. Einzelfälle erhöhter Baukosten „wurden stets sorgfältig geprüft“. Dabei habe sich regelmäßig ergeben, dass die kostenerhöhenden Ursachen nicht in den gesetzlichen Anforderungen zu suchen waren. Typisch für solche Streitigkeiten sei es, dass die Entwürfe für

Feuerwehreneu- bzw. -umbauten erhebliche Abweichungen von Regelanforderungen der Bauordnung vorsehen. Beckstein verwies drauf, dass es für alte Feuerwehrgerätehäuser keine Nachrüstungspflicht gebe, außer Leben und Gesundheit seien bedroht. Wenn Verkäufer von Brandschutztechnik den Vorteil ihrer Systeme anpreisen, sollten die Kommunen sorgfältig prüfen und sich gegebenenfalls an die Fachabteilung des Innenministeriums wenden.

Im Kommunalausschuss des Landtags und dann im Plenum fand ein Antrag der Grünen-Fraktion für einen Feuerwehr- und Katastrophenschutzbedarfsplan insoweit die Zustimmung auch der CSU, freiwilligen Feuerwehrleuten nicht nur in ihrer Heimatgemeinde sondern Berufspendlern auch an ihrem Arbeitsort den Einsatz „durch geeignete Initiativen“ der Staatsregierung zu ermöglichen. Den Grünen ging es konkret um die Finanzen. Sie verwiesen auf den „gewaltigen Förderstau von über 100 Mio. Euro allein aus der letzten Legislaturperiode (1998 - 2003). Mit diesen Forderungen und Zahlen wollte sich die CSU nicht identifizieren, wie Berichterstatter Herbert Ettengruber ausführte. **rm**

Bayerische Regierungspräsidenten tagten im Allgäu:

Verwaltungsreform und Entbürokratisierung

Verwaltungsreform und Entbürokratisierung waren die Themenschwerpunkte der diesjährigen Frühjahrstagung der Bayerischen Regierungspräsidenten am 20. und 21. April in Oberstdorf und Kempten. Neben anderen Punkten standen auch die Feinstaubproblematik, interkommunale Zusammenarbeit und die Schulorganisation an den Hauptschulen auf der Tagesordnung. Gastgeber der Tagung war Schwabens Regierungspräsident Ludwig Schmid.

Die Verwaltungsreform bringt wesentliche Veränderungen bei staatlichen Behörden. Straßenbauämter und Hochbauämter werden künftig als Staatliche Bauämter zusammengeführt.

Aus der Vereinigung von Landwirtschaftsverwaltung und Forstverwaltung entstehen Ämter für Landwirtschaft und Forsten. Die Bezirksregierungen selbst sollen verschlankt und in moderne regionale Service- und Dienstleistungszentren umgebaut werden. „Wir wollen unsere Kundenorientierung noch verstärken“, so Regierungspräsident Ludwig Schmid „und durch Controlling und Kosten- und Leistungs-Rechnung unsere Effizienz laufend überprüfen.“

Die Regierungspräsidenten haben sich auch für eine Ab-

schaffung von Mehrfachkontrollen ausgesprochen. In der Gewerbeaufsicht, die seit dem 1. 1. 2005 bei den Regierungen angesiedelt ist, wurde ein Kooperationsvertrag mit den Berufsgenossenschaften geschlossen. Ziel ist es, Doppelkontrollen und die damit verbundene Belastung der Betriebe zu vermeiden.

Zu hoch ist nach Auffassung der bayerischen Regierungspräsidenten die Kontrolldichte bei EU-Förderungen, die einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht: Regierungspräsident Ludwig Schmid: „Eine Vereinfachung hier würde Unternehmen, Kommunen

und Verwaltung entlasten.“

Mit einem gezielten Aufgabenabbau einhergehen sollen nach Schmid's Worten weitere Rationalisierungsmaßnahmen sowie eine Optimierung der Arbeitsabläufe. Insgesamt wollen die Regierungen in den kommenden zehn Jahren 25 Prozent ihres bisherigen Personals einsparen (1.000 Stellen). Die Sparsamkeit soll jedoch für Kommunen, Wirtschaft und Bürger keinesfalls mit Qualitätsverlusten verbunden sein. Man habe der Tatsache Rechnung zu tragen, dass günstige Rahmenbedingungen heute für viele Investoren die wichtigsten Standortfaktoren seien.

In der interkommunalen Zusammenarbeit sehen die Präsidenten großes Potenzial. Ob bei Schulen, Industrieansiedlungen oder Gewerbeflächenausweisung würden Synergieeffekte zu Kostenersparnis und Effizienzsteigerung führen.

Schmid verwies auch auf die Hilfestellung der Regierungen für Kommunen beim sog. „vorzeitigen Baubeginn“. Damit können geplante Projekte ohne Einbuße der Fördermittel zeitnah in Angriff genommen werden. **z**

GZ Buchvorstellung

„Aus eigener Kraft - Bayern kämpft für seinen Traum“

Was in der Realität als undenkbar gilt, besteht zumindest als Vision in Buchform. Peter Fendt, studierter Betriebswirt, beschreibt in seinem Roman „Aus eigener Kraft - Bayern kämpft für seinen Traum“ den Freistaat im Jahr 2007 bei der Loslösung von der Bundesrepublik Deutschland.

„Durch eine Volksabstimmung hat der Freistaat Bayern seine staatliche Unabhängigkeit erreicht und sich von der Bundesrepublik abgespalten. Sämtliche Gesetze wurden außer Kraft gesetzt und durch neue, weniger komplizierte Gesetze ersetzt. Gesundheits- und Rentensystem wurden durch radikale Reformen saniert. Infolge der durchgeführten Maßnahmen kam es in Bayern zu einer nie dagewesenen wirtschaftlichen Blütezeit, während Restdeutschland verfiel.“ So klingt es, wenn der Autor zwar augenzwinkernd, aber durchaus mit ernstesten Absichten, ein Zukunftsszenario des von Deutschland abgespaltenen Freistaats entwirft, in dem sich dringende erforderliche Reformen tatsächlich durchsetzen lassen. Den Rahmen für Fendts Utopie bildet ein Roman: Die Geschichte der ersten bayerischen Ministerpräsidentin Almut Eisner-Siegl und ihr Kampf für ein unabhängiges Bayern.

Freilich ist in Fendts Fiktion die Abspaltung Bayerns nicht Selbstzweck. Vielmehr geht es

ihm um grundlegende Reformen des Steuer-, Sozial-, Renten- und Gesundheitssystems. So plädiert er beispielsweise für eine Senkung von Eingangs- und Spitzensteuersatz auf 15 bzw. 35 Prozent, die Reduktion der Steuerersatz auf drei einfache Klassen, die Streichung der Ausnahmeregelungen und die Ablösung der Mehrwertsteuer durch eine reine 20-prozentige Umsatzsteuer. Im Roman gelangt die bayerische Wirtschaft durch diese Reformen zu neuer Blüte, so dass die Bundesregierung das „Bayerische Modell“ schließlich übernimmt. Damit ist Bayern so zufrieden, dass es nun doch über einen Verbleib in der Bundesrepublik nachdenkt. Ende gut, Alles gut.

„Aus eigener Kraft - Bayern kämpft für seinen Traum“ ist erschienen im Bauer Verlag in Thalhofen/Stöttwang mit der ISBN-Nr. 3-934509-64-9 und kann im Buchhandel oder beim Verlag bezogen werden. Tel.: 08345-1601, eMail: info@verlag-bauer.de **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Bäßler
86854 Amberg
am 14.5.

Bürgermeister
Werner Grünwedel
91798 Höttingen
am 14.5.

Bürgermeister Lorenz Hurler
86756 Reimlingen
am 22.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Ludwig Scheurich
63931 Kirchzell
am 10.5.

Bürgermeister Karl Hofer
93105 Tegernheim
am 20.5.

Bürgermeister
Johannes Schropp
86470 Thannhausen
am 20.5.

Bürgermeister Rainer Eiser
92545 Niedermurach
am 22.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Altkofer
83483 Bischofswiesen
am 11.5.

Bürgermeister
Dr. Herbert Kränzlein
82178 Puchheim
am 14.5.

Bürgermeister Johann Pfister
96120 Bischberg
am 15.5.

Bürgermeister Helmut Peter
94481 Grafenau
am 16.5.

Oberbürgermeister
Helmut Hey
92421 Schwandorf
am 18.5.

Bürgermeister Franz Stephan
92345 Dietfurt
am 21.5.

Bürgermeister
Dieter Schmidt
91448 Emskirchen
am 21.5.

Bürgermeister Georg Betz
88138 Hergensweiler
am 21.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister August Voit
83123 Amerang
am 9.5.

Bürgermeisterin
Edigna Keneder
84337 Schönau
am 9.5.

Bürgermeister Jürgen Pirner
95704 Pullenreuth
am 15.5.

Bürgermeister
Reiner Wohlrab
95706 Schirmding
am 20.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Werner Englert
63869 Heigenbrücken
am 21.5.

101. Deutscher Bädertag in Bad Wörishofen:

Dienstleistung und Qualität

Bereits zum 3. Mal richtete Bad Wörishofen den Deutschen Bädertag aus. Rund 200 Teilnehmer aus den Heilbädern zwischen Ostsee und Alpen sowie Tourismus-Experten, Mediziner und Politiker befassten sich mit „Naturheilverfahren in Heilbädern und Kurorten“. Mit diesem Leitthema wurde in der Geburtsstätte der Kneipp'schen Naturheilkunde Tradition mit Moderne verknüpft.

Laut Bad Wörishofens erstem Bürgermeister Klaus Holetschek konnte seine Stadt in den vergangenen Jahren wieder wachsende Gäste- und Übernachtungszahlen verzeichnen. Dabei verlasse sich die Kommune nicht mehr nur allein auf „den Kurgast, der über die Sozialversicherung kommt“, sondern werbe mehr denn je um den privaten Gast.

mehr Patienten nur bei Widerspruch eine ambulante offene Badekur genehmigt erhalten“.

Medical Wellness

Die geschätzten Fallzahlen betragen für 2004 nur noch 113.000 Kuren - eine gigantische Abnahme über die vergangenen Jahre hinweg. Holetschek for-

mühen um Gesundheit und Wohlbefinden. „Hier“, so Holetschek, „können wir uns im Gesundheitsmarkt, der nach wie vor ein großer Wachstumsmarkt ist, positionieren.“

Volkswirtschaftlich große Bedeutung

Bad Füssings ehemaliger Bürgermeister Franz Gnan, wiedergewählter Vizepräsident des Deutschen und Präsident des Bayerischen Heilbäderverbandes, verwies auf die volkswirtschaftlich große Bedeutung von Kuren. Es gelte als erwiesen, dass man durch Kuren in der Volkswirtschaft sparen kann. Es sei hingegen falsch, an Kuren zu sparen. Wissenschaftliche Untersuchungen hätten ergeben, „dass man mit 50 Cent, die man für Kuren ausgibt, 1,50 Euro an anderer Stelle im Gesundheitswesen einsparen kann“, betonte Gnan. Dies sei auch mittlerweile in der Politik unbestritten.

Ortsgebundene Vorteile

Der Kurort der Zukunft sollte sich seiner Stärken vor allen Dingen im Hinblick auf das ortsgebundene oder natürliche Heilmittel bewusst sein: „Unsere nicht so verlässliche Wetterlage in Deutschland kann durch ein Plus an Qualität, an Leistung, an Service ausgeglichen werden und so zum wahren Wohlbefinden des Gastes beitragen“, fuhr Gnan fort. Sicher sei auch, dass es künftig keine neue Kur gebe. Jedoch sollte sie sich an den

wechselnden Ansprüchen der Gesellschaft orientieren und als Vorreiter in der Gesundheit sowie der Prävention Maßstäbe setzen.

Sozialministerin Christa Stewens zufolge tragen die bewährten Leistungen der Kurorte und Heilbäder dazu bei, Gesundheit, Lebensqualität, Selbstbestimmung und Beschäftigungsfähigkeit altersgerecht zu erhalten und zu stärken. Kureinrichtungen betrieben damit Prävention und Gesundheitsförderung im besten Sinne. Diese erforderten zwingend die Bereitschaft des Einzelnen, etwas für die eigene Gesundheit und das persönliche Wohlbefinden zu unternehmen. „Diese Bereitschaft nimmt kontinuierlich zu, immer mehr Menschen sehen die Notwendigkeit, die eigene Lebensführung zu verändern, um auch im Alter gesund und aktiv zu bleiben. Immer mehr Menschen sind bereit, hierfür ein finanzielles Opfer zu erbringen. Kurorte und Heilbäder haben die Chancen, die sich hieraus für sie ergeben, längst erkannt und verlassen sich nicht mehr nur auf den Bereich der von der Sozialversicherung finanzierten Leistungen. So steht Wellness nicht vorrangig als Synonym für Luxus, Anti-Aging oder Schönheitswahn, sondern leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Prävention mit dem Ziel, die Risiken gerade der großen Volkskrankheiten zu vermindern“, so Stewens.

Angebot an Wünschen der Gäste orientieren

Die Qualität der Kureinrichtungen sei unbestritten. Diese Qualität stelle eine gute Startposition für den verstärkten Wettbewerb mit ausländischen Anbietern dar: Nach der seit 1. Januar 2004 geltenden Gesetzeslage können Krankenkassen auch mit Leistungserbringern aus EU-Ländern Verträge abschließen. Aber auch im Wellness-Bereich werde es für Anbieter immer wichtiger, im zunehmenden nationalen und internationalen Wettbewerb ihre Qualität unter Beweis zu stellen, betonte die Ministerin. Stewens: „Alle Indikatoren lassen erwarten, dass die Nachfrage nach Wellness-Leistungen in den kommenden Jahren weiter mas-

Kommunalpolitische Tagung des LBE:

Innenstädte kämpfen ums Überleben

Vielfalt Voraussetzung für lebendige Innenstädte

Angesichts des fortschreitenden Leerstands und der Verdrängungsgefahr unserer Innenstädte und Ortszentren haben Handel und Kommunen zu koordinierten Maßnahmen aufgerufen. Dies ist das Ergebnis der 5. Kommunalpolitischen Tagung des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels (LBE) in Seon. LBE-Vorsitzender Michael Krines: „Vielerorts kämpfen die Innenstädte ums Überleben. Wir können die aktuellen Herausforderungen nur dann meistern, wenn Politik, Handel, Bürgerschaft und Vermieter an einem Strang ziehen.“

Die Kommunalpolitische Tagung des LBE stand in diesem Jahr unter dem Motto „Kommunalpolitik und Handel - fit für die Zukunft“. Dabei machte Krines vor den über 130 Vertretern von Handel und Kommunen deutlich, dass auch in den bayerischen Innenstädten die Folgen des anhaltenden Trends zur Großflächigkeit, des Verdrängungswettbewerbs im Einzelhandel und der Konsumlust der Verbraucher zu spüren und zu sehen sind. „Bundesweit stehen etwa zehn Prozent der Einzelhandelsflächen leer. Viele Kommunen klagen über zum Teil dramatisch sinkende Besucherfrequenzen. Auch in Bayern geht der Leerstands-Bazillus um.“

Für den Einzelhandel zählt der Kaufkraftverlust der Innenstädte und Ortskerne nach der

GZ Kolumne Luitpold Braun

Die Idee

In den fiktiven (und wieder einmal falschen!) Berechnungen des Bundes zur Gegenfinanzierung der angelegten Steuerentlastungen bei der Körperschaftsteuer kam der Bundesfinanzminister auf die absurde Idee, den Gemeinden Mehreinnahmen von 1,8 Milliarden Euro zu rechnen zu können.

Dieser Betrag sollte durch eine einseitige Erhöhung der Gewerbesteuerumlage in Höhe von einer Milliarde jährlich weitgehend abgegolten werden! Einseitig deshalb, weil der Bund die bisher hälftig auf ihn und die Länder verteilte Gewerbesteuerumlage in diesem Fall in voller Höhe kassieren wollte.

Dankbar können wir sein, dass die Staatsregierung, allen voran Ministerpräsident Stoiber und Finanzminister Fallthaler, sich dagegen vehement und erfolgreich zur Wehr gesetzt haben. Seit den Verlautbarungen vom 22. April können wir darauf hoffen, dass der Bund diese Idee nicht weiter verfolgt.

Auffällig in diesem Zusammenhang war allerdings, dass die sonst so lautstark gegen die angeblich die Gemeinden schädigende Sparpolitik der Staatsregierung auftretenden Protestierer ganz still waren. Während sie landauf landab über die Ein-



bußen durch Sparbeschlüsse der Staatsregierung klagen, ist kein Wort über die Ausweitung des Finanzausgleichs im Jahre 2005 zu hören. Die reinen Landesleistungen im Finanzausgleich sind erheblich angestiegen, das gesamte Tableau steigt um 3,3 % an. Dazu kommt, dass der Freistaat die Solidarumlage in drei Schritten übernimmt, so dass sie 2008 vollständig für die bayerischen Gemeinden verschwindet.

Damit leistet der Staat in diesem Jahr einen außerordentlich kommunalfreundlichen Beitrag zur Finanzierung der Haushalte von Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken. Auch das muss gesagt werden dürfen.

Luitpold Braun

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Begriffe wie Dienstleistung und Qualität stünden im Mittelpunkt. Dabei scheue Bad Wörishofen den Wettbewerb nicht, „auch wenn wir wissen, dass gerade die osteuropäische Konkurrenz mit ihrer großen Bädertradition sehr stark auf den Markt drängt“, erläuterte Holetschek.

Der Rathauschef prangerte den Umstand an, „dass immer

derte die Verantwortlichen auf, „dafür zu kämpfen, dass die Kur nicht untergeht“. Er zeigte sich überzeugt, dass der Trend Wellness wieder zurückgeht und die medizinische Kompetenz mehr in den Vordergrund tritt“. Das neue Zauberwort heiße „Medical Wellness“, sprich das medizinisch therapeutisch geleitete und wissenschaftlich fundierte Be-

Bayerischer Volkshochschulverband:

Speerspitze für Bildungs-Innovationen

59. Landestagung in Aschaffenburg

„Erwachsenenbildung leistet gesellschaftliche Integration, Qualifikation und Persönlichkeitsbildung“, betonte Karl Freller, Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium, auf der 59. Landestagung des Bayerischen Volkshochschulverbandes in Aschaffenburg. Vor rund 200 Festgästen verwies er darauf, dass Erwachsenenbildung umfassend sei und nicht auf eine ihrer zahlreichen Aufgaben reduziert werden dürfe.

Ausdrücklich wandte sich Freller gegen frühere Versuche, Erwachsenenbildung auf beruflich verwertbare Angebote zu reduzieren: „Es gibt viele gute Gründe, sich auch im nichtberuflichen Bereich weiterzubilden.“ Dem bvv machte er das Kompliment, „Speerspitze für Innovationen im Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung“ zu sein und verwies auf das sozial-integrative Lernen z.B. in den bayernweiten Angeboten „Mama lernt Deutsch“.

„Die Vision eines umfassend gebildeten Menschen und einer Gesellschaft mit einer sozialen und partnerschaftlichen Leis-

tungs- und Erfolgskultur“ entwarf der Präsident des Bayerischen Volkshochschulverbandes, Josef Deimer.

Marktwirtschaftliche Instrumentarien anwenden

Die Erfüllung dieser Idee gelinge nur in Zusammenarbeit zwischen Politik, Gesellschaft und Bildung. Deimer, seit 1979 an der Spitze des bvv, unterstrich: „Es ist klar, dass Managementwissen und Haushaltssanierungsdruck bildungspolitische Ziele und Visionen nicht ersetzen können und auch nicht dürfen.“ Wohl aber könnten Bil-

dungseinrichtungen marktwirtschaftliche Instrumentarien wie Marketing und Qualitätsmanagement erfolgreich anwenden. Der Bayerische Volkshochschulverband zeigt dies seit Einführung seines Marketing-Konzeptes im Jahre 1998.

Bildungseinrichtungen werden sich in Zukunft verstärkt an klar definierten Qualitätsstandards messen lassen müssen. Die bayerischen Volkshochschulen sind für diese Herausforderung gut gewappnet. Rund hundert von ihnen haben ein Qualitätsmanagement-System nach dem Modell der European Foundation for Quality Management (EFQM) eingeführt, darunter so große Einrichtungen wie München und Nürnberg. Damit ist die Qualität von drei Viertel des vhs-Angebotes in Bayern durch ein international anerkanntes System gesichert - eine Leistung, die bundesweit einzigartig ist.

Ziele überprüfen

Zum Marketing-Konzept des Bayerischen Volkshochschulverbandes gehören die Verabschiedung von Verbandszielen und die regelmäßige Überprüfung ihrer Erfüllung durch professionelle Marktforschung. Eine Befragung in diesem Frühjahr ergab, dass bereits sechs der zehn Verbandsziele aus dem bis 2008 laufenden Zielkatalog vorzeitig erfüllt sind. So sind schon heute 95 Prozent der vhs-Kunden und Kundinnen mit der Qualität der Veranstaltungen zufrieden. 85 Prozent empfinden die Volkshochschule als kundenfreundlich und kompetent. DK



Zusammenarbeit bekräftigt: Karl Heinz Eisfeld, 1. Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes (Mitte) mit Staatssekretär Karl Freller (r.) und bvv-Präsident Josef Deimer.

Gastronomie auch ein attraktives und abwechslungsreiches Warenangebot.

LBE-Hauptgeschäftsführer Günter Gross machte deutlich, dass die Partnerschaft zwischen Stadt und Handel derzeit schweren Belastungen ausgesetzt ist. Denn trotz Kaufzurückhaltung und sinkender Umsätze im Einzelhandel sei das Flächenwachstum weiterhin unbremst. Gross: „Eine Folge dieses massiven Flächenwachstums ist die spürbare Verschärfung der Konkurrenz und ein beispielloser Verdrängungswettbewerb. Durch Geschäftsaufgaben gerade des mittelständischen Einzelhandels droht jedoch ein Ausbluten unserer Innenstädte und Ortskerne.“

Blick auf die Nachbarn

Mit Blick auf die rigorose Betriebsansiedlungspolitik in Österreich appellierte Gross an die Kommunalpolitik auf bayerischer Seite nicht die gleichen Fehler zu machen. „Die üppige Ausweisung von Gewerbeflächen auf der grünen Wiese ist der vollkommen falsche Weg. Wer ungezügelt Einzelhandels-großprojekte an peripheren Standorten genehmigt, wird zum Totengräber unserer Innenstädte.“

Absage an City-Maut

Mit Blick auf die aktuelle Feinstaub-Diskussion warnte der Hauptgeschäftsführer „vor blindem Aktionismus.“

Straßensperrungen oder einer City-Maut erteilte er eine klare Absage. „Das wäre das Ende für den innerstädtischen Einzelhandel. Dann fahren die Kunden direkt in die Einkaufsmärkte auf der grünen Wiese. Da gibt es keinen Wegezoll. Und außerdem jede Menge Parkplätze und diese auch noch kostenlos.“

Mautflucht stoppen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
den Bund als auch das Verhalten der Länder lassen die Befürchtung aufkommen, dass die versprochene Entlastung der Kommunen gefährdet ist. Es kann nicht sein, dass manchen Ländern oder Kreisen Geld bleibt, andere dagegen aber kräftig draufzahlen müssen“, stellte der Erste Vizepräsident des DStGB, Bürgermeister Roland Schäfer aus Bergkamen, fest.

Nach den Ergebnissen des Vermittlungsverfahrens hatte sich der Bund verpflichtet, 29,1 Prozent der Kosten der Unterkunft zu tragen, die Länder sollten ihre Entlastungen durch den Wegfall der Wohngeldzahlungen an die Kommunen weiterleiten. Im Revisionsverfahren will der Bund seinen Anteil auf 7,3 Prozent zurückschrauben. Das würde bedeuten, dass der Bundesanteil von 3,2 Mrd. Euro auf 810 Millionen Euro zurückgehen würde.

Unsichere Zahlenbasis

Der DStGB wirft dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit vor, sich auf der Basis einer unvollständigen und höchst unsicheren Zahlenbasis entlasten zu wollen. Gleichzeitig scheinen die Länder einen Teil ihrer Einsparungen durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für sich behalten zu wollen, um eigene Haushaltslöcher zu stopfen. Der Bund habe immer wieder betont, 1,5 Mrd. Euro der Einsparungen müssten für den Ausbau der Kindertagesbetreuung verwendet werden. Komme es nicht zu den Entlastungen, sei selbstverständlich auch die Geschäftsgrundlage für den Ausbau der Tagesbetreuung entfallen.

Mit großer Sorge beobachtet der DStGB auch regionale Verwerfungen bei den Be- und Entlastungen durch die Hartz IV-Reform. Es sei allen klar gewesen, dass mit der Hartz IV-Reform keine gleichmäßige Entlastung

Fünf Minuten nach ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gen. Der jährliche Anstieg liege bei 260 Millionen oder über 6 Prozent. Neu kämen in diesem Jahr Belastungen von rund 290 Millionen Euro durch „Hartz IV“ und die Grundsicherung hinzu. Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe der bayerischen Bezirke seien zwischen 1995 und 2002 von 890 Millionen Euro auf 1,4 Milliarden Euro angestiegen. Bei den von den Gemeinden und Landkreisen über die Bezirksumlage mit zu finanzierenden Pflegeleistungen der Bezirke betrage der Kostenanstieg jährlich 6 Prozent. Hinzu kämen noch die großen Finanzprobleme bei der Krankenhausfinanzierung. Der Bund habe seit Jahren die Einnahmen bzw. Leistungsentgelte gedeckelt. Auf der Ausgabe Seite müssten aber die Lohnsteigerungen jährlich bezahlt werden.

Resolution

Trotz der Verbesserung beim kommunalen Finanzausgleich und der erfreulichen Einnahmenverbesserung im Bereich der Gewerbesteuer bestünde überhaupt keine Aussicht, dass sie sich aus eigener Kraft wieder daraus befreien könnten. Im Landkreis Cham könnten 2005 über 50 Prozent der Städte und Gemeinden keinen ausgeglichenen Haushalt zur rechtsaufsichtlichen Genehmigung vorlegen. Die Folge sei, dass die Kommunen so wenig investieren wie noch nie. Dem Großteil der Kommunen fehlten sogar die Gelder für den Unterhalt der Schulen, der Straßen oder

der Kommunen erreicht werden könne. Gleichwohl dürfe es nicht einseitige Verlierer geben.

Große Sorgen bei Hartz IV

Der DStGB hat im laufenden Gesetzgebungsverfahren die Kommunalisierung des neuen Leistungsrechts abgelehnt und stattdessen die Kooperation von Arbeitsverwaltung und Kommunen auf gleicher Augenhöhe eingefordert. Mit großer Sorge sieht der Arbeitsgemeinschaften diese Vorgaben faktisch Weisungen mit der Folge, dass in den Arbeitsgemeinschaften regionale Besonderheiten keine Berücksichtigung finden. „Für die örtliche Umsetzung sollten ausschließlich die vertraglichen Regelungen zwischen den Vereinbarungspartnern maßgeblich sein“, erklärte Schäfer. Den Handlungsempfehlungen der BA dürfe keinerlei Weisungscharakter zukommen.

Postgrundversorgung

Gesetzliche Schritte sollen gegen die anhaltende Schließung von Postfilialen unternommen werden. „Die Städte und Gemeinden brauchen die Post vor Ort“, so Schäfer. Er forderte die Bundesregierung auf, die geltende Post-Universaldienstleistungsverordnung zu verschärfen. Die derzeitigen Regelungen reichten nicht aus, eine angemessene Versorgung ländlicher Gebiete mit Postdienstleistungen sicherzustellen. Zwar habe die Post zugesagt, die angekündigten Filialschließungen zu überprüfen, die notwendige Planungssicherheit sei aber nicht gegeben.

Der DStGB hält es für zwingend notwendig, in allen Gemeinden mit mehr als 1.000 Einwohnern sowie in jedem Land-

gar von Freizeiteinrichtungen. In einer Resolution werden folgende Forderungen genannt:
 - Ein eigenes Leistungsgesetz im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, das die Lasten neu auf Bund, Länder und Kommunen verteilt.
 - Ein Kommunales Entlastungsgesetz auf Bundesebene, so wie es der Freistaat Bayern bereits im Bundesrat eingebracht hat. Danach sollen die Leistungsgesetze der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte angepasst werden und vermögende Erziehungsberechtigte an den Kosten von Jugendhilfemaßnahmen beteiligt werden.
 - Die vom Bundeskanzler zugesagte und längst überfällige Gemeindefinanzreform mit dem Ziel einer Einnahmenverbesserung der Kommunen schnellstmöglichst zu verabschieden.
 - Weitergabe der gesamten Entlastung der Länder aus Einsparungen durch Hartz IV an die Kommunen.
 - Einführung des strikten Konnexitätsprinzips, wenn der Bund Leistungen direkt den Kommunen zuordnet.
 - Ein ausgeglichener Staatshaushalt sei aus der Verantwortung für künftige Generationen sicher begründet und mittelfristig der richtige Weg. Aber auch die Kommunen müssten durch eine verbesserte Finanzausstattung die Chance erhalten, einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen. Sie bräuchten die dauernde finanzielle Leistungskraft, um neben der Erfüllung ihrer Pflichten auch noch investieren zu können.

kreis mit einer Fläche von 40 qm eine Postfiliale zu unterhalten. Gegenwärtig sieht die Post-Universaldienstleistungsverordnung als Obergrenze 2.000 Einwohner und 80 qm vor. Dies führe zu einer schleichenden Ausdünnung der Postgrundversorgung. So ist die Zahl der Postfilialen seit 1997 bis Ende vergangenen Jahres von 15.331 auf 13.019 zurückgegangen. Betroffen sind vor allem ländliche Gemeinden. Zusammen mit dem Abbau von Briefkästen und der Verschlechterung für Konditionen für Postagenturen bedeutet dies eine dramatische Benachteiligung des ländlichen Raums. „Da die Post seit Jahren die Proteste der Städte und Gemeinden gegen die

St. Bürokratius ...

(Fortsetzung von Seite 1)
wändigen Verfahren inklusive Mahnung und Vollstreckung beizutreiben. Sie müssen Anträge auf Befreiung bearbeiten, Vollstreckungshindernisse überprüfen und sich notfalls mit Widerspruchverfahren und Klagen vor Gericht herumschlagen. Das Kultusministerium selbst rechnet mit 300.000 Befreiungsanträgen pro Jahr. Die Kosten für den entstehenden Verwaltungsaufwand liegen vielfach höher als das Büchergeld. Darüber hinaus stellt sich Schaidinger zufolge die Frage, ob dieser „Verwaltungszirkus“ noch mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu vereinbaren ist.

Mahnung an den Freistaat

Für den Fall, dass das Büchergeld nicht zu verhindern sein sollte, richtet Schaidinger eine deutliche Mahnung an den Freistaat Bayern: „Wenn sich der Freistaat Bayern mit dem Gesetzentwurf schon in Höhe von jährlich rund 15,2 Mio. Euro entlastet, dann muss er zumindest den Kommunen die entstehenden Mehrkosten in vollem Umfang ersetzen.“ Die Städte legen dabei großen Wert auf die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Grund für diese Forderung ist, dass das Kultusministerium für die Kommunen eine Einsparung von rund 2 Mio. Euro prognostiziert, die kommunalen Spitzenverbände dagegen mit Mehrbelastungen in mindestens dieser Höhe rechnen. Schaidinger: „Wir werden es nicht hinnehmen, wenn uns Mehrkosten entstehen.“

Wirklichkeitsfremd

Zum Konnexitätsprinzip gehören nach Auffassung des Städtetags eine objektive Ermittlung der tatsächlichen Kosten und ein gerechter Maßstab bei der Verteilung der Staatszuschüsse für die Befreiungstatbestände. Der

Schließung von Poststellen ignoriert oder nur in Einzelfällen handelt, ist jetzt die Bundesregierung gefordert, die Versorgung gesetzlich sicherzustellen“, sagte der Vizepräsident.

Milliardengewinn einsetzen

Darüber hinaus hat der DStGB die Bundesregierung zum Handeln in der Aktionärsversammlung der Post aufgerufen. Die Bundesregierung müsse ernsthaft erwägen, einen Teil des Milliardengewinns für den Erhalt von Postagenturen einzusetzen, bemerkte Schäfer. Denkbar sei, 100 Mio. Euro aus dem Bilanzgewinn der Deutschen Post in Höhe von 1,3 Mrd. Euro dafür zu verwenden, das vorhandene Netz der Postagenturen auszubauen und zu verbessern. **DK**

Gesetzentwurf enthalte demgegenüber nicht nur eine Reihe wirklichkeitsfremder Annahmen, sondern übergehe auch, dass Verwaltungsaufwand und Befreiungsquoten in Kommunen verschiedener Größenordnung unterschiedlich hoch sind. So stellt der Gesetzentwurf auf 1450 „kommunale Verwaltungsstellen“ mit einer fiktiven Durchschnittszahl von 1170 Schülern sowie einer durchschnittlichen Befreiungsquote von 18 Prozent ab. In vielen Städten und Kreisen sei die Schülerzahl allerdings um ein Vielfaches höher und auch die Ausfallquote dürfte realistisch Weise zwischen 20 und 30 Prozent liegen. Schaidinger: „Ein gerechter Kostenausgleich muss den unterschiedlichen Verhältnissen Rechnung tragen, anstatt Ungerechtigkeiten erst heranzuzuführen.“

Darüber hinaus erwartet der Bayerische Städtetag eine grundlegende Reform der Bezirke. „Wir können die Jahr für Jahr steigende Bezirksumlage nicht mehr aufbringen“, so der Verbandsvorsitzende. Obwohl den Bezirken bei den letztjährigen Finanzausgleichsverhandlungen ein Einverständnis der anderen kommunalen Ebenen mehr Geld zugesprochen worden sei, wurden die Umlagen zum Teil über zwei Prozentpunkte erhöht. Schaidinger zufolge wurde damit die Geschäftsgrundlage verlassen. Deshalb müssten Aufgaben der Bezirke zumindest teilweise auf Staat, Städte und Landkreise verlagert werden.

Aufgaben anders erledigen

Nach Meinung des Städtetagschefs besteht Einigkeit, dass die Aufgaben der Bezirke auch anders erledigt werden können. Allerdings gab es für die finanzielle Ausgleichsfunktion der Bezirke bisher keine Alternative. Nunmehr müsse darüber nachgedacht werden, wie der Ausgleich zwischen den unterschiedlich

Herrmanns Antwort

Zweierlei Maß scheint der Bayerische Städtetag nach Ansicht des Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, anzusetzen, wenn er sich über die Verwaltungskosten der Kommunen beklagt. Herrmann kann deshalb die jüngsten Äußerungen von Städtetagschef Schaidinger zum Thema Büchergeld nicht ganz ernst nehmen: „Die Städte scheinen kein großes Problem mit den Verwaltungskosten zu haben, wenn es darum geht, einem Verkehrssünder 20 Euro fürs Falschparken abzunehmen. Ist es tatsächlich schwieriger, von braven Schülern und Eltern 40 Euro im Jahr für gute Schulbücher einzutreiben?“ Wenn der Städtetag im Gesetzentwurf für das Büchergeld wirklich ernsthaft „ein bürokratisches Monster“ entdeckt haben will, dann müsste sich der Städtetag bereits wie im bürokratischen Jurassic Park fühlen, meint Herrmann. „Hunderttausende von Verwarnungsgeldern treiben die Kommunen mit der kommunalen Verkehrsüberwachung ein. Ich habe noch von keinem bayerischen Bürgermeister gehört, dass sich das nicht lohnen würde.“ Der Fraktionsvorsitzende forderte den Städtetag auf, zu einer sachlichen Diskussion zurückzukehren. Es sei unbestreitbar, dass sich für Kommunen durch die Neuregelung des Büchergeldes insgesamt deutliche Einsparungen ergeben würden. **DK**

Ja zur Familie ...

(Fortsetzung von Seite 1)
hende Ehegattensplitting durch ein „Familiensplitting“ ersetzt werden. Dabei sollen nach Vorstellung der Freien Wähler zwei Kinder wie ein Erwachsener gezählt und das zu versteuernde Einkommen auf die entsprechende Zahl der Familienmitglieder aufgeteilt werden. Sinnvoll sei auch die Einführung einer Family-Card. Damit sollen Familien mit zwei oder mehr Kindern Vergünstigungen bei Einkäufen (zum Beispiel von Lebensmitteln oder Bekleidung), aber auch bei Eintritten und Fahrpreisen gewährt werden.

Durchgängiges Betreuungsnetz

Die Freien Wähler setzen sich zudem für ein durchgängiges Betreuungsnetz ein, das eine Betreuung der Kinder von Klein auf gewährleistet. Dieses umfasst Kinderkrippen für Kinder von 0 bis 3 Jahren, Kindergärten für Kinder bis 5 Jahre einschließlich eines Vorschuljahres als Pflichtjahr für alle Kinder sowie Ganztagsschulangebote an allen Schularten. An den Hauptschulen müsse dies sofort umgesetzt werden, an den anderen Schulzweigen sobald als möglich. Die Entgelte sollen nach der Zahl der Kinder gestaffelt sein: Je mehr Kinder in einer Familie, desto weniger müssen die Eltern pro Kind bezahlen.

„Um die genannten Maßnahmen zu finanzieren, sind alle gefordert: Bund, Länder, Kreise, Städte und Gemeinden, die Wirtschaft, jeder von uns“, so Lan-

desvorsitzender Armin Grein. Gelingt es, die Geburtenrate zu steigern und damit die Bevölkerung stabil zu halten, sei bereits ein Teil der Gegenfinanzierung gesichert. Denn Kinder stellen einen Wirtschaftsfaktor dar: Je mehr Kinder, desto größer die Nachfrage.

Mehrwertsteuersatz moderat erhöhen

Geht es nach den Plänen der Freien Wähler, soll der Mehrwertsteuersatz moderat erhöht werden; um die Familien zu entlasten, solle der ermäßigte Steuersatz nach familienfreundlichen Gesichtspunkten überprüft und auf den gesamten täglichen Bedarf ausgedehnt werden. Abgabenerhöhungen werden zwar nicht zu vermeiden sein, „aber sie sind familienfreundlich vorzunehmen - wer keine Kinder hat, bezahlt mehr“.

Konjunkturbelebung

Landesvorsitzender Armin Grein: „Es ist klar, dass diese Maßnahmen Geld kosten, aber Familienpolitik ist nicht zuletzt auch Wirtschaftspolitik und Konjunkturbelebung. Am wichtigsten ist jedoch eine Änderung in den Köpfen: Familie muss wieder ein Wert an sich sein, Kinder dürfen nicht als Unruhefaktoren gesehen werden, und eine Frau, die „trotz“ Kinder im Beruf steht, darf nicht als „Rabenmutter“ gesehen werden, sondern verdient die gleiche Wertschätzung wie der berufstätige Mann.“ **DK**

Hölzleins Konter

„Falsche Aussagen“ hat der Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke, Manfred Hölzlein, Städtetagschef Hans Schaidinger vorgehalten. Dieser wolle mit unwarhaken Behauptungen Stimmung erzeugen. Schaidinger fordere zwar, die Aufgaben der Bezirke auf Staat, Landkreise und Gemeinden zu verlagern, lehne gleichzeitig aber die daraus den Kommunen erwachsenden Mehrkosten rigoros ab. Weder der Städtetag noch die anderen Kommunalverbände hätten bislang sinnvolle und praktische Vorschläge auf den Tisch gelegt, erklärte Hölzlein. Außerdem habe er, Hölzlein, zu keiner Zeit eine Zusage der Bezirke gegeben, die Bezirksumlagen nicht zu erhöhen. **DK**

belasteten Kommunen sichergestellt werden kann.

Der Vorschlag von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, die Hilfe zur Pflege bei den kreisfreien Städten und Landkreisen anzusiedeln, erscheint dem Städtetag diskussionswürdig. Allerdings müssten die dann auf die Städte und Landkreise zukommenden Kosten gerecht verteilt werden. Die Kommunen könnten nur dann neue Aufgaben übernehmen, wenn sie dafür einen an den tatsächlichen Belastungen orientierten finanziellen Ausgleich erhalten.

Ein besonderer finanzieller Ausgleich zwischen den beteiligten Kommunen sei notwendig, weil sie unterschiedlich belastet sind, zum Beispiel im Bereich der Pflegekosten.

Expertenarbeitsgruppe

Der Bayerische Städtetag hat eine Expertenarbeitsgruppe beauftragt, neben dem Ersatz der Bezirksumlagen durch eine Neuaufteilung der Sozialaufgaben der Bezirke auch einen tragbaren finanziellen Ausgleichsmechanismus für Kostenverschiebungen zwischen den örtlichen Trägern zu finden. Der Verband wird versuchen, bis zu den Gesprächen über den kommunalen Finanzausgleich 2006 einen ersten Vorschlag vorzulegen.

Hartz IV: Ziel verfehlt

Als dramatisch bezeichnete Schaidinger wiederum die Situa-

tion beim Vollzug von Hartz IV. Aufgrund der unerwartet hohen Zahl an Leistungsanträgen sei es mangels Zeit kaum noch möglich, neue Arbeitsplätze zu vermitteln. Damit aber werde das Ziel von Hartz IV eindeutig verfehlt. Schaidinger plädierte dafür, mehr finanzielle Mittel für zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen. Zwar sei er immer Anhänger von Hartz IV gewesen, beteuerte der Vorsitzende, doch komme er angesichts der momentanen Entwicklung doch „ins Wanken“.

Purer Aktionismus statt Aktionspläne

Stichwort Feinstaubbelastung: Dass alle Luftreinhaltepläne fortgeschrieben werden sollen, wertete Schaidinger zunächst als begrüßenswert. Doch gibt es nach seiner Beobachtung statt erforderlicher Aktionspläne nur puren Aktionismus. Die Luftreinhaltepläne der Bezirksregierungen hätten sich sehr „allgemeinkonkret“ gelesen. Falsch sei es, sich jetzt auf monokausale Erklärungsversuche und Reaktionen zurückzuziehen. Es müsse eine ausreichende Rechtsgrundlage geschaffen werden. Grundsätzlich dürften die Städte nicht an den Pranger gestellt werden, handle es sich doch um ein Problem, das über die Stadtgrenzen hinausgehe. Freilich werden auch die Städte ihren spezifischen Beitrag zur Behebung des Problems leisten müssen, räumte Schaidinger ein. **DK**

Bayerns Kommunen:

Finanzlage deutlich entspannt

GZ im Gespräch mit Staatsminister Prof. Kurt Faltthäuser

Es gibt wieder Lichtblicke für die Kämmerer: Die Binnenfrage in Deutschland zeigt in den letzten Wochen eine überraschende Belebung. Bund, Länder und Gemeinden erleben teilweise kräftige Steuerzuflüsse. So sind insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in die Höhe geschossen. Hier überstiegen sie bei den 25 kreisfreien Städten in 2004 mit 3.815.993.000 Euro die des Jahres 2003 um 16,94 Prozent. Das entsprach nach der Rechnung des Landesamtes für Statistik einem Plus von 552.670.000 Euro.

Auch aus Berlin kam die Nachricht, im März habe sich dank gewachsenen Konsums das Aufkommen der Binnenumsatzsteuer um etwa 12,7 Prozent gesteigert. Wegen der vom Kabinett beschlossenen Einführung des Schulbuchgeldes stünden den Gemeinden als Träger des Schulaufwandes pro Jahr dann mehr als 50 Millionen Euro für die Anschaffung von Lernmitteln zur Verfügung, so die Verlautbarung der Staatskanzlei.

Die freiwillige Übernahme der Solidarumlage, die die Kommunen bisher tragen, in den Staatshaushalt ab 2008 führt unter dem Strich zu einer Gesamtentlastung um 120 Millionen Euro. Die Überführung von Sozialhilfempfangern - örtlich bis über 90 Prozent - in die Arbeitslosenstatistik soll den Kommunen bundesweit ab Herbst an die 2,5 Milliarden Euro an Bundesgeldern verschaffen.

Nachdem nun noch das Landesamt für Statistik herausgestellt hatte, die kommunalen Steuereinnahmen seien deutlich gestiegen, erbat die GZ eine Beurteilung durch Prof. Faltthäuser mit Blick auf die Finanzlage bzw. Haushaltssituation der Kommunen. Der Minister geht davon aus, „dass sich die Lage auf der Einnahmenseite der kommunalen Haushalte in 2004 deutlich entspannt hat“.

Grund hierfür seien die verbesserten Steuereinnahmen. Diese seien im Jahr 2004 auf über 9,4 Milliarden Euro gestiegen, lägen somit um 12,8 Pro-

zent über dem Vorjahresergebnis. „Damit konnte bei den Gesamtsteuereinnahmen - trotz der nach wie vor rückläufigen Entwicklung bei der Einkommensteuer - die Rekordmarke aus dem Jahr 2000 von 9,3 Milliarden Euro übertroffen werden“.

GZ: Fiel das Plus der Gewerbesteuer dabei ins Gewicht?

Prof. Faltthäuser: Ja, besonders deutlich fiel hier der Anstieg der Einnahmen aus. Hier haben sich die Zuflüsse an die Kommunen im Gesamtjahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr um über 1,2 Milliarden Euro bzw. 47,4 Prozent (!) erhöht, d. h. der Gewerbesteuer netto nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. Neben der Wirkung von Steuerrechtsänderungen wie der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage war hierfür vor allem die Absenkung der Gewerbesteuerumlage verantwortlich, für die sich der Freistaat nachhaltig eingesetzt hatte.

GZ: Ergibt sich damit auch eine Entlastung des Staatshaushalts bei den Zuweisungen an die Kommunen?

Prof. Faltthäuser: Zunächst einmal: Der Freistaat setzt auch im laufenden Jahr seine traditionell kommunalfreundliche Politik im Haushalt fort. So steigen die gesamten Finanzausgleichsleistungen auf über 5,6 Milliarden Euro an. In der Gesamtbilanz ergibt sich ein Plus von 8,9 Prozent für die Kommunen. Diese Verbesserung liegt weit über der Steigerungsrate des Staatshaushalts, die für

2005 bei 1,5 Prozent liegt. Damit ist der Freistaat Bayern an die Grenzen des Machbaren gegangen.

Ein weiterer Kraftakt des Freistaates für seine Kommunen ist die beschlossene Abschaffung der von den Kommunen aufzubringenden Solidarumlage. Der Freistaat wird ab 1. Januar 2006 in drei Jahresritten die von den Kommunen bis 2019 aufzubringende Solidarumlage übernehmen. Im Jahr 2006 werden 20 Prozent, 2007 schon 50 Prozent und ab 2008 der volle Betrag vom Freistaat geleistet. Unsere Kommunen werden auf diese Weise dauerhaft bis zum Ende des Solidarpaktes II im Jahr 2019 von einem beachtlichen Teil der Lasten der Deutschen Einheit befreit.

Damit verschiebt sich die Grenze zwischen Freistaat Bayern und Kommunen bei der Finanzierung der Deutschen Einheit grundlegend zugunsten der Kommunen. Die jährliche Größenordnung der vollen Entlastung (ab 2008) beträgt voraussichtlich mindestens 120 Millionen Euro.

Wie sich die originären Einnahmen der Kommunen entwickeln, ist natürlich ein wichtiger Gesichtspunkt, der in die Haushaltsverhandlungen für 2006 einfließen wird. Aber dies ist beileibe nicht der Einzige. Hier sind auch die Einnahmesituation des Staates und die Ausgabenbelastung von Staat und Kommunen zu würdigen. Konkrete Aussagen zur Ausstattung der Kommunen im Nachtragshaushalt 2006 sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

GZ: Wie könnten sich die Mehreinnahmen von Städten und Gemeinden bzw. ihre Entlastung auf ihre Umlagekraft auswirken?

Prof. Faltthäuser: Die überaus positive Entwicklung bei den kommunalen Steuereinnahmen des Jahres 2004 wirkt sich zeitversetzt auf die Umlagekraft aus. 2006 ist somit ein deutlicher Anstieg der Umlagekraft zu erwarten, und mit einer spürbaren Entspannung bei den Kreis- und Bezirksfinanzen zu rechnen. Es ist zu hoffen, dass die umlagenfinanzierten Haushalte einen Teil dieser Entspannung an ihre Umlagezahler weitergeben.

GZ: Die deutlich gestiegenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer beruhen mit darauf, dass die Unternehmen die Kosten ihrer Umstrukturierung, entstanden durch rückläufige Inlandsumsätze, durch die Globalisierung der Märkte und die neuen osteuropäischen EU-Mitglieder mit ihren niedrigen Steuer- und Lohnsätzen, weitgehend steuerlich verarbeitet haben, somit wieder gestiegene Gewinne versteuern. Würde der Finanzminister deshalb den Kommunen nahe legen, bei der Gewerbesteuer der Wirtschaft entgegenzukommen?

Prof. Faltthäuser: Die Gemeinden legen bekanntlich den Gewerbesteuerbesatz, über den sie die Höhe ihrer Gewerbesteuererinnahmen beeinflussen können, selbständig fest. Dies ist Teil der kommunalen Finanzautonomie. Der Freistaat vertraut auf die Eigenverantwortung der Kommunen, sorgsam von diesem Instrumentarium Gebrauch zu machen.

GZ: Wird die positive Entwicklung der kommunalen Finanzen Auswirkungen auf die Berechnung der staatlichen Schlüsselzuweisungen haben?

Prof. Faltthäuser: Die Schlüsselzuweisungen sind Kernstück der Leistungen im kommunalen Finanzausgleich an Gemeinden und Landkreise. Die Mittel für die Schlüsselzuweisungen, die sogenannte Schlüsselmasse, werden dem Kommunalanteil des allgemeinen Steuerertrages entnommen. Dieser beträgt 11,60 Prozent der dem Land zufließenden Gemeinschaftssteuern. Der Anteil wurde im Haushalt 2005 von zuvor 11,54 Prozent angehoben. Damit hängt die Höhe der insgesamt zur Verteilung stehenden Gelder auch mittelbar von der Höhe der Steuereinnahmen des Freistaates Bayern ab.

Die aufgezeigte positive Entwicklung bei den kommunalen Steuereinnahmen für das Jahr 2004 hat daher keinen Einfluss auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen. Es kann jedoch im Rahmen der Verteilung der Schlüsselzuweisungen auf die einzelne Kommune zu Verschiebungen aufgrund einer veränderten individuellen Finanzsituation der einzelnen Kommune kommen.

GZ: Lässt sich absehen, ob sich die Finanzen der Kommunen in 2005/2006 abermals kräftig verbessern?

Prof. Faltthäuser: Die Steuerschätzung vom November 2004 sieht für dieses Jahr, also in 2005, eine leichte Einnahmenverbesserung von plus 1,1 Prozent vor. Ob diese Prognose noch gehalten werden kann, wird sich bei der Mai-Steuerschätzung erweisen. So steil nach oben wie 2004 wird es in 2005 jedenfalls nicht mehr gehen. Die Staatsregierung erwartet vor diesem Hintergrund, dass die Kommunen alle Möglichkeiten ergreifen, ihre laufenden Kosten zu senken. mhb

Praxisbuch für moderne Kommunalpolitik

Mehr denn je ist auf kommunaler Ebene ein konstruktives Zusammenwirken von Politik und Verwaltung gefordert. Das Praxisbuch „Bürgerschaft und Management - Politik in den Kommunen“ zeigt Möglichkeiten auf, wie Kommunalpolitik erfolgreich und transparent und zugleich effizienter gestaltet werden kann.

In sechs Kapiteln werden Steuerungsinstrumente vorgestellt, die für Unternehmen und Organisationen entwickelt und in jahrelanger Zusammenarbeit mit vielen kommunalen Praktikern in Workshops und Seminaren für die Arbeit in der Kommunalpolitik angepasst und optimiert wurden. Die methodisch-fachlichen Informationen sind verzahnt mit der Geschichte um die junge Journalistin Birgit Schultheiß, die in der Redaktion einer Lokalzeitung tätig ist und die Kommunalpolitik in der fiktiven Stadt Oberkleinhausen kritisch verfolgt.

Die Autorinnen Hannah Schmidt-Kuner und Susana dos Santos Herrmann haben auf der Grundlage ihrer eigenen kommunalpolitischen Erfahrungen wichtige Handlungsinstrumente für die kommunale Praxis aufbereitet und in eine spannende Rahmengeschichte gestellt.

Das Praxisbuch ist zum Preis von 10 Euro bei der Bundes-SGK erhältlich.

Die kreisangehörigen Gemeinden auf dem Prüfstand des BKPV

Suche nach Personaleinsparungen - Wichtige Tipps auch in den jüngsten Mitteilungen des Prüfungsverbandes

Das neue Mitteilungsheft des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes (BKPV) lässt wieder einmal auf bestürzende Weise erkennen, mit welcher Vielfalt an neuen Vorschriften, Normen und Urteilen sich die Bürgermeister und ihre verantwortlichen Referenten ständig herumschlagen müssen. Aktuell sind beispielsweise neue Bestimmungen im Vergaberecht, ausgelöst durch Entscheidungen des Bundesgerichtshofes (BGH) wie des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), die die Zusammenarbeit von Kommunen und Privatfirmen berühren und, so BKPV-Direktor Wolfram Zwick, freihändige Vergaben im Rahmen einer Public-Private-Partnership vielfach nicht mehr zulassen. Zwick: „Vielleicht sollten die Kommunen diese Entscheidung auch als Chance sehen, die nicht selten zu ihren Lasten gehenden gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen und Vereinbarungen mit Privatfirmen etwas zurückzuführen“.

Hilfen und Auswege aus der Finanzknappheit, die Kommunen Kopfzerbrechen bereiten und Anstoß zu Fluchtwegen zwecks Haushaltskonsolidierung geben, halten den Prüfungsverband nun bereits seit längerem auf Trab. Zwick und seine Leute verlagern inzwischen die Schwerpunkte der überörtlichen Prüfung verstärkt auf Fragen der Wirtschaftlichkeit, der Verwaltung, insbesondere des Personalbedarfs. Flächendeckend hat der BKPV bei den kreisangehörigen Gemeinden und einigen kreisfreien Städten gezielte Untersuchungen und Erhebungen in dieser Richtung gestartet.

Vor allem soll herausgefunden werden, inwieweit Aufgaben mit geringerem Personalaufwand zu erledigen sind. Nicht überall scheinen Zwicks Kollegen auf Gegenliebe und Unterstützung dabei zu stoßen, denn Zwick bitet im Mitteilungsheft sehr her-

lich, „unsere Mitarbeiter bei den notwendigen Untersuchungen zu unterstützen“.

Doppik im Rechnungswesen

Zur Einführung der Doppik im Rechnungswesen hat der BKPV einen Probelauf gestartet, einige Kommunen zum Prüffeld auserkoren, diesen eigene Fachleute zur Seite gestellt. Für den Fall einer obligatorischen Umstellung auf die Doppik in Bayern wünscht man sich beim Prüfungsverband „ein gewisses Maß an Einheitlichkeit bei der Umstellung“ sicher zu stellen. Hier dürfe nicht jede Kommune eigene Wege gehen, was die Vergleichbarkeit der Haushalte gefährden würde.

Das am 1. August 2004 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Kommunalrechts sieht vor, dass die Gemeinderäte und

Kreistage der Verwaltung für die unterbreiteten Etat-Jahresabschlüsse bis zum 30. Juni des auf das Haushaltsjahr folgenden übernächsten Jahres nach Prüfung in öffentlicher Sitzung Entlastung zu erteilen haben. Anders als in den meisten Bundesländern werden in Bayern jedoch vorherige überörtliche Prüfungen verlangt. Diese finden aber nur in mehrjährigem Abstand statt.

Was aber, wenn die Räte (Organmitglieder) inzwischen ab- oder neugewählt worden sind? Zur Klärung gedrängt beruhigt nun der BKPV: Der neue Entdetermin der Entlastung gebe - nach der gesetzlichen Begründung - immerhin noch ausreichend Zeit zur Abklärung offener (Prüfungs-)Fragen; die Sache diene doch im übrigen der Verwaltungsvereinfachung.

Getrennte Beschlüsse über die Feststellung der Jahresrechnung und der Entlastung seien aber nicht ausgeschlossen. Das neue Gesetz äußere sich auch nicht, ob die Terminregelung auf die Jahresrechnungen Anwendung findet, die vor dem Inkrafttreten zum 1.8.2004 gelegt, aber noch nicht überörtlich geprüft worden seien. Nachdem eine Übergangsregelung fehlt, sei das Problem in dem Sinn zu beantworten, dass bezüglich der Jahresrechnungen vor der überörtlichen Prüfung die Entlastung beschlossen werden könne. mhb

Genossenschaftsverband Bayern:

Gutes Jahr für Waren- und Dienstleistungs-Genossenschaften

Verbandspräsident Stephan Götzl warnt vor drohenden Gefahren für den Mittelstand durch neue Bilanzrichtlinien aus Brüssel

Trotz des schwierigen konjunkturellen Umfeldes und bei deutlich spürbarer Investitions- und Kaufzurückhaltung haben sich die 1.085 genossenschaftlichen Unternehmen mit gut 2,7 Mio. Mitgliedern in Bayern, die im Waren- und Dienstleistungsgeschäft tätig sind, 2004 gut behauptet. Die Genossenschaften, so Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern in der Bilanzpressekonferenz, seien vitaler Bestandteil der stark mittelständisch geprägten bayerischen Wirtschaft. Wie die Neugründungen im Jahr 2004 zeigen, sind Genossenschaften auch für den kommunalen Bereich geeignet. Freilich sieht er den deutschen Mittelstand und damit auch die genossenschaftlichen Unternehmen durch neue Rechnungslegungsvorschriften aus Brüssel bedroht, denen es entgegenzuwirken gelte.

Mit Vehemenz machte er deshalb auf eine Entwicklung aufmerksam, die aus London über Brüssel im Rahmen der internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IFRS = International Financial Reporting Standards) dem Mittelstand und damit auch Bayerns Genossenschaften droht.

Neue Belastungen

Diese Vorschriften werden laut Götzl von einer privaten Vereinigung (IASB = International Accounting Standards Board), „ausgekungelt“, die sich auf der Basis von britischen und US-amerikanischen berufständischen Vereinigungen gebildet hat. „Über dieses Board haben die USA mit Hilfe Groß-

britanniens EU-Rechtsbereiche zu ihrem Vorteil unterwandert“, empörte sich Götzl. Deshalb halte er die Arbeit dieses Boards für zutiefst undemokratisch. Die angestrebten neuen Regelungen wirbelten gewachsene Wirtschaftsstrukturen durcheinander und brächten neue finanzielle Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen.

Shareholder-Value-Prinzip

Die drohenden neuen Regeln orientierten sich an Aktiengesellschaften, die am Kapitalmarkt aktiv seien und damit am Shareholder-Value-Prinzip, aber nicht an den Besonderheiten und spezifischen Eigenarten von Personengesellschaften und Genossenschaften. Den anglo-

amerikanischen Boardmitgliedern seien mittelständische Strukturen, wie sie vor allem in Deutschland, Österreich und Norditalien zu finden seien, völlig fremd. Taktgeber bei Bilanzierungsrichtlinien dürften aber nicht große internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sein, denn die hätten ein Eigeninteresse an der Umsetzung von IAS (International Accounting Standards), weil sie daran verdienten.

Stille Reserven

Der Mittelstand brauche eine Rechnungslegung, die sich an seinen Bedürfnissen orientiere. Transparenz, die bei einer anonymen AG angebracht sei, könne für den Mittelständler schädlich sein, weil Unternehmensstrategie und -ziele sowie Innovationsprozesse offen gelegt würden. Es sei für einen Mittelständler nicht hilfreich, wenn er künftig auf stille Reserven in der Bilanz verzichten müsse. Könne er nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) bilanzieren, werde ihm das zugestanden, nach IFRS werde das nicht mehr möglich sein. Gerade stille Reserven seien aber Puffer, um konjunkturelle Schwankungen abzufangen, und auch eine Art Gläubigerschutz. Bei den neuen Regeln aber stehe allein der Shareholder-Value im Vordergrund.

Unheil abwenden

Götzl will den Mittelstand (u. a. Handels- und Handwerkskammer, Deutscher Genossenschaftsverband) mobilisieren, um das drohende Unheil abzuwenden. Künftige Regelungen für den Jahresabschluss dürften nicht komplizierter sein als die derzeit gültigen. Klein- und Mittelbetriebe müssten von der internationalen Rechnungslegung ausgenommen werden. Es müsse bei der steuerlich und handelsrechtlich gültigen Einheitsbilanz bleiben. Eine parallele Bilanzerstellung (IAS neben HGB) dürfe es nicht geben. Die steuerliche Gewinnermittlung müsse auch weiterhin aus dem insolvenzschonenden HGB-Vorsichtsprinzip gespeist werden. Die Rechnungsrichtlinien müssten eindeutig zwischen eigentümerorientierten (= mittelständischen) und kapitalmarktorientierten Unternehmen unterscheiden.

Präsenz in Brüssel

Der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die deutsche Öffentlichkeit immer noch nicht realisiert habe, dass heute auf beinahe allen Gebieten zwischen 70 und 90 % der rechtlichen Rahmenbedingungen in Brüssel gesetzt werden. Deshalb müsse Deutschland in Brüssel präsenter sein.

Mehr als 1.000 Genossenschaften

Der bayerische Genossenschaftsbereich ist kein homogener Wirtschaftsbereich. Dazu gehören so unterschiedliche Unternehmen wie zum Beispiel Wasser-, Metzger-, Elektrizitäts-, Viehvermarktungs- und Winzergenossenschaften, aber auch landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaften, für die nur schwer ei-

Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V.:

„Wir werden Gas geben!“

Solidarität und Subsidiarität bestimmen die Philosophie des Verbandes

„Die Genossenschaften in Bayern sind ein völlig unterschätzter Wirtschaftsfaktor“, erklärte der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, Stephan Götzl, gegenüber der GZ. Sein Anliegen sei es, diese großen Potenziale im Sinne der Mitglieder, der Regionen, der Kommunen und des Mittelstandes zu erschließen.

Eine Million Beschäftigte arbeiten im Freistaat direkt oder indirekt für die Genossenschaften - das ist ein Viertel aller Sozialversicherungspflichtigen. Die 2,74 Millionen Mitglieder (im Verband) der 1085 Ortsgenossenschaften machen 27 % der erwachsenen Bevölkerung aus. Allein die Volksbanken und Raiffeisenbanken betreuen sieben Millionen Kunden.

Für diese Menschen versteht sich Götzl als Interessenvertreter. „Einigkeit macht stark“, sagt er. Das genossenschaftliche System funktioniere nach der Philosophie von Solidarität und Subsidiarität. In Zeiten, in denen sich viele Kommunen von liebgewordenen Serviceleistungen trennen müssten, könnten Genossenschaften die entstandene Lücke mit neuem Leben füllen. Ein ausgezeichnetes Beispiel hierfür seien die Dorfläden, die sowohl die Versorgung auf dem flachen Lande sicherten, als auch ortsnahe Vermarktungswege erschlossen.

Für die Kommunen sind die Genossenschaften ganz besondere Partner: Sie sind bedeutende Arbeitgeber, mit 7,9 % Ausbildungsquote sind sie sehr wichtige Ausbilder; sie sind ansehnliche Steuerzahler - allein 327 Millionen Euro Gewerbesteuer fallen im Jahr an, sowie Finanziers und Sponsoren zahlreicher öffentlicher und karitativer Einrichtungen. Zahlreiche Kommunen werden bei ihren Geld- und Bankgeschäften von Mitarbeitern der Volks- und Raiffeisenbanken beraten. Zudem leisten die Genossenschaftsbanken mit ihrem dichten Filialnetz und ihren vielen Geldautomaten im gesamten Freistaat zur Versorgung der Bevölkerung mit Gelddienstleistungen jedweder Art einen bedeutenden Beitrag. Durch Standorttreue und regionale Identität, be-

währte Produkte, Beratungsqualität, langfristig angelegte Geschäftspolitik sowie detaillierte Kenntnis des Heimatmarktes sind die Genossenschaftsbanken im Freistaat unersetzlich.

„Wir können mit gesundem Selbstbewusstsein auf unsere Leistungen verweisen“, versichert Götzl deshalb. Der gelernte Diplomkaufmann verfügt über große wirtschaftspolitische Kompetenz. Vor, während und nach seinem Studium hatte der 45-Jährige bei der Siemens AG verschiedene Positionen inne. Bei der Kienbaum Unternehmensberatung war er Seniorberater für Strategie und Organisation; anschließend war er Staatssekretär in Rheinland-Pfalz. Bevor Götzl als Hauptgeschäftsführer zur Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) wechselte, war er Geschäftsführer der Pfleiderer AG in Neumarkt. Er war Gründer und Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Unternehmensverbands Metall und Elektro. Im Januar 2005 trat er sein Präsidentenamt beim Genossenschaftsverband Bayern e.V. an.

Das Augenmerk richtet er auf die mittelständische Wirtschaft. Hier sieht Götzl den Jobmotor für Deutschland. Deshalb ist es ihm ein wichtiges Anliegen, die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu stärken und sie darin zu unterstützen, dass sie ihre originären Unternehmensziele verfolgen können und von überbordender Bürokratie befreit werden. Allein die zahlreichen Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht - BaFin - schaffen nach den Worten des Präsidenten sowohl für Banken als auch für Bankkunden ein Klima der Verunsicherung.

Dem möchte er offensiv entgegensteuern und eine Mentalitätsänderung bewirken, die wieder einen vernünftigen Umgang der Bankmitarbeiter mit ihren Kunden ermöglicht. „Die Mitglieder unseres Verbandes sind sehr leistungsstark“, versichert Götzl. „Jetzt bündeln wir unsere Kräfte und dann werden wir Gas geben und unsere Marktpositionen noch weiter ausbauen.“



ne gemeinsame Bilanz zu ziehen ist. So gibt es 364 Kreditgenossenschaften, von denen aber nur noch 126 zugleich das Warengeschäft betreiben. Hinzu kommen 580 ländliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Zusammen haben diese beiden Gruppen 4,1 Mrd. Euro umgesetzt. 56 % dieser Erlöse stammen von den 27 Molke- und 186 Milchliefergenossenschaften, die 47 % der gesamten bayerischen Milchmenge erfassen. 11 % der Erlöse kommen aus dem Warengeschäft der Kreditgenossenschaften. Die 14 gewerblichen Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsgenossenschaften haben 5,1 Mrd. Euro und damit etwas weniger als im Vorjahr umgesetzt.

Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung

Gemeinsam sind all diesen Unternehmen die Rechtsform der Genossenschaft und damit die Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. „Genossenschaften“, so Götzl, „sind fester Bestandteil unseres Lebensalltages und integraler Bestandteil unserer bayerischen Kultur und Wirtschaft.“ Sie zeichneten sich aus durch eine tiefe regionale Verwurzelung, oftmals eine lange Tradition, viel Markterfahrung und großes Durchhaltevermögen. Für ihre wirtschaftliche Potenz spreche, dass nur drei Genossenschaften unter den fast 21.100 Unternehmen waren, die in den zurückliegenden fünf Jahren in Bayern Insolvenz anmelden mussten. Diese Stärke resultiere nicht zuletzt aus der guten Eigenkapitalausstattung der Genossenschaften. Weise der deutsche Mittelstand im Durchschnitt eine

Quote von bescheidenen 7,5 % auf, liege die genossenschaftliche Quote bei 38 %, was selbst im europäischen Vergleich ein sehr guter Wert sei.

Mittelständische Musterexemplare

Götzl hält die Rechtsform der Genossenschaften für gut geeignet für Unternehmensgründer mit dem Mut zur Innovation. Genossenschaften seien typische KMUs (Klein- und Mittelunternehmen) und damit mittelständische Musterexemplare. Eine Genossenschaft sei schnell gegründet und biete ihren Mitgliedern gleichermaßen einen flexiblen wie stabilen Rechtsrahmen. So seien zum Beispiel zur Gründung nur sieben Mitglieder, aber kein Notar nötig. Ein- und Austritt geschehe durch schriftliche Erklärung. Mitglieder hafteten nur mit dem Geschäftsvermögen für die Verbindlichkeiten der Genossenschaften, nicht aber mit eigenem Vermögen. Genossenschaften seien ein Kooperationsmodell, das im Trend der Zeit liege, denn Kooperationen böten kleinen Unternehmen Schutz, Größenvorteile und Vernutzungsgewinne.

15 Neugründungen

Bei den 15 Neugründungen im Jahr 2004 handelt es sich, soweit von kommunalem Belang, um eine Solargenossenschaft in Rothenheim, drei Dorfläden, zwei Wasser- bzw. Wasser-Abwasser-Genossenschaften in Feichten a. d. Alz bzw. Holzhausen, sowie die „Wir-für-Bad-Hindelang-Genossenschaft“. Ziel des Verbandes sei es deshalb, in den nächsten Jahren das genossenschaftliche Kooperationsmodell für den Mittelstand weiter zu erschließen. **dhg.**

Finanzverwaltung:

Sinnvolle Neuorganisation

Die bayerische Steuerverwaltung regelt die örtliche Zuständigkeit für die Betriebsprüfung und die Besteuerung der Körperschaften neu. Ein Finanzamt soll künftig in noch größerem Umfang für alle steuerlichen Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen zuständig sein - für den Innendienst genauso wie für den Außendienst und unabhängig davon, in welcher Rechtsform ein Unternehmen betrieben wird oder zu welcher Branche es gehört.

Das Reformkonzept enthält drei Maßnahmepakete: 1. Aufhebung der bisherigen überregionalen Sonderzuständigkeiten für die Betriebsprüfung bestimmter Branchen (Kreditinstitute, Versicherungen, Versorgungsbetriebe, Land- und Forstwirtschaft). 2. Die regionalen Zuständigkeiten der Betriebsprüfungsstellen werden nach den Gesichtspunkten der Ausgewogenheit und der Funktionsfähigkeit der Stellen neu ausgerichtet. So erhalten die Finanzämter Erding, Freising und Nördlingen/Donauwörth neue Betriebsprüfungsstellen. 3. Vereinheitlichung der Zuständigkeiten für die Besteuerung der Körperschaften und die Betriebsprüfung. Die Vorteile liegen auf der Hand: Klare Verwaltungsstrukturen sorgen für mehr Transparenz und Bürgerfreundlichkeit; viele Bürger haben nur noch mit einem Finanzamt zu tun. Zudem wird die Zusammenarbeit zwischen Innen- und Außendienst in einem Amt verbessert. **z**

Bayerische Landesbank wieder in gutem Fahrwasser

Geschäftliche Neuausrichtung bringt eines der bisher besten Betriebsergebnisse

Die Bayerische Landesbank (BayernLB), die je zur Hälfte den bayerischen Sparkassen und dem Freistaat Bayern gehört, hat ihre 2002 begonnene Neuausrichtung des Konzerns („Transformationsprozess“) erfolgreich mit einem „Turnaround“ fortgesetzt und dennoch eines der besten Betriebsergebnisse seit ihrem Bestehen erreicht. Weil am 18. Juli 2005 auf EU-Druck die Staatshaftung für die Landesbanken entfällt, wird die BayernLB in diesem und im nächsten Jahr eine Barkapitalerhöhung in zwei Schritten um insgesamt 640 Mio. Euro vornehmen, an der sich Freistaat und Sparkassen je zur Hälfte beteiligen. Außerdem wird sie zusätzlich zum bestehenden deutschlandweiten Haftungsverbund der S-Finanzgruppe (Landesbanken, Sparkassen, Landesbausparkassen, öffentlich-rechtliche Versicherer) zusammen mit den bayerischen Sparkassen einen regionalen bayerischen Haftungsverbund mit einem Volumen von 1 Mrd. Euro bilden.

Ziel für 2005 bleibt die Stabilisierung des Gesamtergebnisses durch Stärkung der Reserven und der Liquidität sowie Reduzierung der Risiken. Grundlage dazu soll auch der Ausbau des Privatkundengeschäftes sein. Fusionen zwischen Landesbanken und Privatbanken oder Genossenschaftsbanken „stehen nicht zur Diskussion“, sagte Werner Schmidt, Vorsitzender des Vorstandes der BayernLB bei der Vorlage der Bilanz für 2004. Die Bank sei in gutem Fahrwasser.

Im Berichtsjahr 2004 sei die Bank bei ihrem Transformationsprozess „sogar über Plan“ vorangekommen. So wurden der Personalabbau um rund 1.000 Stellen in der Kernbank vorzeitig abgeschlossen, der Vorstand von neun auf sieben Mitglieder verkleinert sowie die Optimierung des Netzes von Auslandsstützpunkten und die Bereinigung des Beteiligungsportfolios fortgesetzt. Außerdem wurden großvolumige und risikoreiche Teile des Kundenkreditgeschäftes abgebaut und gleichzeitig Maßnahmen zur Liquiditätssicherung und -bevorratung für die Zeit nach dem Wegfall der staatlichen Haftungsinstrumente ergriffen. In diesem Zusammenhang teilte Schmidt mit, dass sich die Bank in etwa zwei Wochen von ihrer Beteiligung von 48,7 Prozent am Stuttgarter Baukonzern Züblin AG trennen werde. Hinsichtlich der „Formel-1-Beteiligung“ seien noch alle Gespräche offen.

Das Privatgeschäft soll außer über die örtlichen Sparkassen

über die Landesbausparkasse (LBS), die Landesbodenkreditanstalt (Labo) sowie die Konzerntöchter Deutsche Kreditbank AG (DKB), Landesbank Saar (SaarLB), die Ungarische Außenhandelsbank (MKB), die Banque LBLux, die LB(Swiss) Privatbank und das umfangreiche Kreditkartengeschäft ausgebaut werden. Für die Auslandsaktivitäten stehen Stützpunkte in London, Paris, Mailand, New York, Hongkong und Shanghai zu Verfügung. Besonders im Visier sind die Märkte in Mittel- und Osteuropa und in Russland.

Höchste Werte

Nach drei schwierigen und durch die Bereinigung des Kredit- und Beteiligungsportfolios geprägten Jahren hat die Bank 2004 wieder ein „zufriedenstellendes Ergebnis“ erzielt. Nach Schmidts Darstellung hat das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung nach Stärkung der stillen Reserven einen der höchsten Werte seit Bestehen der BayernLB erreicht, denn es wurde gegenüber dem Jahr zuvor um fast drei Viertel auf 950 (Vorjahr: 547) Mio. Euro gesteigert. Fast die Hälfte davon entfällt auf Beiträge der Töchter. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im operativen Ergebnis nicht jene außerordentlichen Aufwendungen von 320 Mio. Euro enthalten sind, die im Rahmen der Konsenslösung mit der EU hinsichtlich der Staatshaftung im Zusammenhang mit der

Einbringung von Wohnungsbauvermögen an den Freistaat Bayern zu zahlen waren. Dennoch konnten die Eigenmittelquote (Eigenkapital, Rücklagen) auf 12,5 (11,3) Prozent der Bilanzsumme und die Eigenkapitalrentabilität von 4,9 auf 9,5 Prozent verbessert werden.

Zu dem Ergebnis haben ein mit 340 Mio. Euro nahezu konstanter Provisions- und ein mit 2,030 Mrd. Euro um 6,4 Prozent geringerer Zinsüberschuss sowie ein Ergebnis aus Finanzgeschäften von 126 Mio. Euro (+ 19,7 Prozent) beigetragen. Verwaltungs- und Personalaufwand stiegen leicht an, der Sachaufwand konnte reduziert werden. Die Zielvorgabe für die sogenannte Cost-Income-Ratio (Verwaltungsaufwendungen zu Erträgen aus dem operativen Geschäft) von 45 Prozent wurde mit 44,4 Prozent sogar leicht unterschritten. Kräftig reduziert wurde der Aufwand für die Risikovorsorge, nämlich auf 157 (953) Mio. Euro. Im Vorsorgebestand stehen jetzt noch 4,382 (5,038) Mrd. Euro. Die Bereinigung des Beteiligungsportfolios führte zu einem negativen Bewertungsergebnis von -404 (-52) Mio. Euro.

Stärkung der Reserven

Dennoch, so Schmidt, konnte die BayernLB erstmals seit drei Jahren wieder eine Stärkung der Reserven vornehmen, „die nun in dreistelliger Millionenhöhe zu Buche stehen“. Nach einer Teilgewinnabführung von 242 (237) Mio. Euro für den Zinsaufwand für stille Einlagen „von weit über 1 Mrd. Euro, die im Wesentlichen von bayerischen Sparkassen gehalten werden“, und Ertragssteuern von 252 (104) Mio. Euro verbleibt ein Jahresüberschuss von 98 (79) Mio. Euro, aus dem für 2004 auf das Grundkapital unverändert 4 Prozent Dividende auf 1,73 Mrd. Euro Eigenkapital gezahlt werden. Diesen Bilanzergebnissen liegen ein Kreditvolumen von 242 Mrd. Euro, Verbindlichkeiten gegen-

über Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten durch Ausgaben von Wertpapieren von 301 Mrd. Euro sowie eine Konzern-Bilanzsumme von 333 Mrd. Euro (+ 6,3 Prozent) zu Grunde.

Für das laufende Jahr erwartet Schmidt eine Stabilisierung des operativen Ergebnisses durch „ein weiter deutlich verbessertes Bewertungsergebnis und einen normalisierten Risikoaufwand im Kreditgeschäft“. Da aus heutiger Sicht keine außerordentlichen Belastungen wie zum Beispiel die erwähnten, an den Freistaat zu zahlenden 320 Mio. Euro zu erwarten seien, gehe die Bank auch von einer Stabilisierung des Gesamtergebnisses aus. Im ersten Quartal 2005 hat das operative Ergebnis um 5 Prozent auf 243 Mio. Euro zugelegt.

Drei-Säulen-Modell

Schmidt nahm auch zur laufenden Bankenstrukturdiskussion Stellung. Seiner Meinung nach würde das Aufbrechen des „Drei-Säulen-Modells“ aus Öffentlich-rechtliche Banken wie Sparkassen und Landesbanken, Privatbanken wie Deutscher Bank oder Commerzbank und Genossenschaftsbanken wie Raiffeisen- und Volksbanken) den Wettbewerb schwächen, denn langfristig wären wirtschaftlich und sozialpolitisch schädliche Oligopolstrukturen die Folge. Dies schliege sich in letzter Konsequenz negativ auf den Standort Deutschland nieder. Säulenübergreifende Fusionen stünden für die BayernLB nicht zur Diskussion, sagte Schmidt. Denkbar seien aber Kooperationen, soweit es sich um wettbewerbsneutrale „Backoffice-Bereiche“ handle.

Im volkswirtschaftlichen Aus-

Internationaler Museumstag am 8. Mai:

Kulturförderung der Sparkassen

Am 8. Mai rücken in allen Teilen Bayerns die Museen in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Über 1.600 Museen beteiligen sich deutschlandweit mit besonderen Angeboten am Internationalen Museumstag, der unter dem Motto „Museen bauen Brücken“ steht. Die bayerischen Sparkassen und deren Stiftungen unterstützen in besonderer Weise das Anliegen dieses Aktionstages.

„Zwischen Sparkassen und Museen gibt es eine sinnfällige Verbindung“, erklärt Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführer der Bayerischen Sparkassenstiftung: „Beide sind in ihren Regionen tief verankert, sind lebendiger Teil ihrer Geschichte und aktiver Partner bei der Gestaltung der Zukunft. Daher engagieren sich die Institute und Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe auch seit Jahren erfolgreich beim Internationalen Museumstag.“ Von den rund 5.000 deutschen Museen liegen weit über 1.200 im Kulturstaat Bayern. Das High-Tech-Land befindet sich damit in einer be-

blick ging Schmidt davon aus, dass die europäische Zentralbank die Zinsen in kleinen Schritten anheben wird, vermutlich um die Jahreswende. Die Geldmarktzinsen blieben im Euroraum auch 2006 niedrig. Die Kapitalmarktzinsen könnten sich aber dem Sog der US-Renditen nicht vollständig entziehen und würden moderat steigen. Die Gewinnverbesserung der Unternehmen in Deutschland spreche für eine weitere Aufwärtstendenz am Aktienmarkt.

Zum Schluss nannte Schmidt auf Anfrage die Höhe der Vorstandsgehälter. Er als Vorstandsvorsitzender habe 996.000 Euro bekommen, sein Stellvertreter 563.000 Euro und die ordentlichen Vorstandsmitglieder jeweils 480.000 Euro. dhg.

neidenswerten Spitzenstellung.

Vorrangiges Unternehmensziel der Sparkassen ist die nachhaltige Förderung der Lebens- und Arbeitsstandorte in ihrer jeweiligen Region. Mit ihrem gemeinwohlorientierten Handeln zeigen die Sparkassen, dass Soziale Marktwirtschaft nicht allein eine Staatsaufgabe sein muss, sondern gleichermaßen auch wohl verstandene Bürgerpflicht ist. Mit Stiftungsgeldern und Spenden bringt die Sparkassen-Finanzgruppe insgesamt nahezu 300 Millionen Euro für das Gemeinwohl auf.

Im gesamten Förderengagement der Sparkassen-Finanzgruppe bildet die Kunst- und Kulturförderung einen wichtigen Schwerpunkt. Mehr als 100 Millionen Euro wenden die Sparkassen dafür Jahr für Jahr auf. Mit diesem Fördervolumen sind sie der größte nichtstaatliche Kulturförderer in Deutschland.

Hopfenmuseum

Der Bayerischen Sparkassenstiftung ist die hohe gesellschaftliche Bedeutung des musealen Auftrags nur zu gut bewusst. Deshalb übernimmt sie mit ihrer Förderung der Museen und des Internationalen Museumstags Verantwortung für die bayerischen Regionen und ihre Bürger. Ein typisches Beispiel ist das Hopfenmuseum in Wolnzach, das am 6. Juni seiner Bestimmung übergeben wird. DK

Sparkassen und LBS halten Neubauniveau für zu niedrig:

Der Trend geht zurück in die Stadt

Immobilienumsätze und Baugenehmigungen waren in Bayern 2004 ein weiteres Mal rückläufig und erreichten neue Tiefstände, die nach Einschätzung von Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern, weit unter dem Neubaubedarf liegen. Auf der jährlichen Pressekonferenz der bayerischen Sparkassen und der LBS über den bayerischen Wohnimmobilienmarkt machte Wirnhier die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und „die unberechenbare Wohnungsbauförderung“ für die sinkende Investitionsbereitschaft verantwortlich.

Er forderte eine gesellschaftspolitische Aufwertung des Wohneigentums. Rudolf Faltermeier, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern (SVB), berichtete, dass sich die Preise für Gebrauchtimmobiliën stabilisierten. Positiv vermeldet wurde, dass sich die Wohnungsnachfrage verstärkt auf städtische oder stadtnahe Angebote richte und sich immer mehr Durchschnittsverdiener den Wunsch nach Wohneigentum erfüllten.

Spitzenposition in Bayern

Die Immobilienvermittlungsgesellschaft der bayerischen Sparkassen (Sparkassen-Immo) hat im Jahr 2004 mehr als 7.500 Objekte im Wert von über einer Milliarde Euro vermittelt. Damit halte sie unangefochten die Spitzenposition in Bayern, sagte Faltermeier. Im Wohnungsbaukreditgeschäft verbesserten die bayerischen Sparkassen ihren Marktanteil geringfügig. Der

Bestand ihrer Wohnungsbaukredite erhöhte sich um 2,3 Prozent auf 48,5 Milliarden Euro. Dagegen nahmen - dem Markttrend entsprechend - die Darlehenszusagen im Wohnungsbaugeschäft um 20,1 Prozent auf 5,9 Milliarden Euro ab.

Die seit Jahren sinkende Investitionsbereitschaft in Wohnbauten lässt sich laut LBS-Chef Wirnhier auf die anhaltende Wachstumsschwäche und Beschäftigungskrise in Deutschland zurückführen. Die Baugenehmigungen für Wohnungen in neu zu errichtenden Wohngebäuden gingen im vergangenen Jahr um 8,6 Prozent auf 49.970 und damit auf das Niveau von 2002 zurück. Seit Jahren decke der Neubau nicht einmal den Ersatzbedarf. Von einem gesättigten Wohnungsmarkt könne angesichts langfristig steigender Bevölkerungszahl und Haushaltszahlen keine Rede sein. Wirnhier verwies auf die jüngste Wohneigentumsstudie von TNS Infra-

test. Das Durchschnittsalter von Immobilienbesitzern, die ihr Wohneigentum wechseln, sei auf 49 Jahre angestiegen. Die Studie ermittelte außerdem einen Trend zu städtischen und stadtnahen Angeboten. Zudem wurden Durchschnittsverdiener als die am stärksten wachsende Gruppe bei der Wohneigentumsbildung festgestellt.

LBS-Geschäftsleitungssprecher Wirnhier kritisierte die lähmende Wirkung der Diskussion über die Eigenheimzulage. Die konjunkturelle Wirkung der Förderung und ihre Bedeutung für die Bauwirtschaft blieben ebenso außen vor wie eine marktgerechte Einschätzung des Wohnungsbedarfs. Außerdem werde die gesellschaftliche Gestaltungskraft der Wohnungspolitik ignoriert. Wirnhier hält es für notwendig, dass Staat und Gesellschaft den Erwerb von Wohneigentum wieder als wichtiges und erstrebenswertes Ziel betrachten und darstellen. Die Politik würde dadurch Eigeninitiative und Selbstverantwortung in der Gesellschaft „und damit ihre in Zukunft wichtigsten Stabilisierungskräfte“ nachhaltig stärken. „Eine derart aktive Wohnungspolitik wäre auch ein richtig gutes Konjunkturprogramm.“

Bezirke Schwaben und Oberbayern:

Breite Unterstützung bei Popularklage

Augsburg (pm). Alle schwäbischen Landkreise und kreisfreien Städte, mehr als 230 schwäbische Kommunen sowie einige oberbayerische Kreise tragen die Popularklage der Bezirke Schwaben und Oberbayern vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof wegen ihrer unzureichenden Finanzausstattung mit. „Diese Geschlossenheit auf schwäbischer Ebene spricht für sich“, betonte nun der Augsburger Landrat Dr. Karl Vogele als Sprecher der schwäbischen Landräte bei einem Treffen mit Schwabens Bezirksstagspräsidenten Jürgen Reichert.

Ausgangspunkt für die Klage sind die „auf Bundesebene erlassenen Leistungsgesetze, die der kommunalen Familie zur Erledigung und Finanzierung ohne ausreichende Kompensation überbürdet werden“, heißt es dazu in einem Argumentationspapier der beauftragten Münchner Kanzlei Gaßner. Der Freistaat Bayern, so Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert, werde damit stellvertretend für den Bund beklagt, „weil die Bezirke als kommunale Körperschaft zum Verfassungsraum der Länder gehören und sich der Anspruch auf finanzielle Mindestausstattung gegen das Land richten muss“. Man erhoffe sich jedoch, dass der Freistaat Bayern weiterhin über Bundesrat und Bundestag auf eine Lösung der kommunalen Finanzausstattung dränge.

Am Rande der Leistungsgrenze

„Die Popularklage ist ein eindeutiges Signal, dass es so nicht mehr weitergehen kann“, betont Reichert. Zunehmende Leistungsgesetze, vor allem aber die ansteigenden Sozialausgaben durch seit Jahren ansteigende Hilfefälle hätten sowohl die Bezirke als auch die weiteren kommunalen Ebenen an ihre finanziellen Leistungsgrenzen gebracht.

„Wenn Kommunen nur noch Staatsaufgaben zu erledigen haben und kein finanzieller Gestaltungsfreiraum mehr vorhanden ist, ist das kommunale Selbstverwaltungsrecht vehement beschnitten“, so Landrat Karl Vogele. Allein bei den Bezirken machten staatlich vorgeschriebene Aufgaben schon weit über 95 Prozent des Haushaltsvolumens aus, auch die Landkreise seien in einer ähnlichen Situation. „Über die Umlagefinanzierung wird diese Last nach unten weitergegeben“, bedauert Jürgen Reichert, „anstelle einer ausreichend finanziellen Kompensation durch Bund und Land müssen die Gemeinden diese staatlichen Aufgaben mitfinanzieren“.

Einhergehend mit der Klage habe er den bayerischen Finanzminister Kurt Faltlhauser mehrfach um Gespräche über die Fi-

nanzierungssystematik gebeten, „leider vergeblich“, so Reichert. „Wir hätten statt des Klageweges durchaus auch lieber den politischen Verhandlungsweg beschritten“. Einhergehend damit erhoffe man sich vom Freistaat nun auch „konstruktive Überlegungen“ zu einer Umstrukturierung der Bezirksaufgaben.

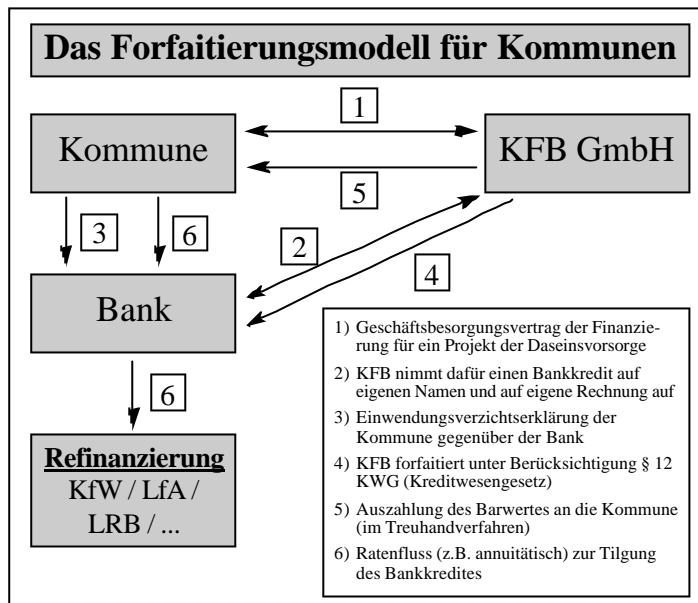
Die derzeit im Raum stehende Verlagerung der Hilfe zur Pflege in Altenheimen von den Bezirken zu den Landkreisen sehen sowohl Reichert als auch Vogele skeptisch. „Damit werden die Landkreise nur noch mehr belastet“, meint der Landrat, „denn



Dr. Karl Vogele.

eine Verschiebung ändert an der Finanzproblematik nichts“. Darüber hinaus würden diese Aufgaben bei den Bezirken durchaus vernünftig gebündelt, „sie haben hier eine Steuerungsfunktion, die zu einer ausgleichenden Belastung der unterschiedlich strukturierten Kreise führt“.

Zu Kosteneinsparung könnte die Bündelung der Aufgaben in der Behindertenhilfe bei den Bezirken führen. Bislang sind die Bezirke hier nur für den stationären Bereich, für die ambulanten Hilfen jedoch die Landkreise zuständig. „Durch eine Aufgabenkonzentration könnten wir ähnlich wie in der Psychiatrie mehr Menschen ebenso gut in günstigeren ambulanten Einrichtungen versorgen“, sagt Reichert, „aber genau in dieser Frage sehe ich derzeit leider überhaupt kein Signal aus München“.



Für Kommunen interessant?

PPP-Modelle auf Leasingbasis

Public-private-partnership verbirgt sich hinter dem Kürzel „PPP“. Diese PPP-Modelle kommen ursprünglich aus England, sind in Spanien schon sehr stark verbreitet und fassen nun auch in Deutschland allmählich Fuß. Die Tatsache, dass Kommunen für Investitionen in Pflichtaufgaben und in der Daseinsvorsorge immer weniger liquide Mittel zur Verfügung haben, bringt ungeahnte Innovationen durch die Finanzwirtschaft, Bauwirtschaft, Verbände und Organisationen und selbstverständlich auch durch die Politiker. Es werden Lösungen gesucht, die sich einerseits mit dem EU-Recht und andererseits mit dem Steuerrecht vereinbaren lassen. Dabei ist jeweils das Gebot der Sparbarkeit und der Wirtschaftlichkeit zu beachten - wenn es um Kommunalkredite und Kommunalkonditionen geht, wie sind dann diese zu überbieten?

Beim Mobilienleasing dürfte die Wirtschaftlichkeit im Verhältnis zu einem Kommunaldarlehen schon darstellbar sein, wenn verschiedene Grundsätze eingehalten werden. Über dem EU-Schwellenwert von 200.000 Euro nach VOL und VOF ist eine europaweite Ausschreibung vorzuschalten.

Der Leasinggeber als Beschaffer hat die Chance, dass er sein Leasinggut günstiger einkauft, als es beispielsweise eine Kommune könnte, weil verschiedene Leasinggesellschaften in ihrer Beschaffung näher am Verkäufermarkt sind. Dieser Preisvorteil kann durchaus gehalten werden, wenn dann die Leasinggesellschaft die Raten im Forfaitierungsgeschäft an institutionelle Banken abrechnet, die da wiederum bei einer sogenannten Einwendungsverzichtserklärung Kommunalkonditionen erreichen können.

Die Marge für die Leasinggesellschaft muss dann schon aus dem günstigeren Einkauf getragen werden können. So haben beide etwas: die Leasinggesellschaft und die Kommune.

Mobilienleasing ist für Kommunen durchaus interessant,

wenn unerwartete Investitionen ins Haus stehen, die vorher nicht in Vermögenshaushalte eingestellt waren. So verhindert man Nachtragshaushalte, die in aller Regel von der Rechtsaufsicht zu genehmigen sind und schon Liquiditätsreserven.

Mobilienleasing

Mobilienleasing sind in den meisten Bundesländern nicht anmelde- und genehmigungspflichtig - hier entscheidet der Souverän alleine. Die staatliche Rechnungsprüfung verlangt jedoch, dass beim Mobilienleasing die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen sein muss. Leasing stellt jedoch im Hinblick auf subventionierte und bezuschusste Investitionen immer ein Problem dar, weil der wirtschaftliche Eigentümer bis zum Ablauf der Grundmietzeit die Leasinggesellschaft ist und die Kommune erst danach das Eigentum erwerben kann.

Ein hoch gefördertes Feuerwehrfahrzeug ist deshalb leasingungeeignet, da es sich zudem um hoheitliche Maßnahmen handelt, während ein Bauhoffahrzeug oder eine Straßenkehrmaschine durchaus über Leasing beschafft werden kann.

EDV-Contracting - gibt es so etwas?

Noch interessanter wird die Leasingbeschaffung im hochtechnischen Bereich bei EDV- und IT-Anlagen, die schnell veralten. So gibt man nach Ablauf der Grundmietzeit das Equipment zurück und tauscht es einfach in die neueste Technologie um. Die Raten werden weiterhin in Budgets eingestellt, die von den Stadtvätern vorgegeben werden. Hier wurde zwischenzeitlich auch die Idee des EDV-Contracting geboren - das heißt ein Lieferant stellt Hardware, Software, Wartung und Installation zur Verfügung und übernimmt als Hauptadministrator die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Computerarbeitsplätzen und Netzwerken.

Weitere Informationen unter: www.kfb-reuth.de

In Miltenberg und Erlenbach a. Main:

Rhön-Klinikum kauft Krankenhäuser

Kreis Miltenberg. In Erlenbach a. Main ist der Vertrag über den Verkauf der Krankenhäuser Erlenbach a. Main und Miltenberg, der Krankenhaus-GmbH Landkreis Miltenberg an die börsennotierte Rhön-Klinikum AG durch deren Stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Gerald Meder, den Miltenberger Landrat Roland Schwing und Geschäftsführer Alfred Büchler unterzeichnet worden. Der neue private Träger wird die Anteile zu 100 Prozent übernehmen. Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart.

Der Landkreis Miltenberg wurde bei der Veräußerung von PriceWaterhouseCoopers Frankfurt und Schindhelm Rechtsanwälte Hannover umfassend und kompetent beraten.

Die Krankenhaus-GmbH Landkreis Miltenberg betreibt das Krankenhaus Erlenbach mit derzeit 220 Betten und vier teilstationären Dialyseplätzen sowie das Krankenhaus Miltenberg mit derzeit 140 Betten. Im Krankenhausplan des Freistaates Bayern sind beide Krankenhäuser als Krankenhäuser der Versorgungsstufe II ausgewiesen.



Roland Schwing.

Das Krankenhaus Erlenbach umfasst die Hauptfachabteilungen für Innere Medizin, Chirurgie und Geburtshilfe sowie die Belegabteilungen Gynäkologie, Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde. Darüber hinaus ist eine Abteilung für geriatrische Rehabilitation vorhanden. Im Jahre 2004 wurden knapp 9.780 Patienten behandelt. Zum Jahresende 2004 beschäftigte das Kreis Krankenhaus Erlenbach 516 Mitarbeiter.

Im Kreis Krankenhaus Miltenberg werden die Hauptfachabteilungen Innere Medizin, Chirurgie sowie die Belegabteilungen Gynäkologie, Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde und Urologie betrieben. Im Jahr 2004 wurden hier insgesamt knapp 4.600 Patienten behandelt. Zum Jahresende 2004 beschäftigte das Kreis Krankenhaus Miltenberg 273 Mitarbeiter.

Starker Partner

Vor dem Hintergrund der DRG-Einführung (Diagnosis Related Groups = Abrechnung nach diagnosebezogenen Fallpauschalen), damit verbundener Leistungsverschiebung durch Umsetzung des Kataloges ambulanter und stationärer Leistungen sowie durch die gesetzlich geschaffenen Möglichkeiten zur Integrierten Versorgung und zu medizinischen Versorgungszentren sahen sich die Krankenhäuser der Krankenhaus-GmbH mit strukturellen, organisatorischen und finanziellen Problemen konfrontiert. Deshalb suchten sie sich einen starken Partner, der auch zukünftig die Versorgung der Bevölkerung in der Region sicherstellt.

Für die zukünftige Krankenhausversorgung im Landkreis Miltenberg will die RHÖN-KLINIKUM AG das Kreis Krankenhaus Miltenberg mittelfristig zu einer Tele-Portal-Kli-

nik umwandeln, d.h. dass die Innere Medizin vollstationär erhalten bleibt und die Chirurgie auf ambulante, kurzstationäre und teilstationäre Chirurgie konzentriert wird, wobei neben der internistischen die chirurgische Notfallversorgung gesichert wird. Die Versorgung im Bereich Gynäkologie, HNO und Urologie wird fortgeführt, soweit die niedergelassenen Ärzte dazu bereit sind.

Tele-Portal-Konzept

Mit dem Tele-Portal-Konzept werden die Möglichkeiten der Telematik genutzt, um medizinische Kompetenz aus der Spitzenmedizin bereits auf der Ebene der Grundversorgung zur Verfügung zu stellen. Zentrales Element der Tele-Portal-Klinik ist eine diagnostisch-technische Ausstattung auf dem Niveau gut geführter Schwerpunktkrankenhäuser (z.B. CT = Computertomograph, MRT = Magnetresonanztomograph). Direkten Zugriff auf Spezialexpertise hat die Tele-Portal-Klinik rund um die Uhr durch telematische Online-Verbindung zu geeigneten Schwerpunkt- und Fachkliniken. Der Einsatz von „virtuell“ anwesenden Spezialisten wird gemeinsame Online-Befundungen in „Echtzeit“ ermöglichen, die im „alten“ Grundversorgungskrankenhaus bisher sowohl technisch wie auch finanziell undenkbar waren. Mit dem Tele-Portal-Konzept werden die stationäre Krankenversorgung der Patienten in Miltenberg gesichert sowie die teilstationären und ambulanten Behandlungsmöglichkeiten ausgebaut.

Untersuchung des Leistungsspektrums

Beim Kreis Krankenhaus Erlenbach wird der heutige Versorgungsauftrag fortgeführt. Die diagnostisch-technische Ausstattung wird ebenfalls wie in Miltenberg auf dem Niveau gut geführter Schwerpunktkrankenhäuser (z.B. CT und MRT) vorgehalten. Es ist vorgesehen, in interdisziplinär besetzten Projektgruppen das medizinische Leistungsspektrum der Klinik hinsichtlich der Ausbaufähigkeit zu untersuchen und gegebenenfalls entsprechende Konzepte zu entwickeln. So ist angedacht, die Innere Medizin mittelfristig in einen kardiologischen und gastroenterologischen Schwerpunkt und die Chirurgie in einen unfall- und viszeralkirurgischen Schwerpunkt aufzuteilen.

Überlebenssicherheit

Die Anwendung der Tele-Portal-/Schwerpunkt-Konzeption für die beiden Krankenhäuser wird im Landkreis Miltenberg als zentrales Moment für eine langfristige Überlebenssicherheit der beiden Kreis Krankenhäuser gesehen. Die detaillierte Ausgestaltung des zukünftigen Konzepts wird von verantwortlichen Medizinern und anderen entscheidenden Mitarbeitern vor Ort sowie Fachleuten der RHÖN-KLINIKUM AG gemeinsam entwickelt.

Privatisierung von Krankenhäusern

Von Thomas Northoff/Rudolf Pauli
Rechtsanwälte/Fachanwälte für Steuerrecht, München*

Der auf den öffentlichen Haushalten lastende Kostendruck, die veränderte Wettbewerbssituation auf dem Gesundheitsmarkt, und das Bedürfnis von kommunalen Krankenhausträgern aus Haftungsgründen neue Organisationsstrukturen einzuführen, zwingen die Kommunen als Rechtsträger öffentlich-rechtlicher Krankenhäuser über Formen der Ausgliederung von Aufgabenbereichen und die Privatisierung von Krankenhäusern nachzudenken. Wird die Privatisierung von Anfang an neben der reinen Investmentberatung auch mit steuerrechtlicher Beratungskompetenz begleitet und professionell umgesetzt, kann die öffentliche Hand durchaus mit der Veräußerung der Krankenhäuser unter bestimmten Voraussetzungen einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Aufgrund der gemeinnützigkeitsrechtlichen Vermögensbindungsvorschriften lauern jedoch Fallstricke, die nicht ohne weiteres ersichtlich sind.

I. Formen der Privatisierung

Die Formen der Privatisierung von Krankenhäusern unterscheiden sich nicht wesentlich von denen der Veräußerung von privatwirtschaftlichen Unternehmen. Entweder werden Gesellschaftsanteile veräußert, sofern die Kommune bereits zuvor ihre bisher häufig noch in der Rechtsform des Eigenbetriebs geführten Krankenhäuser in eine Kapitalgesellschaft, umgewandelt hat. Dabei ist jedoch bei Krankenhäusern zu unterscheiden, ob die GmbH gemeinnützig ausgestaltet ist oder ob es sich um eine wirtschaftlich tätige GmbH handelt. Oftmals sind die Krankenhäuser auch in der Rechtsform des Kommunalunternehmens organisiert.

In diesen Fällen sind zur Vorbereitung der Privatisierungsmaßnahmen erforderlich, bei denen umwandlungsrechtliche Vorschriften von kommunalrechtlichen Vorschriften überlagert werden. Wie bei der Veräußerung von Gesellschaftsanteilen (sog. Share-deal) stellen sich auch bei einem Verkauf von Einzelwirtschaftsgütern (sog. Asset-deal) arbeitsrechtliche, kommunalrechtliche, förder- und vergaberechtliche sowie regelmäßig vor allem auch steuer- und gemeinnützigkeitsrechtliche Fragestellungen, die nur mit professioneller Hilfe optimal gelöst werden können.

Besserer Schutz der Bürgerrechte bei Kontenabfragen:

1. Bayerische Bundesratsinitiative

Faltlhauser: „Kampf gegen Steuerhinterziehung und Sozialbetrug darf nicht zum gläsernen Bürger führen“

Bayern hat eine Bundesratsinitiative zum besseren Schutz der Bürgerrechte bei der Kontenabfrage durch staatliche Behörden beschlossen. Finanzminister Kurt Faltlhauser betonte, dass die Datenschutzrechte der Bürger auch beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und Sozialbetrug nicht auf der Strecke bleiben dürfen.

Faltlhauser: „Alle rechtschaffenen Bürger müssen ein Interesse daran haben, dass sich einzelne schwarze Schafe nicht auf Kosten der Allgemeinheit bereichern können. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Sozialbetrug darf aber nicht zum gläsernen Bürger führen. Deshalb brauchen wir klare gesetzliche Schranken bei der Kontenkontrolle durch Finanz- und Sozialbehörden. Die staatliche Abfrage von Bankkonten ist ein Eingriff in die Privatsphäre, den die rot-grüne Bundesregierung nicht allein dem Verwaltungsvollzug überlassen kann.“ Die stärkere Kontrolle durch den Staat könne immer nur ein Hilfsmittel gegen Steuerhinterziehung und Sozialbetrug sein, betonte Faltlhauser.

Die bayerische Gesetzesinitiative für eine klare rechtliche Grundlage und für den Schutz von Bürgerrechten bei Kontoabfragen hat folgende Eckpunkte:

1. Klare gesetzliche Beschränkung von Kontenabfragen

weit im Einvernehmen aller Beteiligten zu verfahren ist.

2. Kommunalrechtliche Aspekte

Aus kommunalrechtlicher Sicht ergeben sich insoweit Probleme, als eine Rückbeteiligung der Kommune am Rechtsträger des Investors gewünscht wird. Das Kommunalrecht der einzelnen Länder schreibt regelmäßig vor, dass die Gemeinden sich nur dann an Kapitalgesellschaften beteiligen dürfen, wenn diese Gesellschaften einen öffentlichen Zweck erfüllen, die Gemeinde sich einen angemessenen Einfluss im Aufsichtsrat oder einem entsprechendem Gremium verschafft und die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag beschränkt wird. Diese Haftungsbeschränkung kann allerdings durch die Aufsichtsämter aufgehoben werden (1).

Das Kommunalrecht verlangt insbesondere Einfluss der Kommune auf ihre Kapitalgesellschaft. Das Gesellschaftsorgan, welches der Kommune Einfluss verschaffen soll, ist zumeist ein fakultativer Aufsichtsrat. Üblich und zweckmäßig ist es, in den Satzungen kommunaler Gesellschaften einen umfassenden Katalog von Zuständigkeitsvorbehalten des Aufsichtsrats vorzusehen. Die Frage, welches Gemeindeorgan intern entscheidet, bestimmt sich - sofern keine abweichende Regelung in der Satzung der GmbH getroffen wird - nach Kommunalrecht. Eine aus Sicht der Kommune bedeutsame Entscheidung in Angelegenheiten der kommunalen GmbH trifft der Gemeinderat, während der Bürgermeister auch gemeindeintern zuständig ist, wenn es nur um laufende Verwaltung geht. Sollte von dieser Zuständigkeitsregelung abgewichen werden, ist eine entsprechende Anpassung des Gesellschaftsvertrages erforderlich (2).

3. Förderrechtliche Aspekte

Da aufgrund der dualen Krankenhausfinanzierung regelmäßig

staatliche Zuschüsse geflossen sind, ist darauf zu achten, dass im Zuge einer Privatisierung keine Tatbestände verwirklicht werden, die zu einer Rückzahlung von Fördermitteln verpflichten. Voraussetzung für die Vermeidung der Rückzahlungspflicht ist zunächst die Beibehaltung des Status des Krankenhauses im Krankenhausbedarfsplan. Eine Abstimmung mit den Förderbehörden empfiehlt sich, um die Beteiligten vor ungeahnten Überraschungen zu schützen.

4. Vergaberechtliche Aspekte

Während bereits nach früherer Rechtslage (3) ein vergabefreies Eigen- bzw. Inhouse-Geschäft nur möglich war, wenn an der beauftragten Gesellschaft entweder kein privater Investor beteiligt war oder der Auftraggeber die Möglichkeit hatte auf das beauftragte Unternehmen umfassend Einfluss zu nehmen, wird nach aktueller Rechtsprechung (4) die Beteiligung eines privaten Investor zur Durchführung eines vergabefreien Inhouse-Geschäftes gänzlich ausgeschlossen. Dies bedeutet, dass bei der Veräußerung des Krankenhausbetriebs die vergaberechtlichen Vorschriften zu beachten sind. Es hat also regelmäßig eine EU-weite Ausschreibung zu erfolgen. Im Rahmen eines Share-Deals sind wettbewerbliche Verfahren erforderlich.

5. Steuer- und gemeinnützigkeitsrechtliche Aspekte

Im Rahmen der Privatisierung von Krankenhäusern rücken regelmäßig der Grundsatz der Vermögensbindung und das gemeinnützigkeitsrechtliche Mittelverwendungsgebot in den Mittelpunkt des fiskalischen Interesses. Mit der Veräußerung des gesamten Krankenhausbetriebs oder einzelner wesentlicher

Wirtschaftsgüter des Krankenhausbetriebs besteht zu befürchten, dass gegen den Grundsatz der Vermögensbindung ebenso wie gegen das Gebot der gemeinnützigkeitsrechtlichen Mittelverwendung verstoßen wird. Der Grundsatz der Vermögensbindung besagt, dass bei Beendigung des Bestehens der Körperschaft oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks das Vermögen einer anderen steuerbegünstigten Einrichtung für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden soll. Damit soll verhindert werden, dass Vermögen, das sich aufgrund der Steuervergünstigungen gebildet hat, später zu nicht begünstigten Zwecken verwendet wird (Tz 15 zu § 55 Abs. 1 Nr. 4 AEAO).

In ähnlicher Weise konstituiert das Gebot der zeitnahen Mittelverwendung, dass sämtliche Mittel, die ein gemeinnütziger Rechtsträger - von wenigen Ausnahmen abgesehen - anhäuft, grundsätzlich zeitnah für satzungsmäßige Zwecke zu verwenden hat.

Im Rahmen der Privatisierung von Krankenhäusern gilt es nun das sog. Erwerberkonzept des Investors so mit den Interessen der Kommune als mittelbarer oder unmittelbarer Rechtsträger des Krankenhauses zu verbinden, dass einerseits den oben zu beachtenden Grundsätzen Genüge getan wird. Andererseits ist jedoch auch darauf zu achten, dass die Kommune, die mit der Veräußerung des Krankenhausbetriebs erzielten Mittel, zumindest zum Teil für Zwecke der Haushaltskonsolidierung nutzen kann. Die Verbindung dieser sich widerstreitenden Interessenlagen scheint schier unmöglich zu sein, da für alle Fälle des Verstoßes

gegen den Grundsatz der Vermögensbindung, eine Nachversteuerung der letzten zehn Jahre droht. Unsere in der Praxis gemachten Erfahrungen zeigen jedoch, dass es Möglichkeiten gibt, Erwerber- und Veräußererkonzept so aufeinander abzustimmen, dass sich auch nach Veräußerung keine (Ver-)Kaufreue breit macht.

III. Schlussfolgerung

Im Rahmen der Veräußerung von Krankenhäusern sind vielfältige Aspekte rechtlicher und steuerlicher Fragestellungen zu beachten. Vorliegend sind - ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben - einige wesentlichen Aspekte aufgezeigt, die einen Einblick in die Komplexität der Materie geben soll. Qualifizierte Beratung ist nicht nur wegen der Optimierung der Veräußererinteressen angezeigt. Um auch die handelnden Gemeindeorgane vor möglichen Haftungsrisiken zu schützen, kann sich die Erholung eines Zweitgutachtens empfehlen.

- (1) so Art. 92 Abs.1 BayGO
- (2) Altmeppen, NJW 2003, S. 2564
- (3) BayObLG Ur.t.v. 22.1.2002, NZBau 2002, 397
- (4) EuGH Ur.t.v. 11.1.2005, NZBau 2005, 111.

*Thomas Northoff ist Partner und Leiter der Service Line Public Sector bei Deloitte & Touche. Rudolf Pauli ist Steuerberater und Director bei Deloitte & Touche und beschäftigt sich schwerpunktmäßig u. a. mit der Restrukturierung steuerbegünstigter Rechtsträger.

Strom ökologisch - Finanzierung schwedisch

Stadtwerke entscheiden sich für die Finanzierungslösung der SEB

Die deutschen Versorger planen in den kommenden Jahren umfangreiche Investitionen zur Erneuerung ihres Kraftwerksparks. Neben älteren Kohlekraftwerken muss auch der beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie kompensiert werden. Eine zunehmende Bedeutung spielen in diesem Zusammenhang die erneuerbaren Energien. Auch die Stadtwerke nutzen die Möglichkeiten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), das durch die Abnahme- und Vergütungspflicht eine sichere Kalkulation ermöglicht.

So entsteht derzeit beispielsweise in Thüringen ein hochmodernes Biomassekraftwerk mit einer Leistung von 20 MW. Nach der Fertigstellung Ende 2005 wird das Kraftwerk 160 Mio. Kilowattstunden Strom pro Jahr liefern. Das entspricht dem Verbrauch von rund 50.000 Einfamilienhaushalten. Durch den Neubau können pro Jahr rund 85.000 Tonnen CO₂ Emission im Vergleich zu einem konventionellen Kraftwerk vermieden werden. Zugleich entstehen 22 neue Arbeitsplätze.

Die Anlage wird von der Leasinggesellschaft der SEB AG, SEB Finans GmbH, gemeinsam mit ihrer schwedischen Schwe-

stergesellschaft, SEB Finans AB, finanziert.

Attraktive Lösung

Ausschlaggebend für den Zuschlag waren sowohl die lokalen Kenntnisse als auch die internationalen Erfahrungen der Bank. Auf dieser Basis entwickelte die SEB eine attraktive Finanzierungslösung, die den Stadtwerken wesentliche Vorteile bringt. Das spezielle Leasingmodell sorgt nicht nur für vorteilhafte Konditionen, sondern bietet auch die Sicherheit einer langfristigen Finanzierung. Trotz einiger Besonderheiten lässt sich dieses „Swedish-Lease“ auf die

bekannt Grundstruktur einer Leasing-Finanzierung zurückführen. So erhält der Kunde eine übersichtliche Dokumentation und eindeutige rechtliche Rahmenbedingungen. Für den Produktbereich „Leasing - SEB Finans“ arbeiten europaweit 225 Spezialisten mit einem Schwerpunkt bei verschiedenen Infrastrukturprojekten.

Ziel ist es, immer die für den Einzelfall passende Lösung zu finden. So ist manchmal ein Mietkauf sinnvoll, in einem anderen Fall ein Leasing besser oder gar ein cross-border-lease oder sale-and-lease-back möglich. Dies hängt neben der Investitionshöhe und Laufzeit auch davon ab, ob die Finanzierung innerhalb oder außerhalb der Bilanz erfolgen soll und wie die rechtlichen Eigentumsverhältnisse aussehen sollen.

Das Biomassekraftwerk ist ein gutes Beispiel für die Fähigkeiten der SEB, internationale, branchenspezifische Erfahrungen lokal maßgeschneidert umzusetzen.

Der SEB Konzern im Überblick

Der SEB Konzern (Skandinaviska Enskilda Banken) ist einer der bedeutendsten Finanzdienstleistungskonzerne in Nord-europa. Geschäftsschwerpunkt sind Bank-, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen für Unternehmen, Institutionen und Privatkunden. Europaweit hat der Konzern mehr als 5 Millionen Kunden und verfügt über 670 Filialen. Die SEB ist weltweit in

überhaupt wieder einen Förderkredit zu bekommen und für Unternehmen mit besserer Bonität sind nun auch Zinsen für Förderkredite Verhandlungssache.“

Mehr Informationsarbeit

Da Produkte um so mehr in Anspruch genommen werden, je bekannter sie sind, baut die LfA ihre Informationsarbeit weiter aus. Neben Firmenkundenberatern in den Banken, Betriebsberatern in den Kammern, Steuer- und Unternehmensberatern werden verstärkt die Unternehmen selbst angesprochen. Denn ein Kunde, der über das Förderangebot gut informiert ist und gezielt nach LfA-Produkten fragt, entlastet laut Schmitt seine Hausbank von zeitraubender Beratungsarbeit und präsentiert sich als kompetenter Verhandlungspartner. Deshalb hat die LfA Förderbank Bayern die Beratungsarbeit auch personell verstärkt. Eine spezielle Task Force der Bank bietet Unternehmen in kritischer Verfassung kostenlose Sofortberatung. Diese Krisenberatung wurde 2004 erweitert um den gemeinsamen mit der KfW Mittelstandsbank und den Kammern organisierten „Runden Tisch Bayern“.

Gründergeschehen

Besonders erfreulich ist Schmitt zufolge nach wie vor das Gründergeschehen, das im Schnitt über die vergangenen sechs Jahre ein durchschnittliches jährliches Wachstum von rund 4,5 Prozent aufweist. Entgegen dem über mehrere Jahre bundesweit zu beobachtenden Rückgang der Darlehenszusagen in der Mittelstandsförderung konnte die bayerische Förderbank die Gründerdarlehen seit 1999 kontinuierlich ausweiten - von 150 Mio. Euro auf

20 Ländern tätig und beschäftigt 20.000 Mitarbeiter. Kernmärkte sind Schweden, Deutschland und das Baltikum.

In Deutschland ist die SEB in den Geschäftsfeldern Privatkunden, Immobilienkunden, institutionelle Kunden und Firmenkunden tätig. Im Zuge ihrer Neupositionierung konzentriert sich die Bank auf ausgewählte Wachstumfelder. Hierzu zählen unter anderem Merchant Banking, Asset Management und das Versicherungsgeschäft. Die Bank verfügt in Deutschland über 175 Filialen. Als Partner des Geldautomatenverbundes CashPool können Kunden der Bank rund 2000 Geldautomaten im gesamten Bundesgebiet kostenlos nutzen.

Erfahrenes Team in München

Für den Bereich Merchant Banking erstreckt sich das Betreuungsgebiet der Filiale München auf den Freistaat Bayern. Zielgruppen von Merchant Banking sind Firmenkunden ab dem gehobenen Mittelstand sowie institutionelle Kunden wie z. B. Städte, Gemeinden, Landkreise sowie deren Zweckverbände und Unternehmen.

Der SEB ist es gelungen, einen nicht unerheblichen Marktanteil bei den Unternehmen der öffentlichen Hand wie Stadtwerke, Wasserwerke, Verkehrsbetriebe oder Energieversorger zu erreichen. Die Bank bietet ihren Kunden eine breite Palette von Serviceleistungen, zum Beispiel die seit dem vergangenen Jahr forcierte Beratung beim ganzheitlichen Zins- und Schuldenmanagement. Bei derartigen Themenbereichen arbeiten die Kundenbetreuer eng mit den Produktspezialisten zusammen. Auch 2005 stehen die Kommunen und die Unternehmen der öffentlichen Hand, insbesondere die

zunehmend fast 200 Mio. Euro. „Diese Zahlen belegen: In Bayern herrscht ein anhaltend günstiges Gründerklima“, stellte der Vorstandsvorsitzende erfreut fest.

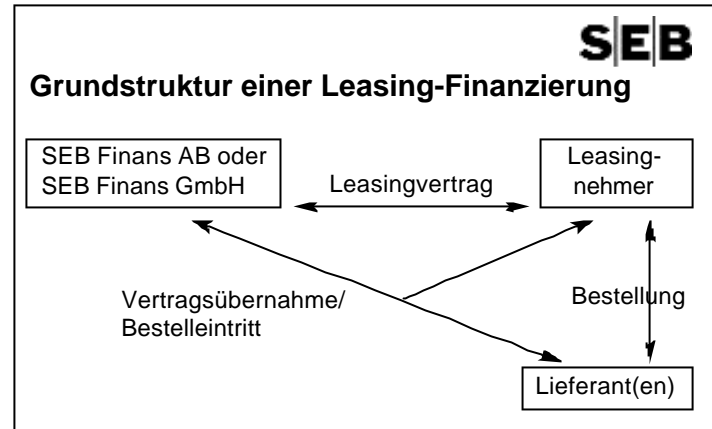
Der Gesamtkreditbestand hat sich aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und damit einher gehender hoher außerplanmäßiger Tilgungen verringert. Das Kreditvolumen ist mit Ablauf 2004 auf 7,5 Mrd. Euro leicht gesunken. Am gesamten Kreditvolumen haben die Konsortialdarlehen einen Anteil von rund 30 Prozent, gefolgt von zinsverbilligten Krediten mit 29 Prozent, zinsgünstigen Darlehen mit 26 Prozent und Globaldarlehen mit 15 Prozent.

Starkes Interesse der Geschäftsbanken

Unverändert stark blieb das Interesse der Geschäftsbanken an der LfA Förderbank Bayern als Risikopartner. Mit Haftungsfreistellungen, Ausfallbürgschaften und Garantien übernahm die Bank im vergangenen Jahr neuerlich Risiken in Höhe von 289 Mio. Euro (Vorjahr 358 Mio. Euro).

Die Ertragslage ist trotz unverändert konservativer Risikoversorge für die LfA zufriedenstellend. Der Bilanzgewinn beträgt 42,3 Mio. Euro; er wird zum größeren Teil erneut für die attraktive Ausgestaltung von Förderprogrammen der LfA verwendet.

Für das laufende Geschäftsjahr werden zusätzliche Impulse aus dem neuen Margensystem erwartet. Die LfA Förderbank Bayern rechnet mit Zusagen im Darlehensgeschäft etwa in Vorjahreshöhe. Schmitt: „Ich bin zuversichtlich, dass wir mit unserer Arbeit wieder ein zufriedenstellendes Jahresergebnis erzielen werden.“ **DK**



Stadtwerke, im Focus der Aktivitäten.

Nähe zum Kunden

Der Bereich Firmenkunden & Institutionen nimmt seit Jahren in der Kundenzufriedenheit eine Spitzenstellung ein. Dies ist das Ergebnis einer aktiven Partnerschaft und einer besonderen Nähe zu den Kunden. Jeder hat in der Bank einen festen Ansprechpartner für alle Wünsche

Ausschreibungsregeln:

Massive Barrieren für Arbeit der Städte

Der Europäische Gerichtshof hat den Städten neue Grenzen bei der Erteilung von Aufträgen gesetzt, die die Städte an Tochterunternehmen mit einem privaten Partner vergeben. Auch für die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen über Zweckverbände und Zweckvereinbarungen errichtet die Europäische Kommission über die Ausschreibungsregeln neue Barrieren. Die Städte sehen darin einen massiven Eingriff in ihre Organisationshoheit.

In einem Urteil zu den ausschreibungsfreien Inhouse-Geschäften vom 11. Januar 2005 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass Dienstleistungsaufträge, die ein öffentlicher Auftraggeber an ein Unternehmen erteilt, an dem der Auftraggeber selbst und ein Privater beteiligt sind, ohne Ausnahme öffentlich auszuschreiben sind. In dem zu entscheidenden Fall ging es um die Vergabe eines Auftrags zur Abfallbeseitigung, den die Stadt Halle einem Unternehmen erteilt hatte, an dem die Stadt selbst und ein privater Minderheitspartner beteiligt waren.

In der neuen Entscheidung engt das Gericht seine beiden Kriterien für Inhouse-Geschäfte aus dem sog. Teckal-Urteil vom Jahr 1999 ein. Seinerzeit hatte das Gericht festgestellt, dass Dienstleistungen an ausgegliederte Unternehmen dann nicht ausgeschreiben werden müssen, wenn der öffentliche Auftraggeber das Unternehmen wie eine eigene Dienststelle kontrolliert und das Unternehmen seine Tätigkeit im Wesentlichen für den Auftraggeber verrichtet. Der EuGH bringt nun zum Ausdruck, dass eine solche „Kontrolle“ bereits dann nicht mehr vorliegt, wenn auch nur ein privater Minderheitspartner an dem Unternehmen beteiligt ist.

In Kürze werden die Luxemburger Richter auch darüber entscheiden müssen, ob Dienstleistungen an reine kommunale Eigengesellschaften auszuschreiben sind. In diesem Streitfall geht es um die Übertragung des Betriebs öffentlicher Parkplätze von der Südtiroler Stadt Brixen auf die Stadtwerke Brixen AG, die eine Eigengesellschaft der Gemeinde ist. Der Schlussantrag der Generalanwältin beim EuGH sieht in der Umwandlung eines Eigenbetriebs in eine Eigengesellschaft eine „interne Maßnahme der Reorganisation“, die nicht dem Vergaberecht unterliegt. Es bleibt abzuwarten, ob die Richter dies auch so sehen.

Auch bei der Übertragung kommunaler Aufgaben auf Zweckverbände oder über Zweckvereinbarungen auf andere Kommunen schränkt die Eu-

ropäische Kommission den kommunalen Spielraum weiter ein. Anlässlich eines Vertragsverletzungsverfahrens im Fall der Wasserversorgung der niedersächsischen Gemeinde Hinte auf einen Wasserverband gibt die Kommission den Maßstab vor, wann Aufgaben auf solche Einheiten ausschreibungsfrei übertragen werden können. Der Übertragungsvorgang müsse durch entsprechende hoheitliche Akte, also Gesetze, Verordnungen oder Beschlüsse, erfolgen. Die übertragende Stelle dürfe sich zudem keine direkten Eingriffsmöglichkeiten mehr vorbehalten.

Demnach bliebe der Zweckverband nach bayerischem Recht vergaberechtsfrei, weil dort keine solchen Eingriffsmöglichkeiten mehr bestehen. Anders liegt es aber bei der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung, weil dort die Aufgabe nicht vollständig übertragen wird.

Die Städte drängen darauf, dass die Übertragungen von Aufgaben auf gemischtwirtschaftliche Gesellschaften einerseits anders behandelt werden als die Erledigung im Wege interkommunaler Zusammenarbeit. Zumindest müssen vorhandene Partnerschaften zwischen Städten und Privaten weiter bestehen bleiben können. Ansonsten würde sich die Kommission auch selbst widersprechen, weil sie sich in ihrem jüngsten Grünbuch gerade für mehr öffentlich-privater Partnerschaften ausspricht. Ebenso muss es weiter möglich sein, kommunale Aufgaben in interkommunaler Zusammenarbeit ohne Ausschreibung wahrzunehmen. Die Städte und Gemeinden müssen weiterhin eigenverantwortlich darüber entscheiden können, ob sie Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse durch eigene Unternehmen oder im Wege der kommunalen Zusammenarbeit erfüllen. Die Städte fordern die Kommission und das Europäische Parlament auf, sich weiter für diese Gestaltungsfreiheit der Kommunen einzusetzen, die auch Gegenstand des Europäischen Verfassungsvertrags ist.

Bilanzpressekonferenz der LfA Förderbank Bayern:

Gefestigte Position

Die LfA Förderbank Bayern konnte ihre Position als Partner des bayerischen Mittelstandes im Geschäftsjahr 2004 weiter festigen. Wie bei der Bilanzpressekonferenz in München verlautete, sind vor dem Hintergrund einer leichten Konjunkturbelebung mit zunehmender Investitionsbereitschaft der Unternehmen die Zusagen in nahezu allen Geschäftsfeldern spürbar gestiegen.

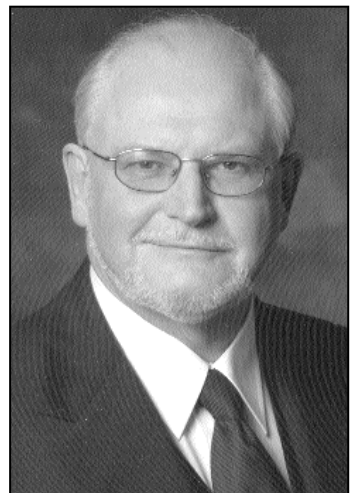
Die Darlehenszusagen an rund 4.800 Unternehmen liegen laut Vorstandsvorsitzendem Rudolf W. Schmitt mit fast 1,8 Mrd. Euro rund 500 Mio. Euro über dem Vorjahreswert und haben in Bayern dazu beigetragen, 10.000 Arbeitsplätze zu schaffen und weitere 140.000 zu sichern. Insbesondere das Bayerische Mittelstandskreditprogramm mit seinen zinsgünstigen Darlehen und langen Laufzeiten lag voll in diesem positiven Trend und konnte bei den Zusagen einen Anstieg von 40 Prozent zum Geschäftsjahr 2003 verzeichnen.

Bestätigung der Politik

Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu, zugleich Vorsitzender des Verwaltungsrates der LfA Förderbank Bayern, sieht in den guten Zahlen auch eine Bestätigung der staatlichen Förderpolitik: „Unsere klassischen Programme für die Mittelstandsförderung, die von der LfA Förderbank Bayern unter Einschaltung der Geschäftsbanken ausgegeben werden, erweisen sich erneut als absolut zeitgemäß. Mit der Zielgenauigkeit der Programme und einer hohen Verfahrenseffizienz bei der Ausreichung der Förderdarlehen durch die LfA erzielen wir positive Arbeitsplatz- und regionalpolitische Effekte für den unternehmerischen Mittelstand in ganz Bayern.“

Neues System

Damit die LfA-Produkte attraktiv bleiben, wird Schmitt zufolge ständig daran gearbeitet, sie entsprechend den Bedürfnissen des Marktes weiterzuentwickeln. Exemplarisch hob der Vorstandsvorsitzende zwei Punkte hervor, die für das Fördergeschäft besondere Bedeutung haben: Seit Anfang 2004 erleichtert zum einen ein neues Angebot wachstumsstarken Betrieben den Zugang zu Eigenkapital. Das „Eigenkapital für den breiten Mittelstand“ wurde mit einem Volumen von 50 Mio. Euro als Pilotprojekt



Rudolf W. Schmitt

einlage ab, für die es am Markt zuvor kein adäquates Angebot gab. Im 1. Jahr hat die BayBG bereits 13 Mio. Euro ausbezahlt. Punkt 2 betrifft eine für Kunden und Banken wegweisende Neuerung: Anstelle der bei Förderkrediten jahrzehntelange einheitlichen Zinsmarge für die Hausbank von in der Regel 1 Prozent wurden zum 1. April risikogerechte Zinssätze eingeführt, da die bisherige Einheitsmarge bei Kunden mit mäßiger Bonität oder schwachen Sicherheiten immer öfter dazu führte, dass ihre Hausbank wegen unzureichender Kostendeckung nicht mehr bereit war, einen Förderkredit durchzuleiten.

Steigende Chancen

Das neue System, so Schmitt, erlaubt es den Geschäftsbanken im Rahmen festgelegter Obergrenzen, mit dem Kunden eine individuell berechnete Zinsmarge zu vereinbaren. Folge: „Für die Hausbanken ist es wieder leichter, Förderkredite an den Mittelstand auszureichen. Für Unternehmen mit schwächerer Bonität steigen die Chancen,

Zweite Stufe der EU-Luftreinhalteverordnung:

Strenge Grenzwerte für NO₂

Busse mit Partikelfilter sind keine optimale Lösung

Die aktuelle Feinstaub-Debatte ist richtig und wichtig - und sie greift dennoch zu kurz. Ab 2010 kommt die zweite Stufe der EU-Luftreinhalteverordnung: Sie setzt dann strenge Grenzwerte für Stickstoffdioxid in der Atemluft fest. In diesem Zusammenhang ist die politische Forderung nach Bussen mit Partikelfiltern keine nachhaltige Lösung. Auf die Betriebe des Öffentlichen Personennahverkehrs, die heute Busse mit Dieselantrieb und Rußfilter neu anschaffen, rollt spätestens 2010 die nächste Kostenlawine zu.

Bei einer Laufzeit von acht bis zehn Jahren sind diese Busse bereits in fünf Jahren als Hauptauslöser der Stickstoffdioxid-Emissionen ohne teure Nachrüstung nicht mehr einsetzbar. Mit ähnlich langen Laufzeiten werden auch kommunale Fahrzeuge oder die meisten leichten Nutzfahrzeuge für den innerstädtischen Lieferverkehr angeschafft.

Dreckschleuder Linienbus

Linienbusse im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) tragen trotz Rußpartikelfilter erheblich zum Stickstoffdioxid-Ausstoß in den Innenstädten bei. „Auf der Düsseldorfer Corneliusstraße bestehen 0,8 Prozent des Verkehrsaufkommens aus Bussen. Diese haben aber einen Anteil von 21 Prozent an der gesamten Stickstoffdioxid-Emissi-

gen Abgasnachbehandlung verringert werden. Eine Preisspirale ohne Ende für den ÖPNV.

Augsburg setzt auf Erdgasbusse

Alternative Lösungsansätze gibt es: Verkehrsbetriebe wie zum Beispiel Frankfurt/Oder, Augsburg, Nürnberg und Hildesheim setzen bereits heute Busse mit Erdgasantrieb ein. Die Deutsche Bahn AG hat sich jetzt für die Anschaffung von 30 neuen Linienbussen mit Erdgasantrieb entschieden. Unsere Nachbarn Frankreich und Italien machen es uns vor: dort sind bereits rund 3.000 Erdgasbusse im Einsatz. Darüber hinaus setzen Kurierdienste wie zum Beispiel TNT Express zunehmend auf Fahrzeuge mit Erdgasantrieb, um den drohenden Verkehrsbeschrän-

Prozent günstiger als Diesel ist.

Der Freistaat fördert

Die Landesregierung Bayern hat die Vorteile von Erdgasbussen im ÖPNV erkannt. Um den Bestand von 360 Fahrzeugen

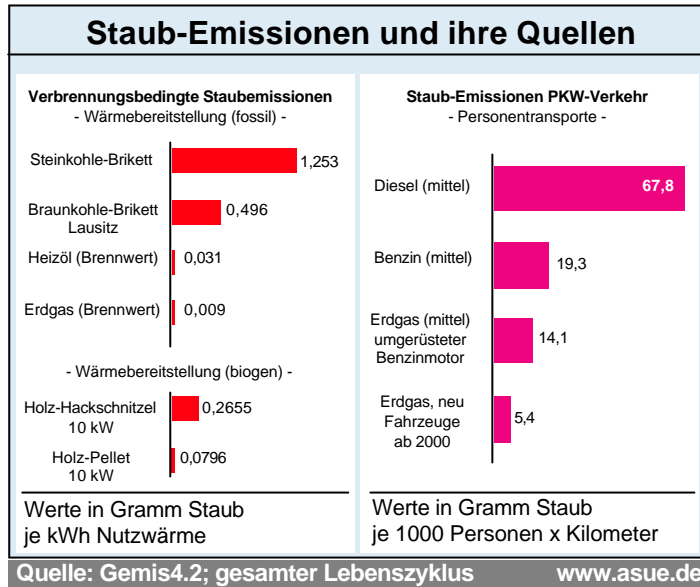
kurzfristig zu erhöhen, fördert sie die Neuanschaffung mit 40.000 Euro pro Fahrzeug, denn „die umweltfreundliche Ausstattung des öffentlichen Fuhrparks soll eine Vorbildfunktion und eine Signalwirkung haben“, so Bayerns Umweltminister Dr. Werner Schnappauf.

Weitere Informationen zu der Antriebsalternative Erdgas sind unter der Infoline 01802/234500 (0,06 EUR pro Gespräch) oder im Internet unter www.erdgasfahrzeuge.de verfügbar.



Mit der Aktion „Pausenhof macht Spaß!“ im Jahr 2004 und dem bereits angelaufenen Folgeprojekt „Ein Klassenzimmer für Kopf, Herz und Hand“ dokumentiert die ESB eindrucksvoll ihr Bekenntnis zur gesellschaftlichen Verantwortung in Bayern. Durch eine Einlage von 10.000 Euro wird der südbayerische Energielieferant nun zudem auch noch 121. Stiftungsmitglied des Bildungspaktes Bayern. „Mit ihrem Engagement investieren Sie in die Zukunft von 1,8 Millionen bayerischen Schülern“, lobte Staatssekretär Karl Freller den Beitritt der ESB. Im Kultusministerium überreichte er die offizielle Beitrittsurkunde zum Bildungspakt Bayern an die beiden ESB-Geschäftsführer Dieter Rathsam (rechts) und Werner Bähre (links).

Foto: Erdgas Südbayern GmbH



25 Jahre Landesgartenschauen:

Mehr Grün für die Städte!

25 Millionen Besucher und 266 Hektar neue Grünflächen in den Städten - das ist die stolze Bilanz von 25 Jahren Landesgartenschauen in Bayern. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller beim Spatenstich für die Landesgartenschau 2008 in Neu-Ulm sagte, wurden für die bislang zwölf Landesgartenschauen und sieben kleinen Gartenschauen „Natur in der Stadt“ in 18 Städten insgesamt rund 195 Millionen Euro investiert.

25 Jahre Gartenschauen bedeuten laut Miller „25 Jahre Stadtentwicklung für mehr Grün, Erholung und Lebensqualität“. Die neuen zusammenhängenden Grünzonen bieten attraktive Naherholungsmöglichkeiten in den Städten, verbessern das Klima und schaffen neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Lehrschauen und Ausstellungen informieren Garten- und Naturfreunde über die Pflege und Gestaltung von Gärten und Grünflächen sowie über Landschaftspflege und Naturschutz.

Unverwechselbares Profil

Der bayerische Gartenbau hat nach den Worten des Ministers die einmalige Chance, vor einem Millionenpublikum seine Leistungsfähigkeit, Innovationsfreude und Kreativität zu präsentieren. Damit die Gartenschauen weiterhin möglichst viele Menschen

ansprechen, hält der Minister es für sinnvoll, auch künftig bewährte Elemente mit neuen Entwicklungen zu kombinieren, denn: „Maßgeschneiderte Kon-

Keine Steuergeschenke zu Lasten der Länder!

„Der Bundesfinanzminister plant ein Geschäft allein zu Lasten der Länder: Eichel verteilt und verkündet - die Länder zahlen 1,2 Milliarden Euro. Hierzu ein klares Nein aus Bayern“, erklärte Finanzminister Kurt Faltlhauser zur Ankündigung der Bundesregierung, Dieselaautos mit Rußpartikelfiltern steuerlich zu fördern.

zepte garantieren ein eigenständiges und unverwechselbares Profil sowie Individualität und Qualität.“

Die nächsten Landesgartenschauen finden 2006 in Marktredwitz, 2008 in Neu-Ulm, 2010 in Rosenheim und 2012 in Bamberg statt. Die kleinen Gartenschauen „Natur in der Stadt“ kommen 2007 nach Waldkirchen, 2009 nach Rain am Lech und 2011 nach Kitzingen.

Bayerischer Gemeindetag:

Naturschutzrechtsnovelle gemeindefreundlich gestalten!

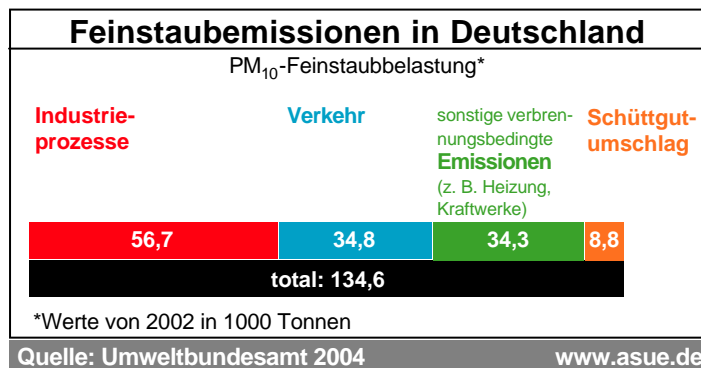
Brandl: „Bitte die Kirche im Dorf lassen!“

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte sehen sich zusätzlichen Belastungen durch die geplante Novellierung des Bayerischen Naturschutzgesetzes ausgesetzt. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Bei allem Verständnis für die sicher wichtigen Belange des Naturschutzes: Bitte lasst die Kirche im Dorf und legt den Kommunen nicht weitere Pflichten auf, die ihre kommunalen Gestaltungsspielräume noch mehr einengen.“

Brandl forderte die Staatsregierung auf, alle bundesrechtlich eingeräumten Umsetzungsspielräume konsequent zu nutzen und die Gemeinden bei der Aufstellung von Landschaftsplänen finanziell zu unterstützen.

In Erfüllung bundes- und eu-

meinden verpflichtet werden, gesonderte Grünordnungspläne aufzustellen, sobald und so weit dies aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege erforderlich ist. Brandl: „Die Gemeinden müssen beim Erlass von Bebauungsplänen ohnehin eine weit reichende Umweltprüfung vornehmen. Daneben auch noch Grünordnungspläne zu erstellen grenzt an Regelungs-wut. Deshalb: Verschont uns!“ Auch erweiterte Mitwirkungsrechte von Naturschutzvereinen an sämtlichen Instrumenten der Landschaftsplanung, beispielsweise wenn Befreiungen für Verbote und Gebote in Naturschutzverordnungen für Natura-2000-Gebiete erteilt werden sollen, werden die gemeindliche Handlungsfreiheit nicht gerade fördern. Der Gemeindetag fordert daher das Umweltministerium auf, alle Umsetzungsspielräume konsequent zu nutzen und die Gemeinden bei der Aufstellung von Landschaftsplänen finanziell zu unterstützen.



on“, erläutert Rolf Linnenkamp, Ministerialdirigent im Umweltministerium des Landes NRW, das Problem. So wird selbst der Umstieg von individuellen Auto auf den mit Rußfilter ausgestatteten Bus, der heute als eine Lösung in der Feinstaub-Debatte gepriesen wird, in Zukunft zum Teil des Problems. Denn die Stickstoffdioxid-Emissionen können nur mit einer aufwändi-

kungen in den Innenstädten zu entgegen.

Erdgasfahrzeuge emittieren praktisch keine Rußpartikel und reduzieren die Emissionen von Stickoxiden um 70 Prozent. Sie halten heute bereits die ab 2010 geltenden Grenzwerte für Abgasemissionen ein. Erdgas als Kraftstoff ist aber nicht nur umweltschonend, sondern auch sehr wirtschaftlich, weil es rund 30

Heute Feinstaub, morgen Stickstoffoxide:

Russfilter sind nicht ausreichend

Von Dr. Hartmut Hechler, Bayerngas

Die Diskussion über die Feinstaubbelastung in den großen deutschen Städten hatte teilweise hysterische Züge. Wahr ist aber auch, dass Handlungsbedarf besteht und Konsequenzen zu erwarten sind. Nun wird alles diskutiert: vom verbindlichen Einsatz von Russfiltern bis zur Sperrung der Innenstädte. Vergessen wird dabei, dass wir uns zukünftig mit einem neuen Problem konfrontiert sehen dürften: mit Stickstoffoxiden. Anfang 2010 treten hierfür neue Grenzwerte in Kraft. Danach darf der 1-Stundengrenzwert von 200 µg/m³ NO₂ nicht öfter als 18 Mal im Kalenderjahr überschritten werden. Russfilter sind für dieses Problem keine Lösung.

Genauso wenig wie ausschließlich auf Russfilter zu setzen, macht eine Sperrung der Innenstädte Sinn. Ein Großteil der durch den Straßenverkehr verursachten Emissionen geht auf den lokalen Wirtschafts- bzw. Lieferverkehr zurück. Dieser kann aber nicht einfach unterbunden werden. Welche Lösung bietet sich an? Insgesamt bedarf es sicherlich einer Kombination an Maßnahmen, um die Schadstoffe in unserer Luft zu reduzieren. Zumal der Großteil der durchschnittlichen Feinstaubemissionen in Deutschland auch nicht durch den Straßenverkehr bedingt sind. Nur rund ein Viertel der Feinstaubbelastung geht auf das Konto von LKWs und Autos. In gleicher Höhe tragen Heizungen und Kraftwerke zur Belastung bei, Industrieprozesse sind sogar für rund 40 Prozent der PM10-Emissionen verantwortlich.

Auch der Verkehrsbereich kann und muss seinen Anteil zur Emissionsminderung leisten. Dass es mit Erdgas eine bereits heute verfügbare umweltschonende Alternative zu Diesel oder Benzin gibt, wird leicht übersehen. Erdgasautos haben weder ein Partikel- noch ein Stickstoffoxidproblem, erfüllen die europäischen EEV-Kriterien (Enhanced Environmentally Vehicle) und sind relativ günstig. Gerade auch im Hinblick auf die anstehende Stickstoffoxidproblematik bleibt zu hoffen, dass bei der weiteren Diskussion zur Reduzierung von Feinstaub-Emissionen auf zukunftsfähige Lösungen gesetzt wird.

BUGA 05 in München:

„Verkopfte“ Landschaftsarchitektur

Perspektivenwechsel nachhaltig gelungen!?

Auch die Bundesgartenschau 2005 stand vor der Herausforderung, das Thema Kunst und Natur wieder einmal neu zu erfinden. Herausgekommen sind weniger Blumen und mehr Aufforderung zur Kopfarbeit. Es geht hier zwar immer wieder auch um Pflanzen und die Darstellung gärtnerischen und züchterischen Könnens, doch im Vordergrund stehen eindeutig dramatische Inszenierungen und optische Überraschungen, die Denkanstöße geben sollen.

Um einen „Perspektivwechsel“ ging es Landschaftsarchitekten Rainer Schmidt, der mit seinem Team die Wettbewerbsausschreibung zur Gestaltung der BUGA 05 für sich entschied. Schmidt findet heute in der Landschaftsarchitektur im öffentlichen Raum zu oft „Petersilie zu den Kartoffeln. Man klebt ein bisschen Grün um die Gebäude, wo es eben gerade passt“. Er wünscht sich, dass die BUGA Anregung gibt mehr Leben in die öffentlichen Grünan-

lagen zu bringen. Landschaftsarchitektur müsse wieder Geschichten erzählen: „Sie soll nicht nur schön anzuschauen sein, sondern Raum bieten, der zum Denken anregt.“

Zur Schnecke gemacht

„Hier werden sie zur Schnecke gemacht“ erklärt Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) auf der Eröffnungsfeier fachgerecht die Dimensionen der BUGA 05. Aus der

Amesienperspektive soll der Besucher Natur erleben und sich mal recken müssen, um über überdimensionale Grashalme hinweg blicken zu können. Er findet kraterartige, gewöhnungsbedürftige Gebilde mit Namen wie „Die Pfütze“, „Die Fuge“ oder „Vogelneest“ und „Klima-Haus“. Die enorme Größe des Landschaftsparks versucht Ude begreifbar zu machen: Mit 200 Hektar sei allein der von dem Landschaftsarchitekten Gilles Vexlard geplante Park viermal so groß wie der Vatikanstaat und noch um fünf Hektar größer als das Fürstentum Monaco.

„Leitbegriff für alle Politikfelder“

Die BUGA sei heute nicht mehr allein eine Leistungsschau der Gärtner, ist Bundesratspräsident Matthias Platzeck (SPD) überzeugt. „Zunehmend sind Bundesgartenschauen Möglichkeiten geworden, nachhaltig

über Stadtentwicklung nachzudenken.“ Platzeck geht es um die Bewahrung der Schöpfung. Er forderte dazu auf, nicht mehr länger zu versuchen, die Umwelt dem Menschen gefügig zu machen, sondern den Menschen einzupassen in die Abläufe der Natur.

Bewusstseinswandel

Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (CSU) forderte Nachhaltigkeit als Leitbegriff für alle Politikfelder: „Nachhaltigkeit darf nicht auf den Umweltschutz beschränkt bleiben. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Politik, den gelungenen Bewusstseinswandel beim Umweltschutz auf alle Politikfelder zu übertragen und die Menschen zu überzeugen, dass wir unsere Lebensgrundlagen nicht dem kurzfristigen Konsum opfern dürfen.“

Ob die BUGA-Denkanstöße bei den erhofften vier Millionen Besuchern auch zu einem nachhaltigen Umdenken anregen werden, ist noch offen. Eine Rentnerin am Eröffnungstag war noch etwas skeptisch: „Es wirkt noch ein bisschen nackt - aber vielleicht sind sie ja hier nicht ganz fertig geworden...“ JST

Für Rettungsdienst, Kranken- und Behindertentransport:

Aktuelle Sonderfahrzeuge von Mercedes-Benz

Berlin/Fulda - Zum fünften Mal fand in der Fulda-Messe-Galerie die Fachmesse RETTmobil 2005 statt. Vom 28. bis 30. April präsentierten über 220 Aussteller Produkte rund um die Themen Rettung und Mobilität. Die DaimlerChrysler Vertriebsorganisation Deutschland (DCVD) war auch in diesem Jahr mit ihrem umfangreichen Programm an Sonderfahrzeugen von Mercedes-Benz vertreten.

Mercedes-Benz zeigte bei der diesjährigen RETTmobil in Halle 1 (Stand 104) wieder kompetente und praxisgerechte Lösungen für besondere Einsatzanforderungen. Neben den Angeboten für Rettungsdienst und Krankentransport stand auch der Transport von Personen mit eingeschränkter Mobilität im Vordergrund.

Mercedes-Benz Vito mit Allrad: Auch abseits befestigter Wege im Einsatz

Der Vito besticht besonders durch seine vielfältigen Einsatzmöglichkeiten etwa im Rettungsdienst oder bei der Feuerwehr. Auf dem Mercedes-Benz Messestand wurde ein Vito mit Allradtechnik gezeigt. Mit seinem permanenten Allradantrieb sind für den Vito auch unbefestigte Wegstrecken kein Hindernis. Das Ausstellungsfahrzeug ist ein Vito 115 CDI mit kurzem Radstand (3200 mm) und langer Karosserie. Auf Wunsch ist ein Fünfgang-Automatikgetriebe erhältlich. Für mehr Leistungsfähigkeit sorgt außerdem das elektronische Traktionssystem 4ETS.

Großzügiger Innenraum

Ein Vito war in der Ausführung als Notarzteinsetzungsfahrzeug mit Modulausbauten ebenfalls auf der Messe zu sehen. Der großzügige Innenraum bietet ausreichend Platz für den Mannschafts- oder Ausrüstungstransport. Je nach Bedarf und Einsatzgebiet kann der Vito individuell ausgestattet werden. Er steht als Kastenwagen, Mixto oder Kombi in drei Fahrzeuglängen, zwei Radstandvarianten, zwei Dachhöhen, zwei Gewichtsklassen und mit fünf Motorisierungen zur Verfügung. Die Kombiausführung mit acht Sitzplätzen ist beispielsweise die ideale Lösung als Mannschaftstransportwagen für Feuerwehren.

Außerdem präsentierte sich die Mercedes-Benz E-Klasse auf dem Messestand in einer Ausführung als Kommandowagen für den Feuerwehr-Einsatzleiter. Die Dieselmotoren der E-Klasse erfüllen die strengen EU-4-Abgaslimits. Zusätzlich rüstet Mercedes-Benz ab Sommer alle Dieselfahrzeuge in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und der Schweiz serienmäßig mit Partikelfiltern aus.

Mercedes-Benz Sprinter für den Kranken- und Behindertentransport

Der Mercedes-Benz Sprinter, Marktführer bei den Rettungsfahrzeugen in Deutschland, war erstmals in einer neuen Variante als Mehrzweckfahrzeug für den Krankentransport zu sehen. Daneben bietet der Sprinter Mobility eine Umbaulösung ab Werk - der im letzten Jahr bei der RETTmobil seine Premiere feierte, wahlweise Platz für bis zu sechs Rollstühle oder acht Passagiere. So erleichtert der Sprinter Mobility den Transport von Personen mit eingeschränkter Mobilität, insbesondere Rollstuhlfahrer. Auf dem Freigelände waren ebenfalls je ein behindertengerecht umgebauter Sprinter sowie ein Vito zu sehen.

Großes Rahmenprogramm auf der RETTmobil

Die Fulda-Messe-Galerie umfasste 13 Hallen mit rund 60.000 Quadratmetern Gesamtausstellungsfläche. Zusätzlich hatten die Besucher die Möglichkeit, im Offroad-Gelände Fahrzeugprobe zu fahren. Hier konnten sie sich von der Geländegängigkeit der Mercedes-Benz G-Klasse und der M-Klasse persönlich überzeugen. Als weitere Attraktion wurde den Besuchern ein Fahrsicherheitstraining mit Mercedes-Benz Pkw und Rettungsfahrzeugen geboten.



Mit verfeinerter Vorderachsaufhängung sind jetzt die Fendt-Traktoren der Reihe 200 ausgerüstet. Bild: Fendt

Demopark in Eisenach:

Geräte, Traktoren und Unimog auf der grünen Wiese

Wie kräftig ist der Minibagger, wie wendig der Traktor, wie geländegängig der Unimog? Es gibt einige Messen, auf denen diese Fragen gestellt werden, aber es gibt nur eine im Bereich der kommunalen Geräte- und Fahrzeuge, die darauf plastische Antworten gibt: Auf der demopark kann man alles praktisch erproben. Es steht genügend Wiese zur Verfügung.

Die demopark-Wiese liegt jetzt bei Eisenach in Thüringen, nachdem für die drei bisher (alle zwei Jahre) durchgeführten Messen Fulda der Branchentreff war. In Eisenach steht eine 250.000 Quadratmeter große Fläche auf dem Flugplatz Kindel zur Verfügung. Die meisten der 330 Aussteller - fünf Prozent mehr als vor zwei Jahren - präsentieren sich draußen, ein kleiner Teil in einem großen Zelt. Wie immer steht und fällt die Messe mit dem Wetter, rein statistisch gesehen sind die bisherigen Witterungserfahrungen mit der demopark gut.

Belebung erwartet

Die Branche kann eine erfolgreiche Messe gebrauchen. Das vergangene Jahr hat nach Auskunft des demopark-Mitveranstalters VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer), Fachverband Landtechnik, Rückgänge bei den Kompakttraktoren (sieben Prozent) und den Rasentraktoren (zwei Prozent) ergeben, bei einachsigen Motorgeräten war Stagnation festzustellen, wobei das Jahr 2003 schon als schlecht eingestuft worden war.

Gleichwohl erwarten die Hersteller für Deutschland in 2005 eine deutliche Belebung, so der Geschäftsführer des VDMA-Fachverbandes, Dr. Bernd Scherer. Selbständige Unternehmer im Garten- und Landschaftsbau stellen für viele Aussteller die wichtigste Besuchergruppe in Eisenach, nur noch ein Drittel sind unmittelbar Kommunen. Erwartet werden rund 22.000 Fachbesucher. Die Industrie hofft, ihre Investitionen in Bedienführung und Komfortverbesserungen, aber auch in Umweltverträglichkeit der Technik in den Preisverhandlungen durchsetzen zu können. Eine Umfrage hat ergeben, dass für die Beschaffer der Preis nicht das wichtigste Kriterium beim Kauf ist.

Jede Menge Neuheiten

Ein großer Teil der Neuheiten wird nach einer vorläufigen Übersicht dem Bereich der Kompakttraktoren, Traktoren und anderer Geräteträger entstammen. Das Kommunalfahrzeug Nummer eins, der Unimog von DaimlerChrysler, sieht sich einem Großteil seiner Wettbewerber im Bereich der großen Traktoren gegenüber. Inzwischen fehlt dort fast kein Anbieter größerer Agrartraktoren mehr mit kommunalen Anwendungen ihrer Produkte und ab der Demopark 2005 kommt mit

Valtra aus Finnland ein neuer hinzu. Dabei gibt es die Schmalspurschlepper der Serie 3300 mit 58 PS, 72 PS oder 79 PS, die mittelschwere Baureihe namens M-Serie bis 150 PS und die XM-Serie in derselben Leistungsklasse. Das Besondere an den XM-Traktoren ist ihre Knicklenkung, eine bei herkömmlichen großen Traktoren selten eingesetzte Technik. Bei hoher Wendigkeit lassen sich die Valtra-Traktoren dieser Reihe für schwere Frontladerarbeiten gut einsetzen.

Gesteigerter Komfort

Case IH wird seine Modelle JXV und JXN zeigen, die durch mehr Leistung und gesteigerten Komfort an die Bedingungen des Kommunaleinsatzes angepasst sind. Die Modelle JXV und JXN erhalten jeweils eine Variante mit 92 PS, um auch in kompakten Traktoren eine hohe Leistung anbieten zu können. Das Getriebe stellt mindestens je 16 Vorwärts- und Rückwärtsgänge und eine synchronisierte Wendeschaltung zum Wechseln von Vorwärts- auf Rückwärtsfahrt zur Verfügung.

Niveauregulierung

Im Bereich der Kompakttraktoren ist Fendt aus Marktoberrdorf einer der wichtigsten Anbieter. Fendt hat jetzt die Errungenschaft der niveaugeregelten Vorderachsfederung auch auf seine kleineren Kommunaltraktoren übertragen. Die Modelle 200V und 200F können damit beim Aus- und Einpendeln auf jeder Seite maximal 40 Millimeter Federweg ausgleichen. Die Niveauregulierung sorgt für gleich bleibenden Komfort bei Extrembelastung. Außerdem sind die Traktoren mit einer Wankabstützung ausgerüstet, die zum Beispiel bei der Nutzung schwerer Frontanbaugeräte eine vertikale Neigung des Traktors verhindert. Die schon lange bewährten Traktoren von Fendt sind mit vier verschiedenen Motoren lieferbar in der Leistung zwischen 65 und 94 PS.

Holder präsentiert in Eisenach seinen neuen Kommunalschlepper A 7.74. Die Bedienkonsole des auch optisch modernisierten Traktors liegt seitlich vom Fahrersitz griffgünstig und ist sinnvoll nach Funktionsgruppen geordnet, nämlich in Fahrfunktionen, Bedienung der Anbaugeräte und Komfortsteuerelemente. Die Hauptsteuerbefehle lassen sich über den Joystick übertragen.

Weitere Infos: www.demopark.de Matthias Röcke

Wiedereröffnung von Schloss Veitshöchheim

Das Schloß Veitshöchheim hat nach über dreieinhalbjähriger Sanierung seine Türen wieder für Besucher geöffnet. Aufwändige Renovierungsarbeiten durch die Bayerische Schlösserverwaltung lassen das so genannte fränkische Juwel, erbaut als Sommerresidenz der Würzburger Fürstbischöfe, in altem Glanz erstrahlen.

Seit 2002 wurden neben Möbelstücken auch textile Wandbespannungen, Papiertapeten, Lüster, Marmorskulpturen sowie fast 30 Gemälde von Mitarbeitern der Schlösserverwaltung und externen Handwerkern restauriert. Zudem wurde das Schlossparterre (eine direkt um das Schloss gelegene flache Gartenzone mit symmetrischen Zierbeeten, die meist mit Blumenrabatten gerahmt sind) in seiner Grundstruktur in den Zustand des 18. Jahrhunderts zurückgeführt.

Geschichte des Rokokogartens

Neu im Schloss ist die Dauerausstellung zur Geschichte des Rokokogartens Veitshöchheim, der auch als einer der schönsten Rokokogärten Europas bezeichnet wird. Schwerpunkt ist die Umwandlung des Gartens im 17. und 18. Jahrhunderts von Fasanerie und Jagdgelände zum Barockgarten. Als Titel der Ausstellung wurde ein Zitat von Fürstbischof Adam Friedrich von Seinsheim gewählt, der 1768 feststellte: „Es kommen immer Leit aus Würzburg und Fremde hierher ...“

Neues Müllfahrzeug eingetroffen

Ingolstädter Kommunalbetriebe investieren in die Wirtschaftlichkeit

Ein neues Müllpressfahrzeug schmückt den Fuhrpark der Ingolstädter Kommunalbetriebe. Wie Dr. Thomas Schwaiger, Vorstand der Ingolstädter Kommunalbetriebe, und Rudi Wagner, Bereichsleiter Stadtreinigung der Ingolstädter Kommunalbetriebe, bei der Präsentation betonten, investieren die Ingolstädter Kommunalbetriebe damit in die Wirtschaftlichkeit der Abfallentsorgung.

Das neue Müllfahrzeug ist der zweite Vier-Achser der Kommunalbetriebe. Mit den drei lenkbaren Achsen ist er besonders leicht zu manövrieren. Durch die mögliche Zuladung von ca. 16,5 Tonnen können sechs Tonnen mehr als bei einem 3-Achser-Fahrzeug geladen werden. Das bedeutet, dass das Fahrzeug weniger oft zum Entleeren gefahren werden muss. So werden allein jede Woche drei Entleerungsfahrten eingespart. Die einfache Bedienung bedeutet auch für die Mitarbeiter eine wesentliche Erleichterung in ihrer täglichen Arbeit.

Durch das moderne innovative Presswerk mit einem ovalen Aufnahmebehälter wird der Verschleiß der technischen Aus-

rüstung spürbar verringert. Der Abfall wird nicht mehr in der an der Schüttung befindlichen Wanne, wo die Abfalltonnen geleert werden, sondern im Aufbau selber verpresst. Dieser ist wesentlich weniger anfällig im Gebrauch. Dadurch fallen auf lange Sicht weniger Investitionskosten für die Instandhaltung der Fahrzeuge an.

Modernes Design

Zudem ist das Fahrzeug durch das moderne Design ein Blickfang auf den Straßen der Stadt. Die moderne Gestaltung der jetzigen Werbefläche durch die Müllverwertungsanlage Ingolstadt macht das Fahrzeug zu einem Schmuckstück. DK



Für jeden Bedarf die individuelle Lösung: Bei Wilhelm Mayer gibt es eine Antwort auf jede Frage in der Kommunaltechnik. Foto: Bertele

Tag der offenen Tür bei Wilhelm Mayer in Gersthofen:

Seit mehr als 50 Jahren Partner der Kommunen

Gemeinsam mit Neu-Ulmer Stammsitz werden 23 Stadt- und Landkreise betreut

„Das Geheimnis des Erfolgs? Anders sein als die anderen. Das hat Woody Allen gesagt. Ich sage: Besser sein, als die anderen“, so Gerhard Mayer, Geschäftsführender Gesellschafter der Neu-Ulmer Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge anlässlich des zehnjährigen Jubiläums seiner Gersthofener Niederlassung. Zur Feier des Tages lud man Kunden, Freunde und Interessierte zu einem Tag der offenen Tür. Bei einer Ausstellung auf dem Firmenareal wurden zahlreiche Fahrzeuge und Zusatzgeräte gezeigt, die in der Kommunaltechnik, der Anlagenpflege, der Stapler- und Lagertechnik zum Einsatz kommen.

Dabei kam der Erfahrungsschatz, den das Neu-Ulmer Mutterhaus im vergangenen Jahr mit seiner Jubiläumsfeier „50 Jahre Unimog-Generalvertretung“ sammeln konnte, sicherlich zu passe. Die Firma gehört mit ihrem umfangreichen Produkt- und Dienstleistungsprogramm zu den stärksten Handelsunternehmen in ganz Süddeutschland. Das betreute Gebiet umfasst heute 23 Stadt- und Landkreise. Es erstreckt sich im Süden von den Landkreisen Unter- und Ostallgäu über die Landkreise Augsburg, Aichach-Friedberg und Donau-Ries im Osten, nach Norden über den Ostalbkreis, die Landkreise Schwäbisch Hall und Hohenlohe und findet seine westlichen Grenzen im Raum Ludwigsburg, Stuttgart, Esslingen und Biberach. Zudem unterhält das Unternehmen eine große Flotte an mobilen Servicefahrzeugen, um Reparaturen möglichst bei den Kunden vor Ort durchführen zu können.

Unimog mit allem was dazu gehört

In Gersthofen zeigte man den angereisten Entscheidungsträgern aus den bayerisch-schwäbischen Kommunen einen repräsentativen Querschnitt der Unimog-Baureihen von Mercedes-Benz sowie die passenden Zusatzgeräte und weitere Fahrzeuge von Schmidt, Lindner, Bucher, Mulag, Gmeiner, Dücker, Jensen, Leistikow, Müller Mittelalt, Werner und Zwiehoff. Die Gabelstapler kommen vom weltweit führenden Hersteller Mitsubishi Heavy Industries sowie von Heden, Kalmar und Baka. Für die Anlagenpflegetechnik setzt man daneben auf die Hersteller Kubota und Holder.

Für die Zukunft gerüstet

„Wir sind für die Zukunft gut gerüstet“, betonte Mayer gegenüber der GZ. „Dafür sorgen unsere hochmotivierten und gut

ausgebildeten Mitarbeiter, die unser ausgewogenes Produktprogramm führender Hersteller betreuen. Es ist vor allem unser zuverlässiger Service, der uns über viele Jahre mit unseren Kunden verbindet“. Die umfangreichen Ersatzteillager in Neu-Ulm und Gersthofen halten ständig Ersatzteile sämtlicher vertriebener Maschinen und Geräte, aber auch Teile für viele weitere Fabrikate und Hersteller bereit. Durch den Einsatz von Nachdruck-Lieferanten und Kurierdiensten können nicht vorrätige Teile in aller Regel innerhalb von 24 Stunden beschafft werden. Die Werkstätten sind ebenso auf dem neuesten Stand wie der mobile Service.

Maßgeschneiderte Problemlösungen

Bei Wilhelm Mayer gibt es weder Massenware noch standardisierte Abfertigung, sondern individuelle und maßgeschneiderte Problemlösungen. „Nutzen nach Maß“ nennt der operative Geschäftsführer, Boris von Renesse, die Unternehmensphilosophie. Dieser Herausforderung stelle man sich erfolgreich seit mehr als 50 Jahren in einem partnerschaftlichen Verhältnis zu den Kunden. Dafür werden die Mitarbeiter laufend geschult und

das Produktportfolio immer wieder überprüft. Zudem wurde bereits vor Jahren das Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9000 ff implementiert.

Nur Spitzenprodukte

Kommunaltechnik und Anlagenpflege bedeutet Technik für die Landschafts- und Umweltpflege sowie Straßenunterhaltung und Winterdienst. Bei der Auswahl des Maschinen- und Geräteangebots wird größter Wert auf eine sorgfältige Abstufung gelegt. „Nur Spitzenprodukte der jeweiligen Geräteklassen finden ihren Platz in unserem Angebot“, so Mayer und Renesse. Dass neben den wirtschaftlichen auch ökologische Zielsetzungen verfolgt werden, wussten die Nutzfahrzeugspezialisten schon vor der öffentlichen Feinstaub-Diskussion. „Wir haben bei Mercedes-Benz schon vor etwa 15 Jahren das Programm der ‚Low Emission Vehicles‘ aufgelegt“, wusste Erich Mahler zu berichten. Der Regionalleiter West für den Produktbereich Unimog/Sonderfahrzeuge war für den wichtigen Tag eigens aus der Daimler-Chrysler-Nutzfahrzeugzentrale

Stadt Regen:

Neuer Luftkurort

„Die Stadt Regen hat unermüdlich daran gearbeitet, alle Voraussetzungen zur staatlichen Anerkennung als Luftkurort zu erfüllen. Die Anstrengungen haben sich ausgezahlt“, freute sich Innenstaatssekretär Georg Schmid anlässlich der Verleihung der Urkunde zur Anerkennung der Stadt Regen als Luftkurort. Das Prädikat Luftkurort garantiert dem Gast angemessene lufthygienische und bioklimatische Verhältnisse, einen entsprechenden Ortscharakter und geeignete Einrichtungen zur Nutzung des Klimas für Kuren.

Die Stadt ist Erholungsort seit 1968. „Das heute verliehene Prädikat Luftkurort hebt sich nochmals deutlich vom Prädikat Erholungsort ab“, betonte Schmid.

in Wörth angereist. Im Jahr 2003 zeichnete der Landkreis Neu-Ulm die Firma Wilhelm Mayer als „ÖKOPROFIT-Betrieb“ (Ökologisches Projekt für integrierte Umwelttechnik) aus. „Wir erfüllen schon heute Umweltbedingungen, die erst in ein paar Jahren rechtlich gefordert werden“, versicherte Gerhard Mayer. Ab Mitte kommenden Jahres steht für Unimog-Neuanforderungen gerecht“, so Mahler.

Finanzierung und Leasing

Neben technischen Aspekten und Umweltfragen spielen immer auch die Finanzen eine wichtige Rolle. Für viele Kunden interessant sind Finanzierungs- und Leasing-Möglichkeiten. Auch hier bietet Wilhelm Mayer „Full Service“. Viele der angebotenen Fahrzeuge und Geräte können zudem angemietet werden.

Ob es sich um Winterdienst, mulchen, mähen, laden, baggern, um Entsorgungstechnik, Kehr- und Saugmaschinen, Transport, Umwelttechnik, Forsttechnik, Holzerkleinerer, Kompaktschlepper, unterschiedlichste Mähergeräte, Friedhofstechnik, Anhänger, Stapler oder Zusatzgeräte für die vielfältigen Fahrzeuge handelt: Bei Wilhelm Mayer finden die kommunalen Entscheider die individuell angepasste Lösung.

Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf :

Sauber-Brummis für Bayerns Straßen

Lkws mit High-Tech-Kat schonen Umwelt, Gesundheit und Geldbeutel / Freistaat fördert Entwicklung

Auf schnellstmögliche Einführung sauberer Lkws drängte Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf in Berlin bei einem Vergleichstest über den Schadstoffausstoß eines Euro-5-LKWs mit Katalysator und eines Euro-0-Lkws ohne Kat.

Schnappauf: „Die Diskussion der letzten Tage drehte sich teilweise einseitig um Diesel-Pkws. LKWs stoßen fünf Mal mehr Feinstaub aus. Ein Lkw-Kat, der den Schadstoffausstoß verringert und zudem noch weniger Kraftstoff verbraucht, ist daher eine wirksame Lösung für Umwelt, Gesundheit und Geldbeutel zugleich.“ Schnappauf begrüßte, dass Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe Bayerns Forderung nach einer stärkeren Mautspreizung für saubere Lkws aufgegriffen hat. Jetzt, so der Minister weiter, müssen Taten folgen.

Mautspreizung

„Um schnellstmöglich saubere Brummis mit Katalysator auf deutsche Straßen zu bekommen, muss der Bund noch vor der Sommerpause ein Konzept für eine stärkere Mautspreizung zugunsten abgasarmer Diesel-Lkw vorlegen.“ Darüber hinaus habe sich das Bayerische Kabinett dafür ausgesprochen, saubere Fahrzeuge, insbesondere Lkws zu kennzeichnen, um so Benutzervorteile z. B. für die Zufahrt in innerstädtische Umweltzonen zu schaffen.

Schnelle Amortisation

Schon heute, so der Minister weiter, habe ein Unternehmen nach rund 100.000 Kilometern auf deutschen Autobahnen die zusätzlichen Kosten für den ab 5.000 Euro erhältlichen High-Tech-Katalysator eingespart. „Noch schneller geht es, wenn der Mautvorteil für saubere Brummis höher wäre“, sagte Schnappauf. Derzeit beträgt der Mautvorteil für Euro-4-Lkws gegenüber Euro-3-Lkws durchschnittlich zwei Cent. Dieser finanzielle Vorteil gilt aber nur bis 2006. Ein Lkw mit Katalysator, der frühzeitig die Euro-5-Norm erfüllt, könne hingegen den Mautvorteil sogar bis 2009 nutzen, betonte Schnappauf. Zusammen mit der Treibstoffeinsparung von 6 Prozent haben

sich die Katalysator-Anschaffungskosten daher schnell amortisiert. Mit dem neuen Lkw-Kat erreichen Dieselmotoren so niedrige Stickoxidwerte, dass bereits jetzt die ab 2008 geltende Euro-5-Norm eingehalten werden kann. Zusätzlich wird der Partikelaustritt um 80 Prozent, der NO_x-Grenzwert um 60 Prozent gegenüber Euro-3 reduziert. „Gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Ballungsräume wegen verschärfter EU-Luftgrenzwerte in Zugzwang geraten, sind solche Sauber-Brummis dringend gefragt“, so der Minister.

SCR-Technik

Die neue Technik basiert auf der sog. Selective Catalytic Reduction (SCR)-Technik. Bei der Verbrennung im Motor entstehende schädliche Stickoxide (NO_x) werden mit dem speziellen, harnstoffhaltigen Betriebsstoff AdBlue in Luftstickstoff und Wasser umgewandelt; der Feinstaub-Anteil wird durch die spezielle Motoreneinstellung verringert, die der sog. SINO_x-Katalysator ermöglicht. Schnappauf: „Luftverschmutzung ist ein ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko. Gerade die geruchlosen Stickoxidgase und Feinstäube können beispielsweise zu Asthma und Bronchitis führen. Die neue Technik hilft entscheidend, diese Schadstoffgehalte in der Luft zu verringern.“

Flottenversuche

Die Entwicklung und Erprobung des Lkw-Kat wurde vom Umweltministerium seit Anfang der 90er Jahre mit über 1 Million Euro gefördert. Inzwischen haben die Katalysatoren den Praxistest bestanden und stehen an der Schwelle zur Serienreife, freute sich der Minister. Die neue Abgastechnik habe sich mehrere Jahre und insgesamt weit über 6 Millionen Kilometer lang in mehreren Flottenversuchen einem harten Praxistest unterziehen müssen.

Umweltminister Schnappauf bei der IFAT-Eröffnung:

Gigantischer Nachfrageschub

Wirtschaftswachstum für Umwelttechnologien durch Schwellenländer und EU-Neumitglieder

Umweltminister Werner Schnappauf erwartet in den nächsten Jahren einen gigantischen Nachfrageschub bei modernen Umwelttechnologien. Anlässlich der Eröffnung der weltgrößten Messe für Umwelttechnik IFAT 2005 betonte der Minister in München: „Mit dem rasanten Wirtschaftswachstum in Indien und China, aber auch in Folge des Beitritts von 10 mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU werden die Investitionen in Umwelt- und Energieeffizienztechnologie in den kommenden Jahren stark zunehmen. Bereits jetzt beträgt das Investitionsvolumen auf diesen Sektoren weltweit ca. 480 Milliarden Euro pro Jahr. Experten halten sogar eine Steigerung dieser Summe bis 2010 auf ca. 750 Milliarden Euro pro Jahr für möglich.“

Allein in den neuen EU-Mitgliedstaaten müssen spätestens bis 2015 die europäischen Umweltstandards des „acquis communautaire“ vollständig eingehalten werden. Dies mache erhebliche Investitionen beispielsweise im Bereich des Gewässerschutzes, der Abfallwirtschaft und der Luftreinhaltung notwendig. „International setzt sich mehr und mehr der Gedanke durch, dass sich global vernetzte Umweltvorsorge auszahlt. Die Zeit der isolierten Reparatur von Umweltschäden muss endlich vorbei sein“, so der Minister.

Ein Investitionsschwerpunkt wird nach Einschätzung Schnappaufs der Aufbau einer sauberen Trinkwasserversorgung und umweltgerechten Abwasserentsorgung sein. Derzeit haben weltweit 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser; 2,4 Milliarden

Menschen sind ohne geregelte Abwasserentsorgung. Die Vereinten Nationen haben sich zum Ziel gesetzt, diese Zahlen bis 2015 zu halbieren. Das bedeutet täglich 270.000 Menschen an die Trinkwasserversorgung und 480.000 Menschen an Abwasseranlagen anzuschließen.

Auch Bayern engagiert sich hier stark. Richtungsweisend ist z. B. das Projekt „ASIA PRO ÖKO“, das von der EU gefördert wird. Während dieses zweijährigen Projekts wird mit bayerischem Know-How die chinesische Provinz Shandong dabei unterstützt, die dortige Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung modernen Umweltstandards anzupassen. Hierzu sind auch bayerische Experten vor Ort in China, um mit ihrer jahrelangen Erfahrung zu einer nachhaltigen Wasserwirtschaft in China beizutragen. Darüber hinaus wird in Bayern ein Trainingscenter für Mitarbeiter der chinesischen Umweltverwaltung eingerichtet. Schnappauf: „Bayerischer Know-How-Input in Schwellenländer wird der Verantwortung globalen Umweltschutzes gerecht. Ziel muss es sein, das Wirtschaftswachstum auch in diesen Ländern vom Energieverbrauch zu entkoppeln - so wie es Bayern schon vor Jahrzehnten erreicht hat“. Bayern habe inzwischen geschafft, dass für 1 % Wirtschaftswachstum nur 0,6 % zusätzlicher Energiebedarf nötig ist. China braucht dafür momentan noch 1,5 - 2 % Mehrenergie, also fast das Dreifache.

Ein ausführlicher Bericht über die IFAT folgt in der nächsten Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung.

Regensburger Bürgermeisterkonferenz:

Hauptschulen, Mobilfunk und eGovernment

Ein Bündel aktueller Themen stand auf der Tagesordnung einer Bürgermeisterkonferenz am Goldberg bei Kelheim, zu der Regensburger Landrat Herbert Mirbeth eingeladen hatte. Vom neuen eGovernment-Konzept über die Teilhauptschulen bis zu baurechtlichen Aspekten bei Mobilfunkanlagen reichten die Themen, die von Referenten des Landratsamtes vorgetragen und moderiert wurden.

Zur Begrüßung der Bürgermeister und der Mitarbeiter des Landratsamtes waren auch Kelheims 2. Bürgermeister Raimund Fries und Landrat Dr. Hubert Faltermeier gekommen, der sich freute, dass die Regensburger im Landkreis Kelheim zu Gast sind. Dies sei freilich nicht verwunderlich, verstehe man sich doch als gemeinsamer Wirtschaftsraum.

Bürger und Landratsamt

In seinem Bericht über „eGovernment“ gab Georg Götzfried von der Hauptverwaltung des Landratsamtes einen Ausblick darüber, wie der Kontakt zwischen dem Bürger und dem Landratsamt bzw. der Gemeinde in Zukunft aussehen wird. Der große Sprung in dieser wichtigen Dienstleistung sei erst dann gelungen, wenn die rechtlichen Probleme mit der elektronischen Signatur (Unterschrift) zufriedenstellend gelöst sind, betonte Götzfried. Bis Ende 2006 sollen alle wichtigen Verwaltungsleistungen online aus einer Hand in Anspruch genommen werden.

Das Beschaffungswesen, z. B. bei den Feuerwehren, die Bauhöfe, das Standesamt und die Jugendarbeit (gemeinsamer Jugendpfleger) nannte Projektleiter Klaus Zeiser als aktuelle Beispiele, mit denen Gemeinden versuchen, durch kommunale Zusammenarbeit wirtschaftlicher und damit auch kostengünstiger zu arbeiten. Die Projektgruppe, von Landrat Mirbeth und der Regierung der Oberpfalz initiiert, will sich künftig insbesondere um Formen der gemeinsamen Beschäftigung von Fachpersonal kümmern. Nach Zeisers Darstellung bieten sich die Bereiche Hoch- und Tiefbau, Archivpflege, Wasserwarte und Klärwärter und auch die Feuerbeschau an. Für den Landrat gibt es gerade in Zeiten knapper Kassen

Infotage in Burghausen:

„Abwasserentsorgung im ländlichen Raum“

Im Landkreis Altötting werden nach Auskunft des Landratsamtes auf Dauer 4000 Wohnhäuser mit rund 13.000 Bewohnern nicht an die öffentliche Abwasserkanalisation angeschlossen. Die Hauseigentümer müssen die Abwasserentsorgung ihrer Wohnhäuser selbst regeln. Experten rechnen damit, dass für die Hälfte dieser 4000 Anlagen ein Nachrüstbedarf besteht. Deshalb startete das Landratsamt eine Informationsoffensive zum kostengünstigen Bau und Betrieb von Kleinkläranlagen. Im Zentrum dieser Aktion standen die Infotage mit Ausstellung unter dem Motto „Abwasserentsorgung im ländlichen Raum“ in der Messehalle des Burghäuser Bürgerhauses.

Bei der Auftaktveranstaltung wies Landrat Erwin Schneider darauf hin, dass weltweite Verschwendung und Verschmutzung die wichtigste Ressource Wasser immer knapper werden lassen. Gewässerschutz stehe daher für verantwortungsvolle Kommunalpolitik.

Alle seien aufgefordert, den „unsichtbaren Schatz“ vor der Verunreinigung mit wassergefährdenden Stoffen und Abwasser zu schützen, denn schließlich habe gerade das Grundwasser ein „langes Gedächtnis“.

Um den Gewässerschutz im Landkreis weiter zu verbessern, habe das Landratsamt eine eigene Fachstelle, die Planungsbüros, Bauherren und Chemiewerke fachlich berät oder auch Wasserschutzgebiete überwacht, betonte Schneider. So wichtig eine gute Wasserversorgung sei,

keine Alternative zur Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg, gerade auch, weil so kleine Gemeinden bzw. Strukturen erhalten werden könnten.

Ein Plädoyer für die Hauptschule, „die sehr viel leistet“, gab Schulamtsdirektor Manfred Kroneder. Er bedankte sich bei den Bürgermeistern für die sachliche Diskussion beim „heißen Thema“ Auflösung von Teilhauptschulen. Künftig soll es nur noch Grundschulen (Klassen 1 mit 4), Hauptschulen (Klassen 5 mit 9) und Volksschulen (Klassen 1 mit 9) geben. Kroneder gab auch Einblick in die komplizierten Rechenmodelle für die künftigen Lehrerstellen. Scharfe Kritik übte der Regensburger Bürgermeister Dagobert Knott: Dem Staat gehe es nicht darum, die Hauptschule aufzuwerten, sondern Lehrer einzusparen.

Kindergartenbetreuung

Das Betreuungsangebot auszubauen und die Qualität in den Kindergärten zu verbessern, nannte Petra Grimm vom Kreisjugendamt als wesentliche Ziele des neuen bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes. Die Gemeinden könnten in Zukunft entscheiden, welchen Bedarf sie für ihr Gebiet anerkennen und damit auch finanziell fördern wollen. Grimm kündigte eine Informationsveranstaltung mit den Kindergärten zur neuen Rechtslage an. Die bisherigen Verträge mit den Kindergartenträgern könnten die Gemeinden kündigen, da die „Geschäftsgrundlage“ entzogen sei.

Die finanzielle Notlage zwingt immer mehr Gemeinden dazu, für die zweite Hälfte der Nacht die Straßenbeleuchtung abzuschalten. Oberregierungsrat Dr. Gregor Stehr gab an die Gemeinden die Bitte der Polizei weiter, aus dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger heraus die Beleuchtung

während der ganzen Nacht beizubehalten. Die örtlichen Verhältnisse und die besondere Gefahrenlage wären ausschlaggebend für die rechtliche Beurteilung eventueller Haftungsfragen. Die Gemeinden sollten aber daran denken, die Straßenlampen, die nicht die ganze Nacht brennen, mit dem „roten Ring“ zu markieren. Die meisten Bürgermeister, die ihre Straßen nicht mehr die ganze Nacht beleuchten, meldeten keine Probleme mit der neuen Situation, die je nach Gemeinde immerhin fünfstelligen Einsparungen mit sich bringe. So spare sich nach den Worten von Bürgermeister Franz Xaver Wiesner die Gemeinde Sinzing pro Jahr ca. 15.000 Euro.

„Menschliche Verpflichtung“

Die Aufgaben der neuen Arbeitsgemeinschaft für den Landkreis Regensburg in der Agentur für Arbeit beleuchtete deren Leiter Ulrich Merl, wobei er besonders auf die Rolle der Gemeinden bei den 1-Euro-Jobs einging. Merl appellierte an die Gemeinden, diese Chancen in Anspruch zu nehmen, was auch Landrat Mirbeth unterstützte, denn Arbeit zu schaffen sei eine „menschliche Verpflichtung“.

Mobilfunkantennen, die unter der genehmigungsfreien Höhe von zehn Metern bleiben und eine Zulassungsbescheinigung vorweisen, können nicht im Rahmen des Baurechts abgelehnt werden. Dies machte Regierungsdirektorin Karin Bauer deutlich, die auch einräumte, dass eine mögliche Gesundheitsgefährdung nicht über das Baurecht zu lösen sei.

Bauer riet den Gemeinden, mit den Betreibern zusammenzuarbeiten und nach Standorten zu suchen, für die ein möglichst breiter Konsens gefunden werden könne. Im Flächennutzungsplan könne man im Außenbereich „Positivzonen“ festlegen, die dann ermöglichen, andere Standorte abzulehnen. Eine Ortsgestaltungssatzung könne generell keine Mobilfunkantennen verhindern. **DK**

Hervorragend besucht waren auch die dazugehörigen Fachvorträge im Bürgerhaus, bei denen technische Reinigungsverfahren und naturnahe Verfahren thematisiert wurden. **DK**

Nürnberg ist Metropolregion

„Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat die richtige und wichtige Entscheidung getroffen, die Region Nürnberg in den Kreis der Metropolregionen in Deutschland aufzunehmen. Damit ist Nürnberg jetzt offiziell Metropolregion“, freut sich Innenminister Günther Beckstein über die Entscheidung der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 28. April. „Um die Bedeutung der Region Nürnberg für ganz Nordbayern langfristig zu sichern, muss die Region weiter als wirtschaftlicher Impulsgeber und kulturelles Zentrum gestärkt und ausgebaut werden. Die Anerkennung als Metropolregion ist dafür ein weiterer wichtiger Schritt“, so Beckstein. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Die spinnen, die Sachsen.“ Unverkennbar, mein Chef, der Bürgermeister, gehört zur Generation Asterix, die immer mal wieder die genialen Geschichten der galischen Anarchisten herauskramt und darin schmökert.

Zu der zitierten, in ihrer Pauschalität allerdings etwas undifferenzierten Aussage ließ er sich durch eine Notiz in der Zeitung „Die Welt“ hinreißen. Darin wird berichtet, dass der Ortsbeirat Dresden-Altstadt beschlossen habe, die ortansässigen Hunde zur Speichelabgabe zu veranlassen. Einmal im Besitz dieser Vergleichsproben - so die messerscharfe Überlegung der wackeren Sachsen - wäre es ein leichtes, den tierischen Übeltäter dingfest zu machen, wenn wieder ein Hundehaufen die Dresdner Altstadt verunziert und den menschlichen Besitzer zur Rechenschaft zu ziehen.



gravierende Schattenseiten. Der Motorraideinsatz kostet ein Schweinegeld, die Automaten stehen meist nicht da, wo den Hunden der Schließmuskel versagt und die Strafen zahlen nur diejenigen, denen das elfte Gebot (Du sollst dich nicht erwischen lassen) nicht heilig ist.

Insoweit hat der Dresdner Gedanke, den Gassi-Rambos mit Hilfe moderner kriminalistischer Methoden das Handwerk zu legen, tatsächlich einiges für sich. Vor allem, weil ja der Brauch, kleine Regelverstöße mit drastischen Strafen zu belegen, bei uns in Mode gekommen ist. Das Ausspucken eines Kaugummis in der Öffentlichkeit wird ja nicht mehr nur in Singapur, dem Gemeinwesen mit der rigiden sozialen Kontrolle, mit einem empfindlichen Griff in die Geldbörse belegt. Auch in etlichen deutschen Kommunen kostet eine weggeworfene Zigarettenschachtel so viel wie eine überfahrene rote Ampel.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat es nicht so mit dem Strafen und dem Schnüffeln, vor allem, wenn es sich um Anrüchiges handelt. Tatsache ist doch, dass dort am wenigsten Verunreinigungen vorkommen, wo der Zusammenhalt der Bevölkerung, also das Gemeinschaftsbewusstsein, am ausgeprägtesten ist. Wenn ich mich für meine Stadt mitverantwortlich fühle, dann überlege ich mir zweimal, ob ich sie verunreinige. Klar, das ist in einem kleinen Städtchen wie dem unseren leichter umgesetzt als in einer Stadt wie Dresden. Und man ist natürlich machtlos gegen die jungen Burschen, die in einer Gesellschaft ohne Initiationsriten und besseren weiblichen Abiturdurchschnitten ihre Mannbarkeit durch das lässige Schnippen der Zigarettenspitze auf das Trottoir zeigen müssen. Doch das ist letztlich eine Frage der Erziehung zur Verantwortung, die offensichtlich nicht nur bei pickeligen Jungs nötig ist. Denn wie sagt George Bernhard Shaw auf dem heutigen Kalenderblatt so schön: „Freiheit heißt Verantwortung. Deshalb wird sie von den meisten Menschen gefürchtet.“

Moderne Gentechnik made in Sachsen

Es ist schon faszinierend zu verfolgen, wie rasend die moderne Gentechnik ihren Siegeszug antritt und unser Leben bereichert. Erst diente sie dazu, Verbrecher dingfest und damit die Republik sicherer zu machen. Dann wurden damit ungetreue Ehefrauen samt der zugehörigen Kuckuckskinder überführt und den Zahlvätern einen Haufen Geld erspart. Und nun ist sie eine scharfe Waffe im jahrzehntelangen Kampf gegen den Kot der Kötter.

Was wurde in diesem Kampf gegen die Natur der Kreatur und die Rücksichtslosigkeit der Halter nicht alles versucht. Legendär die Motorradstreifen der Pariser Müllwerker, die die Häufchen mittels eines Saugrüssels von den Boulevards schlurften. Gut gemeint die Automaten, die gegen einen geringen Obolos Papier-tütchen und Schüffelchen ausgeben, wenn Bel-lo mal was hinterlassen hat. Drakonisch die in die Hunderte von Euro gehenden Strafen, die mancherorts andgedroht werden, damit die Passanten unbehelligt von weichen, stinkenden Tretminen flanieren können.

Schlussendlich haben alle diese Maßnahmen

the
Sabriul



Arge-Treffen in Langenzenn:

Kritik an Landesentwicklungsprogramm

Was Oberbürgermeistern Recht ist, kann den Chefs kleinerer Kommunen nur billig sein: In der „Arbeitsgemeinschaft mittelfränkischer, nordschwäbischer und oberbayerischer Städte“ (Arge) sprechen sie Sorgen, Nöte und Wünsche ab. Beim jüngsten Treffen gab es viel Kritik der Arge-Mitglieder am Bayerischen Landesentwicklungsprogramm (LEP).

„In Fürth zieht IKEA über die Straße - und in die alten Hallen kommt ein Großmarkt, der in keinem Konzept steht. Und wenn sich bei uns im Ort ein Elektromarkt mit 300 qm Verkaufsfläche ansiedeln will, wird es nicht genehmigt!“ Langenzenns Bürgermeister Manfred Fischer, der die Tagung leitete (stehend im Bild) hielt nicht mit seiner Kritik am LEP hinterm Berg und konnte sich der Solidarität seiner Arge-Kollegen sicher sein. So schimpfte Windsbachs Bürgermeister Wolfgang Seidel: „Das LEP bevorzugt die Großstädte und behindert kleinere Orte, selbst solche über 20.000 Einwohner!“ Dabei mangelt es auch nicht an Selbstkritik, beispielsweise wenn Dillingens OB Hans-Jürgen Weigel resümierte: „Vor 20 Jahren hätten wir die Bremse reinhauen sollen. Heute muss die Oma am Samstag zum Einkaufszentrum am Ortsrand gefahren werden, weil es in unserer Innenstadt kein Lebensmittelgeschäft, keinen Metzger oder Bäcker mehr gibt.“ Da helfen auch Gutachten über die Innenstadtentwicklung nicht unbedingt weiter: Zwar würden die oft 60.000 Euro teuren Studien sehr intensiv aufgenommen, welcher Handel vorhanden und was zusätzlich sinnvoll wäre. Doch Unternehmer zu finden, sei oft unmöglich, verlauten die Bürgermeister im Einklang.

Erfahrungen austauschen, gemeinsam abgestimmt Handeln - ob gegenüber den großen Nachbarstädten oder den Ministerien in München: Seit 1978 gibt es die Arge bereits. Zur Zeit machen 24 Kommunen mit, von Dillingen bis Bad Windsheim, von Eichstätt bis Eckental. Marktgemeinden sind ebenso dabei wie Große Kreisstädte, jedoch alle mit Einwohnerzahlen unter 30.000. „Wer noch mitmachen will, ist willkommen!“ betonen die Bürgermeister in der Hoffnung auf neue Mitglieder des losen Verbundes. Zwei Mal im Jahr trifft man sich zum Erfahrungsaustausch, immer alphabetisch reihum. Das nächste Treffen aber findet außer der Reihe in oberbayerischen Neuburg a. d. Donau statt: Dann ist dort Landesausstellung, und dieses Ereignis wollen sich die Arge-Mitglieder nicht entgehen lassen.

Text und Bild: Heinz Wranschitz

Alfons Zeller zum 60. Geburtstag:

Bayern im Sinn, Schwaben im Herzen

„Bayern im Sinn, und Schwaben im Herzen“: Nach diesem Prinzip hat der Bezirksvorsitzende der CSU Schwaben, Alfons Zeller, erfolgreiche Politik für Bayern und insbesondere für seine schwäbische Heimat gestaltet. Nie hat er dabei seine kommunalpolitischen Wurzeln aus den Augen verloren. Dieser hohe persönliche Einsatz wurde bei einer Feierstunde zu dessen 60. Geburtstag in Sonthofen wiederholt und gebührend gewürdigt.

Wie Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in seiner Laudatio betonte, sei Alfons Zellers politische Vita „ein Spiegelbild für die Entwicklung unseres Landes“. „Praktisch in der Stunde Null“, am 19. April 1945 in Häuser, Gemeinde Burgberg, geboren, arbeitete sich Zeller nach der Lehre im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern bis zum Filialleiter der Raiffeisenbank Oberstdorf-Sonthofen hoch, ehe er ein Studium zum Betriebswirt an der Verwaltungsakademie absolvierte.

Intensives Engagement

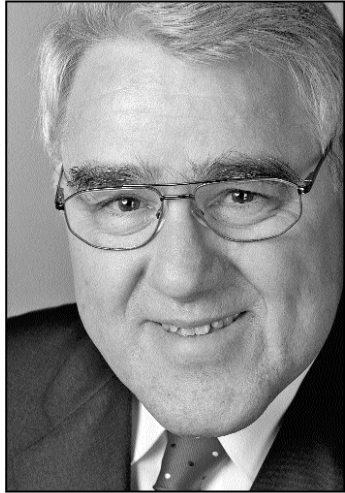
Sein intensives Engagement in der Jungen Union und als langjähriger Gemeinde- und Kreisrat in seiner Heimat Burgberg eröffnete Zeller in der Folge einen weiteren Werdegang in der Politik: 1978 wurde er als Abgeordneter des Stimmkreises Sonthofen in den Landtag gewählt. Als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Ver-

kehr machte der junge Politiker sehr rasch durch seine Fachkenntnis auf sich aufmerksam, lange bevor er von 1987 bis 1998 Staatssekretär zunächst im bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr und anschließend im Staatsministerium für Finanzen war. Seit 1989 ist Zeller zudem Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben und seit 1999 CSU-Präsidiumsmitglied.

Festes Wertefundament

Als „Schwabe vom Scheitel bis zur Sohle“ verkörpert der Jubilar nach Stoibers Worten wie wenige Politiker die schwäbischen Ideale Sparsamkeit, Bodenständigkeit, Liebe zur Natur, Familiensinn und Einsatz für die Heimat. Der dreifache Familienvater habe ein festes Wertefundament, er sei ein geradliniger Streiter, der sich vor dem Zeitgeist nie verbogen habe. „Franz Josef Strauß würde sagen: Ein würdiges Mitglied im

Verein für klare Aussprache“, so Stoiber. Für ihn persönlich sei Alfons Zeller seit Jahrzehnten ein wichtiger Ansprechpartner. Stets sei dieser ein „verlässlicher Teamspieler auf der Positi-



Alfons Zeller.

on des schwäbischen Stürmers“ gewesen: „Unser Mannschaftsgeist ist Dir immer das höchste Gut.“

Der Oberallgäuer Landrat Gebhard Kaiser würdigte die vielfältigen Leistungen Alfons Zellers für die Partei und die Region: „Er war und ist ein Politiker mit Leib und Seele.“ Auch sei er stets ein Kämpfer „für unsere gemeinsame Allgäuer Sache“ gewesen. Im Landtag vertrete der Jubilar nach wie vor in hervorragender Weise die Belange des Landkreises Oberallgäu. Stets habe er die Sorgen und Nöte der Gemeinden ernst genommen. Bei vielfältigen Projekten und Bau-

maßnahmen, angesprochen und die Hürden der Bürokratie überwunden. Kaiser: „Für mich warst Du, lieber Alfons, immer ein kompetenter Ansprechpartner und Ratgeber. Gerade bei der Neuregelung des FAG hatte ich mit Dir einen wichtigen Mitstreiter.“

Ein „Mann der Tat“

Alfons Zeller, so Kaiser weiter, sei ein „Mann der Tat“ - „vom Grunde aus optimistisch und zuversichtlich“. Er sei der geborene Initiator für die Umsetzung neuer Ideen sowie neuer Systeme und Methoden. Diese Stärken habe er in seiner politischen Laufbahn oft unter Beweis stellen können. Unkompliziert und offen sei Zeller, „bisweilen so direkt, dass es schmerzt“: „Dass Du dabei ohne Verstellung bist, macht es dennoch einfach, Deine direkte Kritik zu vertragen. Denn Du nimmst Dich von dieser Kritik selbst nicht aus. Wer Dich versteht, wird mit Dir Pferde stehen können“, führte Kaiser aus.

Tourismus im Visier

Landrat Johann Fleschhut (Ostallgäu) wiederum verwies auf Zellers unermüdliches Engagement als Vorsitzender des Tourismusverbandes Allgäu/Bayerisch Schwaben. Seit 1996 arbeite er intensiv daran, die Tourismusregion Allgäu an die Spitze der europäischen Urlaubsregionen zu führen. Dabei habe sich Zeller u. a. erfolgreich mit dem Projekt König-Ludwig-Musical beschäftigt, die Bayern Tourismus Marketing GmbH mit aus der Taufe gehoben, das Projekt Legoland Deutschland in Günzburg intensiv begleitet und das Destinationsmarketing weiter vorangebracht. Während seiner Zeit als Vorsitzender sei die Gästezahl im Verbandsgebiet um rund 18

Kunst im Landkreis München

Am 9. Mai wird um 19 Uhr im Landratsamt München die Ausstellung „Kunst im Landkreis“ eröffnet. Veranstalter ist der Kulturpolitische Arbeitskreis der CSU München-Land.

Gezeigt werden sehenswerte Arbeiten der Leistungskurse Kunst folgender Gymnasien: Werner-Heisenberg-Gymnasium Garching, Waldorfschule Ismaning, den Gymnasien Kirchheim, Kloster Schäfflarn, Oberhaching, Ottobrunn, Neubiberg, Unterhaching, Icking, Planegg und Pullach. Ebenso vertreten sind Arbeiten des Wahlpflichtfaches Kunst der Realschulen in Unterschleißheim, Neubiberg und Pullach.

Die bereits in Ottobrunn vorgestellte Wanderausstellung wurde für das Landratsamt mit anderen Arbeiten und Schwerpunkten umgestaltet. Bei der Ausstellungseröffnung werden Landrat Heiner Janik als Schirmherr, Ursula Kober als Veranstalterin und Bernhard Höß, der Leistungskursleiter aus Unterhaching Grußworte sprechen. Michael Weidenhiller vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus führt in die Ausstellung ein und überreicht auch die Urkunden an die Teilnehmer. Die Kreissparkasse München Starnberg fördert die Ausstellung mit Anerkennungsprämien. Die Ausstellung, die bereits in Ottobrunn große Resonanz fand, ist bis 27. Mai von Montag bis Freitag, jeweils von 8.00 bis 18.00 Uhr in den Räumen des Landratsamts am Mariahilfplatz 17 zu besichtigen. **DK**

Prozent gestiegen - ein deutlicher Beleg für innovationsorientierte Politik.

Dieter Fischer, 1. Bürgermeister der Gemeinde Burgberg, ließ Zellers 24 Jahre währende Gemeinderatszugehörigkeit - einige Jahre fungierte er zudem als zweiter Bürgermeister - Revue passieren. Er sei ein Kämpfer für die Selbständigkeit der Gemeinde gewesen, die 1980, gerade durch Zellers unermüdlichen Einsatz, wieder erreicht worden sei „und die man aus heutiger Sicht als Segen bezeichnen darf“.

Markante Zeichen gesetzt

Zeller habe nicht nur die großen Dinge, sprich die Belange des Freistaates Bayern gesehen, sondern sich auch um die Kleinigkeiten der Gemeinde und die Sorgen und Nöte der Bürger gekümmert, betonte Fischer. Er sei nicht nur im Gemeinderat tätig gewesen, son-

dern habe vor allem auch erste Zeichen gesetzt als Kirchenpfleger der Pfarrei St. Ulrich „und hier neben dem Kindergartenbetrieb, der in Deiner finanziellen und organisatorischen Verantwortung lag, auch durch die Neugestaltung der Pfarrkirche und Restaurierung der drei Ortskapellen“.

... mutig vorwärts!

Alfons Zeller habe, so der Laudator abschließend, viele Qualitäten: „Ob Banker, MdL oder Staatssekretär - er hätte auch Schauspieler, Freiheitskämpfer für Häuser, Makler oder sonst alles Mögliche werden können. Er wäre sicher erfolgreich gewesen.“ Fischer schloss mit einem Zitat frei nach Franz Josef Strauß: „Dankbar rückwärts, gläubig aufwärts, mutig vorwärts!“ und wünschte dem Jubilar in diesem Sinne auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute. **DK**

Vorschau auf GZ 10

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 10, die am 19. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Abfall und Recycling
- ≪ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- ≪ Sicherheitstechnik • Brand- und Katastrophenschutz
- ≪ Schulungen
- ≪ Kommunalmarketing